Nr. 208

INTERIM

24. September 1992

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Vorwort

Heute nicht.
Nur soviel: Handgeschriebene Papiere werden von uns weder im Heft, noch sonst irgentwo veröffentlicht. Für alle, die am Münchener Kessel beteiligt waren, lohnt sich der Weg zum Ordner.

(Das Titelbild stammt mal wieder aus der Serie "Was will uns die AutorIn damit sagen". Unter den eingesandten Lösungsvorschlägen verlosen wir drei Tafeln Schokolade. Die Verlosung erfolgt unter Aufsicht einer NotarIn. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Einsendeschluß ist Samstag in 8 Tagen. d. S.)

Inhalt:

Ordner:

Antifa Heidelberg
Schweriner Veranstaltungsplan
Demovorschlag für Berlin
Ohnmacht, Haß,...
Jean Marc Rouillan zur RAF-Erklärung
BesetzerInnenscene
Infos für Kesselbeteiligte
B.P.
Anwerbeversuch vom VS in Freiburg
Die Wirtschaft der GUS

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

FESTE FEIERN - BIS SIE FALLEN !

3. Oktober'92 in Schwerin

(Teil 3)

High Noon in Schwerin - und ER ist da!
Nachdem die Pfaffeneliten zum Leichenschmaus gebimmelt haben, versammeln sich ER, zweitausend Bonzen und IHRE Scheinheiligkeiten punkt zwölf im Schweriner Staatstheater zu Deutschland pur, Pfälzer Saumagen und satanischen Versen. Draußen soll das gemeine Volk mit einem "Deutschen Trimmfest" und Jahrmarktsbuden abgespeist werden. An allen Ecken und Enden werden Büttel in blankgewichsten Stiefeln Schmiere stehen, damit IHM kein Mißklang an die Ohren dringt. Aber ER hat sich getäuscht und wie immer die Rechnung ohne die WIRtinnen und die WIRte gemacht.
WIR sagen: gott erhalte IHN, ANDERE hat er schon erhalten.
WIR kommen alle!

IN SCHWERIN WIRD ABGEKANZLERT !
SATANISCHE VERSE ENTLARVEN !
DIE EINHEIZ-FRONT DURCHSETZEN !
DEN STIEFELN BEINE MACHEN !
KURZ: IHM DEN PFÄLZER SAUMAGEN VERDERBEN !

Höhepunkte des offiziellen Programms:

10 Uhr 15	Ökumenischer Gottesdienst im Schweriner Dom
12 Uhr 00	Offizieller Festakt der Bundesrepublik Deutschland im Schweriner Staatstheater
17 Uhr 00	Sportgala mit Spitzensportlern aus allen Bundesländern in der Sport- und Kongreßhalle

Unser Gegenprogramm:

10 Uhr 15	Wettsingen mit dem Kirchenchor. IHREN Scheinheiligkeiten über die Schwelle helfen
12 Uhr 00	ERfahrungsaustausch mit Vertretern aus Politik und WIRtschaft beim gemeinsamen Bad in der Menge. IHN sicher ins Theater geleiten
17 Uhr 00	Wettlauf und Bockspringen mit ausgesuchten Bullen rund um die Sport- und Kongreßhalle. Anschließend gemeinsames Abspritzen von Spitzensportlern

Und wenn ER dann gehen will - IHM den Heimweg erleuchten!

Antifaschistische und Autonome Gruppen
Schwerin/Berlin
Kommando ER und die ANDEREN

Bundesweites Info-Telefon

Berlin 251 05 91

AUFRUF

AM ZWEITEN IN BERLIN, AM DRITTEN NACH SCHWERIN

Das "Einheiz-Festival" am 2. Oktober'92 in Berlin

Die Feierlichkeiten am 3. Oktober'92 in Schwerin

1990 - das Jahr der deutschen Einheit: Von Honecker zu Kohl, von den durchschauten Lügen der Einheitspartei zu den durchschauten Heucheleien konkurrierender Staatsparteien, vom realsozialistischen Warenmangel zu den freiheitlichen Geldsorgen. Schätzungen von bald vier oder fünf Millionen Erwerbslosen, gesamtdeutsche Wohnungsnot, Steuererhöhungen für neue Weltmachtsträume und Kriegsspielereien haben die Jubelgefühle genauso schnell verschwinden lassen, wie sie gekommen waren.

Hauptleidtragende der deutschen Großmannssucht sind Migrantinnen und Migranten, Menschen, die aus Krisengebieten geflüchtet sind und Schutz suchen, Menschen, die mittels staatlicher Hetztiraden zum Freiwild erklärt und zum Abschuß freigegeben wurden. Für sie ist und bleibt der "Tag der deutschen Einheit" als ein Symbol des Schreckens mit Erfahrungen wie Ausgrenzung, Demütigung, Verfolgung und letztlich Ermordung unlösbar verbunden.

Gründe zum Feiern gibt es nicht. Aber Schwarz-Rot-Gold schwenkender Mob, faschistischer Pöbel auf den Straßen und vor Flüchtlingsheimen, verlogene und beleidigende Reden verantwortlicher Schreibtischtäter - das sind für uns unerträgliche Töne und Bilder. Wir haben uns deshalb entschlossen, am 2. Oktober'92 eine massive Gegenveranstaltung zu den "offiziellen" Feier- und Peinlichkeiten anläßlich des "Tag der deutschen Einheit" am 3. Oktober durchzuführen. Für den 3. Oktober'92 rufen wir dazu auf, den Festschmaus von Kohl und etwa 2.000 Bonzen in Schwerin zu versalzen. Gemeinsam mit unabhängigen Gruppen aus Schwerin und Berlin betreiben wir eine breite Mobilisierung.

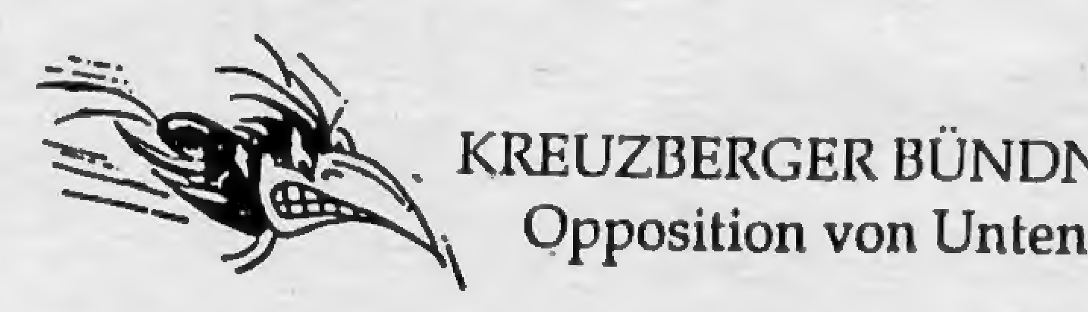
Das "Einheiz-Festival" ist ein Benefiz. Zweck der Veranstaltung ist die Unterstützung der Berliner Antifa mit dem Ziel, vorhandene Strukturen zu stärken. Die mitwirkenden Bands (SLIME, SKEPTIKER, TOXOPLASMA, YOK QUETSCHENPAUA, HEITER BIS WOLKIG und QUARTERED SHADOWS) spielen ohne Honorar, der Erlös aus dem Kartenverkauf geht an entsprechende Gruppen und Organisationen.

Allen, die nach Berlin kommen und am nächsten Tag nach Schwerin wollen, bieten wir Übernachtungsmöglichkeiten in Berlin und Fahrgelegenheiten nach Schwerin. Anmeldungen sind an einem Info-Stand auf dem Festival oder vorab per Telefon (030/251.05.91, 12-17 Uhr) möglich.

FESTE FEIERN, BIS SIE FALLEN !

STÖRT DIE BONZEN AM 3. OKTOBER IN SCHWERIN !

DEUTSCHLAND HALT'S MAUL !



KREUZBERGER BÜNDNIS
Opposition von Unten

Alternative Jugend Berlin

WIR
WIR
WIR
WIR
WIR
WIR
WIR
WIR
WIR
ER
ER
ZIEGELSEE
SPIELTORDAMM
KARL-MARX-STR.
PFAFFENTEICH
AUGUST-BEBEL-STR.
APOTHEKERSTR.
GAUBSTR.
SCHELFMARKT
SCHELF-KIRCHE
WERDERSTR.
HOTEL
PAULS-KIRCHE
INNEN-MINISTERIUM
PL. D. FREIHEIT
JUSTIZ-MINISTERIUM
LÜBECKER STR.
WITTENBURGER STR.
MARIEN-PLATZ
POST
MECKLENBURGSTR.
SCHMIEDESTR.
BISCHOFSTR.
FRIEDRICHSTR.
DOM
MARKT
SCHLACHTER-MARKT
GROSSER MOOR
THEATER
ALTER GARTEN
P
P
KULTUS UND SOZIAL-MINISTERIUM
BURGSEE
"OT. TRIMM-FEST" (STAFFELLAUF) 9.- - 17.-
ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST 10.15
OFFIZIELLER FESTAKT DER BUNDESREPUBLIK DTSCHL. 12.-
SCHLOSS (LANDTAG)
BOOTSKORSO 20.30
SCHLOSSGARTEN
"OT. TRIMM FEST" 10.- - 16.-

Solidarität mit den Deserteuren im ehemaligen Jugoslawien

Dieser Text entstand nach einem Gepräch mit Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Er beschäftigt sich mit der Situation von Jugendlichen dort, die nicht in den Krieg wollen; und mit der Situation derer, denen es gelang - trotz aller Schwierigkeiten - in die BRD zu fliehen.

Mit erreichtem achtzehntem Lebensjahr müssen männliche Jugendliche in den am Krieg beteiligten Republiken zum Militär, also in den Krieg. Das betrifft auch viele Schüler. Die Zahl derer, die das ablehnen ist in allen Republiken sehr hoch. Um dem Krieg zu entgehen, haben sie verschiedene Widerstandsformen entwickelt: vom Sitzenbleiben, um die Schulzeit zu verlägern, bis zu Demonstrationen. Ende Mai waren in Belgrad Schüler und SchülerInnen sieben Tage lang auf der Straße - aus Protest gegen Krieg und Kriegsdienst. Zwar wurden und werden sie vereinzelt von LehrerInnen, StudentInnen und Eltern unterstützt - aber im allgemeinen stehen sie doch alleine da. Deshalb und weil die Organisierung unter den SchülerInnen selbst sehr schwach ist, versuchen viele, das Land zu verlassen, also zu desertieren.

Nach Westeuropa oder in die BRD zu kommen, ist mittlerweile jedoch sehr schwer geworden. Die westeuropäischen Staaten haben sich mit vorverlagerten, immer undurchlässiger werdenden Grenzen umgeben. Flüchtlinge ohne Visum - was die meisten sind - werden bereits an der ungarischen Grenze kontrolliert und auch zurückgeschickt. Die gleichen Kontrollen gibt es danach an der tschechoslowakischen und der BRD-Grenze.

Für diejenigen, die es dennoch geschafft haben, türmen sich hier neue Probleme auf. So erhalten sie lediglich eine Duldung, deren Dauer immer kürzer geworden ist. Mittlerweile sind es nur noch fünfzehn Tage. D.h. alle fünfzehn Tage müssen sie die zermürbende, erniedrigende und vor allem verunsichernde Prozedur der Verlängerung der Duldung auf sich nehmen. Die spezielle Situation der Deserteure ist vor allem dadurch charakterisiert, daß es sie offiziell nicht gibt. Sie können nicht sagen, daß sie desertiert haben, weil Repressalien gegen die Eltern drohen. Und offiziell werden sie pauschal bloß als Kriegsflüchtlinge registriert. Aber wenn sie abgeschoben werden, droht ihnen militär- oder kriegsgerichtliche Verfolgung.

Die Deserteure mit denen wir gesprochen haben, sagten, daß sie Angst haben, nach dem 30. September abgeschoben zu werden. (Am 30. September läuft für alle Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien die Duldung ab.) Sie befürchten, daß eine Selektion einsetzen wird nach Flüchtlingen aus unmittelbaren Kriegsgebieten und solchen aus anderen Gebieten. Letzteren droht dann die Abschiebung - damit auch Deserteuren, die ja nicht unbedingt in Kriegsgebieten gelebt haben müssen. Daneben befürchten sie, daß in zwei oder drei Monaten der Krieg offiziell einfach als beendet erklärt wird. D.h. die serbische und kroatische Regierung, als die Hauptkriegsparteien, erklären der BRD-Regierung gegenüber, daß der Krieg beendet sei - unabhängig von der realen Situation. Dann gäbe es keine Kriegsflüchtlinge mehr, was ebenfalls Abschiebung hieße.

Sie brauchen - wie auch die anderen Flüchtlinge - hier für eine längere Zeit ein sicheres Leben: eine Wohnung, einen Arbeitsplatz, einen Studienplatz etc. Sie können nicht zurück. Einer erzählte, daß er zwar einen Studienplatz habe, daß er hier aber keine Aufenthaltsberechtigung zwecks Studium erhalte. Die müsse er, nach dem neuen Ausländergesetz, in Wien oder Prag bei der dortigen BRD-Botschaft beantragen. (Er kommt aus Serbien und die Botschaft dort ist geschlossen.) Aber wenn er dahin ausreisen würde, würde ihm die Botschaft ein Visum geben? Manche haben auch trotz Arbeitsplatznachweises keins bekommen.

Es ist unsere Aufgabe, sie zu unterstützen: die Jugendlichen im ehemaligen Jugoslawien und die Flüchtlinge hier.

Am 24. September gibt es eine Veranstaltung zu Jugoslawien. Es wird um die Analyse des Krieges und seiner Hintergründe gehen. Aber auch und vor allem um den Widerstand gegen den Krieg und um die Frage, wie wir ihn unterstützen können.



Veranstaltung
Jugoslawien
Soziale Bewegung - Nationalismus - Krieg
Donnerstag, 24.9., 19.00 Uhr
Süd-Ost-Kulturzentrum
Großbeerenstr.88
1000 Berlin 61
U-Bhf Möckernbrücke

v.i.s.d.p: Josef Brosz, Allee der Kosmonauten 80t, 1040 Berlin.

VOLXSPORTFEST GEGEN BONZEN IN FRIEDELHAIN ERÖFFNET!!!!

Da sich immer mehr Bonzen und entsprechende Luxuskarrossen in Friedrichshain in letzter Zeit zeigen, haben wir uns gedacht:"Hey, laßt uns was dagegen tun!" Und so brannte denn am letzten Donnerstag (17.9.) eine fetter Hamburger Mercedes Benz 300er sel.... leider nicht ganz aus.Trotz später Stunde ist der Brand unglücklicherweise von irendjemandem bemerkt worden.

Dieses war der erste Streich.... und wir werden nicht locker lassen!! Wir wünschen uns, daß sich immer mahr Menschen auch in Friedrichshain der Umstrukturierungswalze entgegenstellen . damit wir bald mit vielen Menschen zusammen aus den Stadtteilen rufen können: "WIR BLEIBEN ALLE!!"

Die Drei von der Tankstelle



Warnung vor Faschoschwein

Aus aktuellem Anlaß wiederholen wir die Warnung vor Christian Sandow, einem nach eigenen Angaben ehemaligen Fascho, der aber noch vor ca. 4 Wochen in organisierten Nazi-Strukturen agierte. Jetzt will er seine Meinung geändert haben und versucht intensiv in linke Zusammenhänge zu gelangen. Nachdem er aus der Pfarrstr. hinausgeprügelt worden ist, befindet er sich nun in einem besetzten Haus in Friedrichshain. Er bemüht sich noch nicht einmal, seine "neue linke Meinung" durch Gespräche oder ähnliches zu belegen. Er ist mindestens völlig unglaubwürdig, wenn nicht sogar ein Spitzel für die Berliner Nazis. Keinen Fußbreit ...

Wir verbleiben in der Hoffnung , daß Herrn Rechtsanwalt ALRIK KOHRS sein süffisantes Grinsen mißlang , als er die entlüfteten Reifen seines gelben AUDI 8o (Kz. H-AU-816) erblickte. Im Prozeß wegen des Mordes an Antonio Amadeo hat er den rassistischen Totschläger Steffen Hübner verteidigt und sich zum Wortführer der VerteidigerInnen aufgespielt , wenn es darum ging , die Opfer zu verhöhnen,die rassistischen Motive auszublenden und Faschostrukturen in Eberswalde und Umgebung zu decken , wobei er tatkräftige Unterstüzung der deutschen Polizei und Justiz genoß . Dieses Mal war es nur sein Auto !

Mit antifaschistischem Gruß -

Autonome Kfz-MechanikerInnen im Außendienst

Schluß mit der rassistischen Asyldebatte !

Für menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen und ImmigrantInnen !

AUFRUF zur KUNDGEBUNG



Gegen die Verlegung der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge nach Hohenschönhausen !

Donnerstag 24.9.92 17.oo ALEXANDERPLATZ Weltzeituhr



Der ewige Molch

Ein Beitrag von Frauen zur "RZ-Debatte"

(Sommerloch '92)

Ich will nicht länger Molch sein!



Im Lauf des letzten Jahres sind drei Papiere aus dem Organisationszusammenhang der RZ erschienen, die sich kritisch mit militanten Angriffen und bewaffneten Kampf auseinandersetzen:
- im Juli 91 das Papier "This is not a lovesong"
- im Dezember 91 "Gerd Albatus ist tod"
- und im Februar 92 "Das Ende unserer Politik".

Unterdessen ist noch ein Nachfolgepapier zu Gerd Albatus erschienen.
Auch die RAF hat erklärt, daß sie den bewaffneten Kampf (vorläufig?) einstellen wird und ein entsprechendes Papier veröffentlicht.
Wir werden uns im folgenden aber hauptsächlich mit den beiden Papieren der RZ-Gruppe, die das "Ende unserer(ihrer) Politik" angekündigt hat, beschäftigen. Das Papier zu Gerd Albatus Tod und die Aufarbeitung der direkten, praktischen Zusammenarbeit der RZ mit Gruppen des palästinänsischen Befreiungskampf erfordet eine intensive Auseinandersetzung, unabhängig von den anderen Papieren, da es dort in der Hauptsache um Internationalismus und Antissemitismus geht. Dies auch noch zu behandeln überfordert uns momentan und würde unserer Meinung nach auch diesen Beitrag überstrapazieren.

Mit ihrer Praxis und ihrem sozialrevolutionären Ansatz haben die RZ seit Jahren großen Einfluß auf autonome Praxis, Diskussionen und Selbstverständnis. Vor allen Dingen die Überzeugung, relativ sicher aus der Legalität Aktionen machen zu können, was die RZ im Gegensatz zu der RAF propagiert hat, wurde von autonomen Frauen und Männern aufgegriffen und entsprechend gehandelt. Nicht in die Illegalität gehen zu müssen, aber trozdem erfolgreich "illegal" handeln zu können, hat sich sowohl in der Praxis der RZ, als auch der verschiedenster autonomer Gruppen, bewährt.
Bewährt meint hier einerseits bewährt gegen die Repression, da es trotz vielfältigsten und massenhaft stattfindenden Aktionen zu relativ wenigen Festnahmen kam. Auf der anderen Seite bedeutet es auch den wesentlichen Vorteil zur Illegalität, nämlich daß die AkteurInnen weiterhin Teil des legalen Widerstands bleiben können. Gerade letzteres schafft unserer Meinung nach erst die Möglichkeit, daß sich militantes Handeln (zumindest unter den momentanen Bedingungen in der BRD) vermassen kann.

Was wir im Vorangegangenen zu dem Konzept der RZ gesagt haben, gilt genauso für die Rote Zora und ihren Einfluss auf radikale linke Frauenzusammenhänge. Deswegen finden wir es besonders schade, dass wir von Euch seit Jahren nichts mehr gehört haben, und ihr euch an der aktuellen Debatte bisher nicht beteiligt habt.
Positiv hingegen finden wir, daß sich andere Gruppen (oder Ex-Gruppen) der RZ in die Diskussion eingemischt haben und daß es von der Gruppe, die das Papier zu Gerd's Tod geschrieben hat ein weiteres Papier gibt, welches sich mit den vorausgegangenen Kritikpapieren beschäftigt. Also endlich mal so etwas, wie eine Antwort in der Wüste, denn eine schriftliche Diskussion mit mehreren Hin und Her's ist in der politischen Scene die absolute Seltenheit. Nicht umsonst fragen viele sich, wofür sie überhaupt Papiere produzieren und erst recht, warum sie Kritikpapiere erstellen, wenn darauf nie eine Antwort von der angesprochenen Gruppe kommt.



Drum ziehe ich den Dolch raus!

Zum Papier:
"This is not a lovesong"

Abgesehen davon, daß der Comic auf der ersten Seite wirklich gelungen ist, treffend die verschiedensten Grotesken der autonomen Patriarchats- und Sexismus-Debatte karikiert werden, ist zu diesem Papier nix Gutes zu sagen: oberflächlich und zynisch, eine Schludrigkeit im Kritisieren, die in keinster Weise dem von der RZ Gruppe formulierten Anspruch auf Genauigkeit gerecht wird.
Was sollen Sätze wie: "Tatsächlich kommt uns einiges von dem, was militante Gruppen in den letzten Monaten gemacht haben als traurige Karikatur dessen vor, wofür mehrere Generationen Militanter seit Anfang der 70er Jahre in diesem Land gekämpft haben," ausdrücken, als die Arroganz der Alten gegenüber den Jungen?

Zur Siegessäule:
Ihr kritisiert das Denkmal als "politisch völlig unbedeutend", die Aktion "angesichts des Kriegsbeginns als unangemessen und lächerlich". Aber musste nicht jede Aktion (auch wenn sie noch so direkt auf Sabotage an der Militärmaschinerei ausgerichtet war, wie z.B. der Angriff auf die Nato-Pipeline) angesichts dessen, was die USA in diesem Krieg an Skrupellosigkeit, militärischen und zivilen Mitteln (Medienkrieg) demonstriert haben, lächerlich und unangemessen wirken, wenn sie isoliert betrachtet und beurteilt wird.
Eine einzelne Aktion wird sehr selten für sich allein bedeutend sein, weder was ihre direkte materielle Wirkung, noch was ihren

Verflucht, daß ich ein Molch bin!

Einfluß auf die Köpfe und Herzen der Menschen betrifft. Gerade angesichts des Ziels, einen Krieg zu verhindern oder zumindest zu behindern, ihnen das ruhige Hinterland zu nehmen, kann nur eine breite, vielseitige Widerstandsbewegung etwas erreichen. Und eine solche besteht immer aus vielen verschiedenen Aktionen, nicht nur aus Anschlägen, aber hoffentlich auch aus vielen Anschlägen.

Wenn ihr "die Aktion als unangemessen und lächerlich" bezeichnet, setzt ihr außerdem einen Maßstab an, der hierarchisch ist, und andere, die nicht in der Lage sind, einen Anschlag grösseren Kalibers zu machen, entmutigt, aktiv zu werden, etwas ihren Mitteln entsprechendes zu machen. Denn was soll dann erst z.B. eine Strassenblockade, eine Barrikade auf einer Kasernenzufahrtsstraße, wenn schon so ein Anschlag auf die Siegessäule als unangemessen bewertet wird? In dem, was wir schreiben und tun, sollten wir immer auch Möglichkeiten eröffnen für alle, die Widerstand leisten wollen, egal, auf welcher Ebene sie dazu gerade in der Lage sind. Wichtig ist zuerst, daß überhaupt viele die Ebene des passiven Protests verlassen und etwas tun.
Sicher hat es immer wieder herausragende Aktionen gegeben, Aktionen, die besonders wichtig waren, besonders getroffen haben, oder durch Ziel, Erklärung etc. Orientierungspunkte für revolutionäre Militanz gewesen sind (doch oft ist es einfach nicht möglich, all diese großartigen Ansprüche in einer Aktion praktisch umzusetzen.)
Einige Beispiele, wo wir finden, daß es den jeweiligen Gruppen gelungen ist, gute, herausragende Aktionen durchzuführen:

1985, die Sprengung eines Strommastes beim AKW Krümel. Neben einer guten Erklärung veröffentlichte die Gruppe eine Broschüre, in der sie Vorbereitung und Durchführung der Aktion genau beschrieb und damit wichtige Kenntnisse bezüglich solcher Aktionen an andere Interessierte weitervermittelte.
Ein weiteres Beispiel ist "Kübel", der Scheißeeimer im Schickirestaurant Maxwell in Kreuzberg/Berlin.
Diese Aktion war gut, weil sie ihr materielles Ziel, die Vergraulung der Juppies erreicht hat. Das Restaurant wurde geschlossen. Zusätzlich dazu hat die Aktion viel Staub aufgewirbelt.
An den Reaktionen der umliegenden Projekte, an den verschiedenen Stellungnahmen, wurde deutlich, wo einige Ex- Hausbesetzer heute stehen, wie weit sie selber zu Besitzenden geworden sind und Eigentum dann verpflichtet.
Eine Aktion, die neue Orientierungspunkte für die Mobilisierung gegen den Golfkrieg gegeben hat, war die Aktion gegen Woolworth. Gleich nach Kriegsbeginn wurden bei dem US-Konzern Taschenkontrollen bei allen "südländisch" und "orientalisch" aussehenden Frauen und Männern eingeführt. Auf diese rassistischen Praktiken reagierte eine Gruppe spontan mit einem Brandanschlag und stellte die Verbindung zwischen rassistischer Unterdrückung im Alltag und dem Rassismus der kriegsführenden USA gegen die arabischen Frauen und Männern her.

Daß eine einzelne Aktion angesichts eines Krieges "unverhältnismäßig" ist, kann nicht den Akteuren zur Last gelegt werden. Da muß eher die Sprach- und Aktionslosigkeit vieler Linker thematisiert werden, die bewirkt hat, daß die radikale Linke auf diese neue Form von Angriff des imperialistischen Nordens gegen die Menschen im Trikont, keine Antwort hatte.

Zurück zur Siegessäule:
Davon abgesehen, so ganz unbedeutend, wie ihr es darstellt, ist das Denkmal tatsächlich nicht. Es heißt ja schließlich auch Siegessäule und nicht "Goldelse". Die Siegessäule wurde gerade für hunderttausende von DM restauriert.
Symbolik , Denkmäler,... haben auch in der heutigen Gesellschaft noch einen Stellenwert. Das haben uns die Herrschenden doch gerade mit der Demontage des Lenin Denkmals oder den massenhaften Straßenumbenennungen im Osten vorgeführt(ein ehemaliger Volksplatz heißt jetzt Schützenplatz, eine Otto Grotewohl Str. wurde umbenannt in Mohrenstraße). Und auch das ganze Getue um das Brandenburger Tor wird begeistert von nationalistischen Deutschtümmelnden aufgenommen. Gerade denen wird auch die Siegessäule ein Begriff sein.
Es ging bei der Aktion gegen die Siegessäule nicht darum die Kriegsmaschinerie als solche zu behindern. Sie war in erster Linie eine Öffentlichkeitsaktion, Signal gegen diesen imperialistischen Krieg, Mobilisierung und Stimmungsmache bei denen, die gegen den Krieg sind.
Die Aktion hat relativ viel "Öffentlichkeit" gekriegt: längere Artikel über mehrere Tage in allen größeren Berliner Zeitungen und auch nach der Reperatur und Restauration wurde in der Presse wieder auf den Anschlag hingewiesen, so daß er zu seltener Berühmtheit gelangte und viele Menschen davon erfuhren, die wir mit unseren Strukturen und Medien nicht erreichen. Und wenn eine SchülerInnendemo mit 10.000 TeilnehmerInnen auf ihrem Weg vom Breitscheidplatz zur US-Botschaft an der Siegessäule vorbeikommt und nicht wenige grinsend zum schiefhängenden Engel hochgucken, wissend, daß da auch welche auf ihre Weise gegen den Krieg protestiert haben, dann zeigt sich doch genau da die Wirkung der Aktion.

Zum Beschuß der US- Botschaft durch die RAF:

Aus der Erklärung der RAF geht hervor, daß sie Sicherheitsmaßnahmen unternommen haben, um die Gefährdung Unbeteiligter auszuschließen. Wenn die Leute, die vor der Botschaft eine Mahnwache abhielten Angst gekriegt haben und wenn die bürgerliche Presse etwas von Verantwortungslosigkeit hetzt, ist das für uns damit nicht widerlegt. Wir haben keine Möglichkeit nachzuprüfen, ob die RAF unverantwortlich gehandelt hat.
Was uns noch mehr erstaunt, als euer Vorwurf diesbezüglich, ist der Satz:" Um das Maß noch voll zu machen, handelt es sich um Menschen aus der Anti- Kriegsbewegung," die von euch als potentielle Bündnispartner angesehen werden.

Wäre es etwa weniger schlimm, wenn bloß die Putzfrau "xy" auf ihrem Weg zur Arbeit, oder der Rentner "z" bei seinem täglichen Spaziergang am Rhein getroffen worden wären???



Und von wegen Bündnispartner:
Es hat sich während der öffentlichen Aktionen gegen den Golfkrieg wieder einmal grausam gezeigt, aus welch unterschiedlichen und sich gegenseitig ausschließenden Motivationen Menschen gegen das gleiche Ereignis demonstrieren können. So viel Chauvinismus und Rassismus, soviel Bereitschaft zum Ausgrenzen und Kriminalisieren von Militanten hat es selten bei Aktionen der letzten Jahre gegeben.
Eigentlich problematisiert ihr als RZ dieses schon 1985 in eurem Papier: Krise, Krieg und Friedensbewegung:" In Gefahr und höchster Not, bringt der Mittelweg den Tod."

Zur Aktion gegen den Reichstag:
Bei der Kritik an dieser Aktion wird's nun ganz haarig: um es mit Euren Worten auszudrücken, kommt es uns so vor, daß ihr euch mittlerweile "außerhalb von Raum und Zeit befindet."
Sicher, der Reichtagsbrand vom 27.2. 1933 wurde als Vorwand benutzt, um die Notverordnung im Parlament durchzusetzen, was zur gesetzlich abgesegneten Verfolgung aller KommunistInnen, ihrer Zeitungen, Treffpunkte und Strukturen führte.(Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat §48 Ab 2 zur Abwehr kommunistischer, staatsgefährdender Akte...)
Aber der Reichstagsbrand war wie gesagt Vorwand und nicht der tatsächliche Grund, der Verfolgung der KommunistInnen, was bedeutet, daß genauso gut etwas anderes zum Anlaß hätte genommen werden können. Daß die Gesetze im Parlament durchkamen hatte weniger mit dem Anlaß, als mit der damaligen politischen Situation zu tun Wie ihr daraus eine "widersrpüchliche historische Bedeutung" konstruieren könnt, ist uns völlig unklar. Der Reichstag war immer ein Symbol der herrschenden Macht, und 1991 sollte er nach Jahren des Schattendaseins wieder verstärkt diese Bedeutung erhalten. Und was meint ihr mit "Symbol der historischen Niederlage der Linken in Deutschland"? Seit wann werden die Niederlagen der Linken im Parlament besiegelt?

Zu Hanno Klein:
Was die Aktion gegen Hanno Klein betrifft, ist die Auseinandersetzung schon etwas komplizierter. Wir gehen jetzt einmal davon aus - entgegen diverser Spekulationen in den Medien -, daß es eine Aktion aus dem radikalen linken Spektrum war und kein Spekulantenthriller. Zu Briefbomben im allgemeinen und der Gefährdung Unbeteiligter, wenn mensch den Umschlag nicht gerade persönlich übereicht und dem Adressaten beim Öffnen über die Schultern guckt, ist das wichtigste schon gesagt worden, z.B. in der Interim Nr. 153. Und genau zu diesem Punkt, dem kritischsten an der ganzen Geschichte, hat die entsprechende Gruppe nie Stellung bezogen, und das ist ziemlich fatal. Es bleibt zu hoffen, daß sie trotzdem entsprechende Konsequenzen gezogen haben.
Anders verhält es sich mit dem Ableben von Klein, das ja nicht geplant war, nicht Ziel der Aktion war. Also geht es hier nicht um die Frage vom politischen Mord als Strategie, sondern um das Inkaufnehmen des Risikos, einen politischen Gegner zu töten, und um die Vermittlung desselben.
Ihr schreibt: "Bei Bestrafungsaktionen muß es absolut ausgeschlossen sein, daß die angegriffene Person getötet wird." Was heißt hier "absolut", und wie wollt ihr das gewährleisten? z.B wenn ihr loszieht, um Faschos anzugreifen, ausgerüstet mit Knüppeln, eventuell Keulen und Eisenrohren, um angesichts der Brutalität der Faschos euch und eure GenossInnen möglichst wenig zu gefährden? oder wenn Frauen versuchen einen Vergewaltiger unschädlich zu machen?
Sicher, wir haben Kriterien, wie wir mit den Zubestrafenden umgehen. Wir besprechen vor der Aktion genau, wie wir vorgehen wollen, welches Mittel notwendig ist, um die Aktion sicher und erfolgreich durchzuführen.
Wir setzen auch Grenzen, wie weit wir gehen, wann Ende ist. Z.B., daß wir nicht weiter auf einen Menschen einhauen, der auf der Erde liegt und keine Abwehrreaktionen mehr zeigt. ABER TROTZ GENAUER Diskussion um Gefährlichkeit von Waffen, um die Durchführung der Aktion,... werden wir nicht die Sicherheit haben, daß nicht doch vielleicht einer unbeabsichtigt getötet wird, sei es, weil er unglücklich gefallen ist oder getroffen wurde.

Mit der Entscheidung, gegen Sexisten und Faschisten loszuziehen ihrem Terror auf der Straße etwas entgegenzusetzen, gehen wir auch das Risiko ein, daß einer dabei umkommen kann und müssen uns deshalb auch vorher damit auseinandersetzen.
Eure Kritik hört sich unheimlich glatt und theoretisch an, als wäre alles in unseren Auseinandersetzungen 100% plan- und kontrollierbar . Gerade bei Auseinandersetzungen mit Sexisten und Faschisten ist das meist nicht der Fall. Ihre Brutalität zwingt uns Formen von Auseinandersetzungen auf, die uns wenig gefallen und die uns mit unserer verinnerlichten Moral in arge Schwierigkeiten bringen. Aber wenn wir uns dieser Auseinandersetzung stellen, und das ist angesichts der täglichen Einschüchterung und tödlichen Bedrohung von Frauen und "schwarzen" Männern/Frauen keine Frage, so begeben wir uns damit auf ein sehr unsicheres, schwieriges und heikles Terrain.

Oft wird wie selbstverständlich davon ausgegangen, daß sich der "Tod eines politischen Gegners" nicht breit vermitteln läßt. Dabei wird vergessen, wieviel Haß und Wut viele ausländische Menschen auf die Faschisten haben. Dabei wird vergessen, wieviel Haß und Wut "missbrauchte"und vergewaltigte Frauen und Mädchen auf ihre Misshandler und Vergewaltiger haben.

Drüm stoß ich mir... den Dolch rein!

So war auch eine verbreitete Reaktion auf den Tod von Kaindl (Ex-Republikaner, später Gründer der faschistischen Liga für Volk und Heimat): "ganz in Ordnung, wenn es auch mal einen von denen erwischt." Und auch den Herren Rohwedder und Herrhausen wird nicht die gesamte Bevölkerung der BRD nachgetrauert haben.

Es soll hier nicht darum gehen, den Tod eines Menschen zu verharmlosen. Gerade in einer Zeit, wo ein Menschenleben so wenig wert ist, wo dir wegen 20,- ein Messer an den Hals gesetzt wird, wo alte Leute wegen 100,- umgebracht werden, wo es so viele rassistisch motivierte Morde gibt - und ein Frauenleben, grad das von Ehefrauen und (Ex-)Freundinnen noch nie viel wert war.
In erster Linie aber geht es auch immer wieder darum, klarzustellen, um wessen Leben es geht, wer tagtäglich eine Politik betreibt, die den Tod hunderter von Menschen täglich mitverursacht. In dieser Beziehung war die Erklärung zu Kleins Tod richtig: seinen Tod ins Verhältnis zu setzen, zu dem was er mit seiner Politik an Elend anrichtet.
Rache ist in grossen Teilen der revolutionären Zusammenhänge verpönt, bzw. geradezu tabuisiert. Wieso? Rache ist auch eine Form aus der Ohnmacht, dem Objektstatus rauszukommen, selber zu handeln, nicht weiterzuerdulden und die Gewalt dahin zurückzugeben, wo sie herkommt. Sicher brauchen wir auch andere Motivationen für unser Handeln, strategische, perspektivische, auch ein objektives Rangehen an unsere Aktionen, uns nicht bloß von Haß und Wut leiten lassen. Wichtig ist auch Solidarität untereinander, Mut und Hoffnung, positive Veränderungen und eine eigene Moral zu vermitteln. Aber auch Haß und Wut können Motive sein, für unser Handeln, und Beispiel für andere, die diese Gefühle mit uns teilen.
Als z.B. vor der 8.März-Demo in Berlin, die zum Görlitzer Park geführt hat, wo es zahlreiche Vergewaltigungen gegeben hatte, eine Frau gefragt hat, was wir denn für Inhalte auf die Strasse tragen, hätte die Antwort lauten können: Haß, Haß, Haß - eine unendliche Wut darüber, womit wir Frauen in unserer Umgebung permanent bedroht sind, und den heftigen Willen, das nicht weiter geschehen zu lassen, dem ein Ende zu setzen.

O Gott, das hält kein Molch aus!

Drüm ziehe ich den Dolch raus!

Zum Papier:

" Das Ende unserer Politik "

Beim Lesen dieses Textes stellt sich die Frage, ob die RZ-Gruppe nicht ihrem eigenen Mythos aufgesessen ist, in der Form, daß sie ihre Organisation, ihre Aktionen, ihre bisherige Paxis, in ihrer Wirkung überschätzt hat?
Dementsprechend zeigt sich heute, wo der geringe Einfluß radikaler linker Positionen nicht mehr zu übersehen ist, die bittere Enttäuschung.
So wird die Flüchtlingskampagne resigniert als gescheitert erklärt, weil sich der Großteil der radikalen Linken nicht in die Kampagne eingebracht hat und nicht zuletzt auch, weil die Flüchtlinge sich nicht als die "kämpfenden revolutionären Subjekte" herausgestellt haben, wie die RZ-Gruppe sie sich vorgestellt hatte.
Aber gerade in diesem und im letzten Jahr hat es nicht zu übersehende Versuche von Flüchtlingen gegeben, sich zu organisieren und Widerstand zu leisten: In Schwalbach, in Norderstedt, in Neumünster und in Berlin (nach den Angriffen in Hoyerswerda).
Die Ansätze sind z.T. widersprüchlich bzw. an kurzfristigen und subjektiven Interessen orientiert. Aber was habt ihr denn erwartet??
Daß die Flüchtlinge, nachdem ihr sie aufgrund eurer Analysen zu dem "revolutionären Subjekt" erklärt habt, sich innerhalb kürzester Zeit euren Vorstellungen entsprechend erheben? Und daß die gesamte radikale Linke, inclusive eures Gesamtzusammenhangs, nachdem ihr den Flüchtlingsansatz zu dem Thema erklärt habt, alle anderen Ansätze, Widersprüche ect. sein lassen, um sich ausschließlich darauf zu konzentrieren?

Zu den Flüchtlingen:
Dadurch, daß Menschen flüchten, alles bisherige aufgeben, um zu versuchen Krieg, Hunger, Elend und manchmal auch politischer Verfolgung zu entrinnen, stehen sie tief unten auf der Skala der Unterdrückten.
Doch das allein macht sie nicht zu Aufständischen!
Die Hoffnung auf ein besseres Leben, kann nicht per se zum Kampf um die gerechte Verteilung der Reichtümer dieser Erde erklärt werden.
Außerdem finden sie hier Bedingungen vor, die es ihnen denkbar schwierig machen, sich zu organisieren: meist sind sie vereinzelt, werden zwangsweise in irgendwelche Lager gepfercht, mit lauter unbekannten Menschen unterschiedlichster Herkunft, mit den unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und politischen Hintergründen. Sie befinden sich in einem fremden Land, wo sie die Bedingungen nicht kennen und wo sie die Sprache nicht verstehen.
Mit dem neuen Asylverfahrensgesetz sollen sich genau diese Bedingungen noch weiter verschlechtern: Sechs-Wochen-Schnellverfahren, Zwangskasernierung mit ED-Behandlung und dem Recht der Lagerleitung, Flüchtlinge festzunehmen.
Ihr schreibt selber, daß ihr mit bestimmten Erwartungen, an diese Menschen herangegangen seid, die sich nicht bestätigt haben:
" Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten

Schichten ergeben würde, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge , in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existenzieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung - und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik."

Weiter aus eurem Text zusammengefaßt:
Die Kämpfe der Flüchtlinge , wie ihr sie erwartet hattet, blieben aus, viele der Forderungen, die Asylsuchende stellten, waren (sind) "reformistische" Forderungen. Ihr reagiert darauf mit der Analyse staatlicher Flüchtlingspolitik und Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Jetzt kritisiert ihr diese Politik, als eine, die die Sache der Flüchtlinge zu der eurigen gemacht hat, ohne "die Flüchtlinge" zu kennen.
Wir wundern uns, daß ihr eure Entscheidung, Agenturen der staatlichen Flüchtlingspolitik anzugreifen, als eine Kompensation der ausbleibenden revolutionären Kämpfe der Flüchtlinge bezeichnet. Wir hatten diese als euren eigenen Beitrag, unabhängig vom Widerstand der Flüchtlinge gesehen, und dies auch nicht falsch gefunden.

Trotz eurer Selbstkritik formuliert ihr im Widerspruch dazu weiterhin Sätze wie folgende:

" Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien (soweit uns bekannt, alles Männer, Zusatz von uns) nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen."
Wenn ihr mit den albanischen Flüchtlingen die Hoffnung auf Menschen verbindet, die hier die Verhältnisse zum Tanzen bringen, vergeßt ihr u.E. einige wesentliche Fakten über Migration und Flucht. 70% der flüchtenden Menschen weltweit sind Frauen. Nur sehr wenige von ihnen (bevor die Flüchtenden aus den Ostblockländern hinzukamen belief sich die Zahl auf ca.5%) erreichen Europa oder andere westliche, reiche Staaten. Die meisten flüchtenden Frauen erreichen mit ihren Kindern gerade mal die Grenze des Nachbarstaats oder das nächste Flüchtlingslager.
Die Menschen, die wir z.B. in der BRD als Flüchtlinge kennenlernen, sind nur der kleinste Teil derer, die fliehen und auch der privilegierteste !! In der Regel sind es junge Männer, die im Gegensatz zu den meisten flüchtenden Frauen das Geld haben (Familien unterstützen die Flucht eines Sohnes finanziell, die Flucht einer Tochter nicht), die die "Unabhängigkeit" haben (indem sie den Frauen im Heimatland die existenzielle Versorgung und Betreuung der Kinder aufbürden) und die andere notwendige Voraussetzungen haben, um überhaupt nach Europa zu gelangen, wie z.B. einen eigenen Pass (viele Frauen "existieren" nur in den Pässen "ihrer" Ehemänner und können ohne sie nicht flüchten).
Und "frauenspezifische" Fluchtgründe wie sexuelle Verfolgung, Vergewaltigung usw., werden nicht anerkannt.

All dies wird sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern, weil dazu zumindest eine Gleichstellung von Männern und Frauen erreicht sein müßte, die den Frauen gleiche Chancen zur Flucht einräumt.

Wir weigern uns, nachdem nach jahrelanger feministischer Arbeit, in radikalen linken Kreisen Abschied vom weißen männlichen Proletarier, als Träger der zukünftigen Revolution , genommen wurde, in den flüchtenden Männern aus Albanien eventuelle Vorboten für die zu sehen, die hier die Verhältnisse wieder zum Tanzen bringen.
Durch diesen Tanz wird das Patriarchat nicht zittern und wenn die Unterdrückung der Frauen auch in diesen Kämpfen außen vor bleibt, werden wir Frauen nicht mittanzen.

Wie ihr selbst an euren früheren Überlegungen kritisiert habt, habt ihr die "Flüchtlinge" ohne sie zu kennen und ohne mit ihnen zusammenzuarbeiten, zum revolutionären Subjekt erklärt.
Wir denken mittlerweile, daß nicht nur die Flüchtlinge, wie andere gesellschaftliche Gruppen vorher, diese Erwartungen nicht erfüllen können, sondern keine Gruppe.
Wir schlagen vor, die Suche nach dem revolutionären Subjekt aufzugeben, weil die analytische Herangehensweise , von wegen welche sind hier am meisten unterdrückt, die werden sich irgendwann erheben, allein nichts taugt.

Massive Unterdrückung kann ein Grund dafür sein, gegen die Herrschenden Verhältnisse zu kämpfen, aber genauso gut auch Grund, sich zu ducken, ängstlich, ruhig zu sein, bloß nicht auffallen zu wollen,...
Diese Erfahrung machen wir ständig aufs neue.

Nachdem die Bauern langsam aussterben, die Arbeiterbewegung kläglich versagt hat, sich rausstellte, daß Frau sein- allein- kein Programm ist und daß die Flüchtlinge sich auch nicht per se zu RevolutionärInnen entwikkeln , sollten wir diesen Ansatz (wo ist das rev. Subjekt? Da müssen wir ansetzen) auf den Müll der linken Theorie- und Analyseverwirrungen werfen, oder zumindest nicht mehr als alleinige Bestimmung für unseren Politikansatz sehen.



Wir denken, daß uns da der Ansatz von der "triple oppression" und einer "netzförmigen Herrschaft", wie er von Klaus Viehmann und andern im 3:1-Papier veröffentlicht wurde, viel eher weiterbringt.

Die folgenden Zitate stammen aus dem Text von Klaus Viehmann "..zu mehr in der Lage" (abgedruckt in "Odranoel - die Linke zwischen den Welten" und Interim Nr. 203)

"Herrschaft ist niemals vollkommen, sie hat Risse, und ihre Verinnerlichung ist nicht widerspruchsfrei. Unterdrückungen werden nicht getrennt voneinander ausgeübt, und alle werden in den Metropolen anders als in trikontinentalen Gesellschaften praktiziert.

Sie werden unterschiedlich erfahren, abhängig davon, welchen Unterdrückungen die Beherrschten ausgesetzt sind, abhängig davon, welche sie zum Teil selbst ausüben oder nutzen, und vor allem: ob sie sich wehren."

"Die Vorstellung einer netzförmigen Herrschaft, in der bei jedem Faden und Knoten "oben" und "unten" erhalten bleibt, aber keine alleinige Ursache, kein Hauptwiderspruch mehr vorausgesetzt wird, berührt auch die Frage nach dem revolutionären Subjekt und dem revolutionären Prozeß. Wenn beides nicht mehr aus einer Dualität, aus einer Zuspitzung entlang seiner Seiten heraus abgeleitet werden kann, erhält keine Gruppe/Klasse von Unterdrückten mehr eine Avantgarde-Position zugewiesen. Ihre Gestalt und ihr revolutionärer Prozeß werden vielfältiger sein, als wir es früher unterstellt haben. Und die Rolle der Linken wird es auch sein müßen."

Wie wurde die "Freies Tluten"-Kampagne der RZ von linken Gruppen aufgenommen?

Daß ihr von so wenig Resonanz innerhalb der radikalen Linken und erst recht darüber hinaus, enttäuscht seid, ist verständlich. Das geht anderen Gruppen, die zu bestimmten Themen arbeiten und forcieren wollen, daß sich dort mehr einklinken (was ja ein Ziel jeder Kampagne ist) auch so. Als Beispiel seien nur die genannt, die versuchen, kontinuierlich den Kampf gegen das Knastsystem und alle anderen Zwangsanstalten voranzutreiben.

Die richtigen Analysen, die Offensichtlichkeit von Unterdrückung und Ausbeutung bestimmter Gruppen, erfolgreiche, gute Aktionen, das alles sind keine Garanten dafür, daß unsere Kampagnen und Ansätze von vielen unterstützt und aufgegriffen werden. Diese Erfahrung mußten alle Gruppen der radikalen Linken in den letzten Jahren machen.

Trotzdem ist es richtig, den Kampf, der an den ganz fundamentalen Widersprüchen des Systems ansetzt, weiterzuführen. Das sind für uns die Kämpfe gegen Sexismus in all seinen verschiedenen Ausprägungen, Kämpfe gegen Rassismus und Faschismus, gegen Umstrukturierung, Vertreibung, gegen das Knastsystem und einiges andere mehr.

Nicht nur ihr, sondern die gesamte radikale Linke befindet sich in dem Dilemma, daß wir in diesem Land eine verschwindend kleine Minderheit darstellen. Schon allein dadurch ist das, was wir erreichen können, erschreckend wenig. In vielen Papieren der letzten Jahre wurde beschrieben, daß wir schon gar nicht mehr in der Lage dazu sind, uns aus "eigenem" Antrieb bestimmten Bereichen zu widmen, sondern nur von einer Schweinerei zur nächsten hetzen, um dort das übelste zu verhindern (Feuerwehrpolitik), oder, um es ganz illusionslos zu sagen, um zu zeigen, daß es in diesem Land noch einige wenige gibt, die mit dieser oder jener Politik, Diskriminierung ,... nicht einverstanden sind. Diese Einschätzung unserer derzeitigen Kräfte ist sicherlich richtig.

Es nützt aber wenig, uns das gegenseitig in Papieren immer wieder vorzuwerfen, denn diese "verkürzte" Politik wird so lange weiterexistieren, wie wir zahlenmäßig so wenige bleiben. Es liegt nicht am "good will" einiger weniger, daran etwas ändern zu können.

Wenn wir mehr oder weniger von einem tagespolitischen Highligt zum nächsten springen, ist das nicht unbedingt der Beweis dafür, daß es den meisten an einer ernsthaften Auseinandersetzung um die entsprechenden Themen fehlt. Oft unterstützen Leute eine aktuelle Kampagne nur kurzfristig, weil sie z.B. in erster Linie zu anderen Themen arbeiten und diese Arbeit nicht endlos verschieben oder aussetzen wollen. Das ist zwar für die, die weiterhin zu dem aktuellen Thema powern bitter, aber auf der anderen Seite auch unumgänglich. In solchen Situationen mit Vorwürfen zu reagieren, bedeutet oft nicht viel mehr, als die Arbeit in anderen Bereichen als den "eigenen" nicht wahrzunehmen oder nicht zu schätzen.

Es ist bestimmt sinnvoll und richtig, sich angesichts der wenigen die wir sind, darüber zu streiten, welche Bereiche wir jetzt vordergründig angehen müssen und wie wir unsere Kräfte bündeln können. Doch dabei darf es keine Unterteilung in Haupt- und Nebenwidersprüche geben, keine Organisierungsvorschläge in denen Sexismus und Patriarchat z.B. keine Themen sind.

Wie wir mit relativ wenigen, kontinuierliche, sichtbare Politik machen können, ohne einzelne Unterdrückungsmomente völlig hintenrunterfallen zu lassen, ist eine der wesentlichen Fragen, mit denen wir uns heute beschäftigen müssen.

Das ist sozusagen unsere Ausgangsbasis.

Um die"Feuerwehrpolitik" ändern zu können, müssen wir mehr werden. Dazu gehört, daß wir uns fragen, was an unserer Politik, an dem, was von uns rüber kommt, so abtörnend ist, daß sich uns seit Jahren keine neuen Leute mehr anschließen, oder richtiger gesagt, daß die Neuen, gerade mal die Alten ersetzen, die resigniert und pessimistisch in die Zukunft blickend, die Legitimation für sich gefunden haben, sich nur noch um ihre eigenen Pfründe und Nischen zu sorgen.

Ganz grob läßt sich zumindest feststellen, daß die radikale Linke heute keine große Anziehungskraft hat. Ein Grund dafür ist sicherlich, daß wir uns derzeit nicht in einer Aufbruchstimmung befinden, keine Bewegung sind, wie in den 7o-ern oder Anfang 80.

Wenn viele sich bewegen, Neues ausprobiert wird, dann ist die Bereitschaft der einzelnen zu Veränderungen und Versuchen größer als in Zeiten, wo die meisten mehr alleine vor sich hinkrepeln, wo es wenige gibt, die bestimmte Versuche unterstützen, sich gegenseitig auffangen wenns schief geht.

Doch trotz unserer schlechten Ausgangsbasis müssen wir darum ringen bestimmte Auseinandersetzungen weiterzuführen, unbequeme Fragen zu stellen, an uns und an andere.

Politisches und Privates wird heute mehr und mehr wieder getrennt Es gibt wenige Versuche des Miteinander-Lebens und-Umgehens. Gespräche über Sexualität, Beziehungen, Kindererziehung, Abdrehen in der Scene,... werden in der Regel nur noch mit den direkt Betroffenen geführt, bestenfalls mit guten FreundInnen.

Diese Themen werden von vielen gar nicht mehr als politisch und wesentlich für eine grundlegende Veränderung angesehen.

Wenn Politik abgetrennt vom "Leben" der/des Einzelnen stattfindet, dann ist ihre Wirkung zwangsläufig ziemlich gering.

Abgesehen davon, daß wir uns in bestimmte Auseinandersetzungen gar nicht oder nur noch als betroffene Einzelpersonen einmischen, wäre es auch wichtig, immer wieder zu überlegen, wie wir neue Frauen und Männer ansprechen und zumindest in Teile unserer Arbeit miteinbeziehen können. Außerdem, wie wir das, wofür wir kämpfen, eindringlicher vermitteln können, als auf Demos und Kundgebungen, wie wir z.B. bestimmte Informationen an möglichst viele weitergeben können, in dem wir z.B. die BewohnerInnen eines Viertels durch Plakate oder Hauswurfsendungen auf unsere nächt-

liche Aktion in diesem Kiez aufmerksam machen und die Vermittlung nicht nur der bürgerlichen Presse überlassen. Gerade im Moment, wo die Tageszeitungen rechten Terror und Aktionen von Linken in einer gemeinsamen Rubrick, überschrieben mit "die Terrortaten des Wochenendes" bringen, muß uns viel daran gelegen sein, unsere Aktionen unabhängig von Tagespresse und auch von unserer eigenen linken Presse an die zu vermitteln, die unsere Zeitungen nicht lesen.
Viele Aktionen könnten eine ganz andere, gemeint ist gezieltere Wirkung haben, wenn wir vorher genau überlegen, wie und wo wir sie vermitteln, wie wir auftreten müsen, um das zu erreichen, was uns wichtig ist, wie wir den Schaden für uns möglichst gering halten können. Zu vieles läuft gerade in den letzten Wochen, aus einem unheimlichen Handlungsdruck, die Rechten stoppen zu müssen, zu chaotisch und uneffektiv. Das geht uns selbst gerade auch so.

Die offensichtlichen politischen Erfolge der Rassisten und Faschisten, einige Städte nahezu "AusländerInnenfrei" zu schlagen und zu morden, das große Ausmaß der BRD-BürgerInnen, die nicht mehr nur an ihrem eigenen Küchentisch rassistische Sprüche klopfen, sondern sich raus auf die Straße trauen, um ganz offen: "Schlagt sie tot" zu brüllen, mitzuprügeln oder Beifall zu klatschen, bereitet vielen von uns ein Gefühl der Ohnmacht und Schwäche und nicht zuletzt eine unendliche Wut.
Wieder überlegen wir, alle Kräfte zu bündeln, um gemeinsam gegen die Rassisten und Faschisten vorzugehen, um sie wenigstens hier und da ein Stückweit zurückzudrängen.
Auch angesichts dieser massiven Bedrohung, finden wir es notwendig, die Arbeit von Gruppen, die zu anderen Unterdrückungsformen arbeiten, wahrzunehmen und sich gegenseitig ernst zu nehmen. Gerade um dem Rechtsruck entgegenzuwirken braucht es ja auch eine umfassende Gegenbewegung in der sich mehr ausdrückt, als daß wir gegen Nazis sind.
Wir halten es auch für durchaus möglich, daß einzelne Arbeitsbereiche sowohl in der Theorie als auch der Praxis miteinander verbunden werden.
Z.B. kann eine Gruppe, die sich mit der Umstrukturierung von Stadtteilen, die den Bonzen und Miethaien zum Fraß vorgeworfen werden sollen, wenn sie z.B. Aktionen gegen Spekulanten macht, Hausbesitzer, die besonders rassistisch sind, gerade aus diesem Grund angreifen und öffentlich machen.
Natürlich soll jetzt nicht alles so zugeschnitten werden, daß in jeder Erklärung und auf jedem Plakat was zu Sexismus, Rassismus, Imperialismus,... steht und auf alles mögliche krampfhaft Bezug genommen wird, aber die, die kontinuierlich in einem Bereich arbeiten, haben sicherlich die Möglichkeit auch andere Unterdrückungselemente sichtbar in ihre Arbeit miteinzubeziehen. Das soll auch nicht heißen, daß es nicht manchmal wichtig ist, Schwerpunkt schwerpunkt sein zu lassen, um sich spontan in eine wichtige Mobilisierung einzuklinken.

Gerade mit den letzten Überlegungen wollen wir nochmal einen Schwenk zum Papier der RZ Gruppe machen, und zitieren:
" Die Schwäche unseres Engagements im Roma-Konflikt wurde vollends offensichtlich, als es uns nicht gelang, andere Gruppen der RZ auf eine gemeinsame Stoßrichtung zu verpflichten. Mit dem Vorschlag, angesichts der nationalistischen Neuformierung Deutschlands, der im Bündnis zwischen Staat und Mob organisierten Hetze gegen "Ausländer" und der sozialtechnischen (wat denn dat? von uns) Inszenierung von "Flüchtlings- und Zigeunerproblemen", im Jahr 1990 alle Kräfte der RZ auf die Ingangsetzung einer breiten, antirassistischen und internationalistischen Kampagne zu lenken, sind wir nicht durchgekommen.
Teile des Zusammenhangs der RZ waren und sind der Ansicht, mit einer neuen, antipatriarchalen Orientierung das politische Defizit füllen und die RZ über eine Durststrecke bringen zu können, ohne sie gänzlich in Frage stellen zu müssen."

In dieser Passage spielt ihr den antirassistischen Ansatz gegen den antipatriarchalen Ansatz aus. Wieso hätte nicht beides Bestandteil der Politik der RZ ab 1990 sein können?
Für die Notwendigkeit, jetzt massiv und mit allen Kräften gegen das Patriarchat anzugehen, dafür daß es Zeit ist, daß Männer z.B. Formen finden, wie sie gegen patriarchale Zurichtung von Jungs und Männern angehen, lassen sich genauso zwingende Gründe vorbringen, wie für eine antirassistische Kampagne.

Weiter gehts im Text. Ihr beschreibt die Schwierigkeiten, die ihr mit "Antipatriarchalismus" habt, wie folgt:
"Unsere Gruppe konnte und wollte umgekehrt die Ausrichtung der gesamten Politik auf das Thema "Antipatriarchalismus" nicht hinnehmen (im Gegensatz zur gemeinsamen Ausrichtung auf Antirassismus, Anm. von uns). Obwohl wir uns über die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion im klaren sind, erschien uns der Stand der Auseinandersetzung nicht ausreichend, die Theorielücken waren zu groß, die denkbaren Beziehungen zwischen legalen und illegalen Kampfformen zu unausgegoren, als daß wir daraus eine bewaffnete Politik hätten ableiten können."
Dazu wollen wir als Frauen nichts konkretes vorschlagen, wie ihr euch sicher denken könnt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die letzte Erklärung der "Flammenden Herzen", die etwas zur gleichen Zeit wie euer Papier veröffentlicht wurde (Interim Nr.187 Dort stellt die Männergruppe ihre Gedanken zu patriarchaler Zurichtung dar und wie sie sich überlegt haben, dagegen vorzugehen.
Weiter geht es in eurem Text:
" Historisch gesehen, hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahezulegen."

Soll das etwa heißen, daß, wenn ihr persönlich so prima antipatriarchal draufgewesen wärt, es die Zoras nicht nötig gehabt hätten, sich autonom als Frauen zu organisieren und um den Aufbau autonomer Frauenstrukturen zu kümmern, und daß die ausschließliche Zusammenarbeit mit euch ein "politisch emanzipativer Beitrag" gewesen wäre? Damit macht ihr euch, in typisch männlicher Manier, zum Nabel der Welt, zum Ausgangspunkt aller Dinge, und ignoriert einmal mehr die Dimension patriarchaler und sexistischer Unterdrückung. Einige Ausnahmemänner (soweit es sie überhaupt gibt), mit denen Frauen sich vorstellen können politisch zusammenzuarbeiten, sind dabei politisch überhaupt nicht relevant. Dagegen sehen wir in den autonomen, von Frauen entwickelten Strukturen, in ihren Kämpfen und Interventionen, die entscheidenden Beiträge in dieser Sache. Ihr könnt froh sein, daß sich die Zoras überhaupt noch in einen Gesamtzusammenhang mit den RZ gestellt haben.

Ob die Rz über eine Durststrecke hinwegkommt, ist unserer Meinung nach nicht nur von der richtigen Wahl des Themas abhängig, sondern wird viel damit zu tun haben, was die verbliebenen RZ zusammen mit anderen Gruppen des Widerstands in einem Austausch und unter Beziehung aufeinander erreichen können.
Damit wären wir bei einem weiteren Punkt angelangt, der für die Zukunft wichtig ist, denn nicht nur die RZ, sondern viele mehr befinden sich auf einer Durststrecke.
Wir glauben, daß es nur möglich ist, diese Schwierigkeiten zu überwinden, wenn überhaupt wieder mehr Notiz voneinander genommen wird, wenn sich gegenseitig ernsthaft kritisiert und in einen Dialog getreten wird, wenn eine Auseinandersetzung wiederaufgenommen wird, die über die Jahre zwischen den RZ und anderen Gruppen nahezu eingeschlafen ist. Die RZ hat sich in den letzten Jahren immer weniger in Diskussionen anderer Zusammenhänge eingemischt. Umgekehrt haben viele, die in eurem antirassistischen Ansatz Kritik hatten, dies nicht vermittelt.

Soweit uns bekannt ist, gab es nie eine öffentliche Diskussion um die Kampagne (Freies Fluten) der RZ. Abgesehen von dem Papier der "neuen" Berliner RZ(1989) , scheint es keine Kritik an dem Ansatz zu geben.
Natürlich gab es doch Kritiken, aber, die wurden eher in internen Diskussionen geäußert und eben nicht öffentlich gemacht.
Das war/ist mit Sicherheit ein schweres Versäumnis, bedeutet es doch, einen Zusammenhang, der sich mit einem politischen Ansatz an die Öffentlichkeit wagt, allein dastehen zu lassen.
Die Kritik, die wir kennen (und geteilt haben) war, daß die ausschließliche Orientierung auf die staatliche Flüchtlingspolitik und deren Folgen, als Angriffsziel zu begrenzt ist.
Wenn es nicht gelingt, diesen Ansatz mit einigen sozialen Konfliktlinien zu verbinden und zum integralen Bestandteil vieler unserer Politikfelder zu machen, bleibt dieser Ansatz die Sache einiger weniger, die sich schon das Bewußtsein erarbeitet haben, daß es notwendig ist, gegen Rassismus und die staatliche Flüchtlingspolitik vorzugehen.

Die von den RZ vorgestellte Kampagne stand im wesentlichen auf zwei Beinen, die beide wackelig waren.
Das eine war die ziemlich zurechtgebogene Analyse von den trikontinentalen Flüchtlingsströmen, die sich ihren berechtigten Anteil vom Reichtum in den Metropolenländern zurückholen und Subjekte zukünftiger Umwälzungen im Westen sein werden.
Das zweite Standbein war das moralische.
Mit der Aufforderung, sich auf die Seite derer zu stellen, denen es am allerdreckigsten geht, hat man das moralische Recht auf der Seite. Eine Linke muß sich daran messen lassen, in wieweit sie sich gegen die staatliche Flüchtlingspolitik verhält und sich mit dem Kampf der Flüchtlinge solidarisiert. Kein Zweifel, das haben wir auch so gesehen. Aber so richtig das auch ist, moralische Appelle machen noch keine Strategie.
Vielleicht war das moralisch Richtige der Kampagne das, was es vielen schwer gemacht hat, sie zu kritisieren.
Einerseits zu befürchten, daß nur einige wenige die Kampagne unterstützen werden, weil dieser Ansatz vielen zu weit weg ist, wenig Bezug zum eigenen Leben, Umfeld,... hat, auf der anderen Seite den Anspruch an die Linke durchaus berechtigt zu finden und dieses Dilemma nicht auflösen zu können.

Gegen die Resignation!

Wir haben Mühe das Gejammere und die Resignation, die in vielen Papieren, die in der letzten Zeit entstanden sind, drinsteckt, zu verstehen.
Das wir unsere derzeitige Ausgangsbasis nicht besonders rosig sehen, haben wir ja selbst geschrieben. Das meinen wir nicht.
Es kommt uns so vor, als wäre vielen die Revolution, wirkliche grundlegende Veränderung der Menschen und des menschlichen Zusammenlebens, schon greifbar Nahe gewesen und wir verstehen ihr Jammern als ein Entschwinden dieses Ziels.
Vielleicht liegt es daran, daß wir die Euphorie der 70ger Jahre nicht mitgekriegt haben und zum größten Teil erst in den 80ern, nach dem Höhepunkt der Häuserbewegung in radikale linke Zusammenhänge gefunden haben.
Wir sind immer davon ausgegangen, daß es ein schwieriges Unterfangen ist in der BRD revolutionäre Zustände herbeizuführen. Wir haben uns immer in Opposition zu den meisten BRD- BürgerInnen gesehen, unvorstellbar die Vorstellung, daß viele ihre rassistischen und sexistischen Gedanken aufgeben würden und wir gemeinsam für eine Befreiung von jeglicher Unterdrückung eintreten. Gerade Rassismus und Sexismus sitzen so tief daß wir überhaupt nicht davon ausgehen, daß sich daran in einem kurzen Zeitraum von wenigen Jahren bei vielen etwas ändert.

Auch die RZ hat im Rev. Zorn von Jan. 81 formuliert:

"Wir wissen, daß es für uns keine Garantie gibt, die gesteckten Ziele zu erreichen. Wir wissen aber auch, daß es in Anbetracht aller Schwierigkeiten, aller Widersprüche, für die Unterdrückten keine andere Möglichkeit zum Leben gab und geben wird, als zu kämpfen."

In ihrem Anfang der 80er Jahre erschienen Papier "In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod - Krise, Krieg und Friedensbewegung" sagten die RZ eine Entwicklung voraus, die der heutigen Situation sehr nahe kommt: ökonomische Einkreisung und Bankrott des Realsozialismus einerseits und endgültige Verlagerung der Hauptangriffslinien des Imperialismus gegen die Menschen im Trikont, andererseits verschärfte Ausbeutung und sozialer Angriff in den Metropolenländern. Auch der Weg der Grünen als Beispiel für die deutsche Mittelstandslinke wurde in diesem Papier schon deutlich vorgezeichnet. Dementsprechend wurde dort auch die Orientierung an der Friedensbewegung kritisiert und ein Bezug anhand sozialer Konfliktlinien gefordert.

Heute schreibt ihr, daß die Welt der 90er Jahre (Rolle Deutschlands, Neue Weltordnung, "Nationalitätenkonflikte" als Stichworte) eine "ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands erfordert. Doch was von euch folgt, deutet nicht auf Neuorganisierung, sondern ist ein Abgesang auf den militanten, revolutionären Widerstand.
Nach dem Motto: wenn das höchste Ziel nicht zu erreichen ist, fangen wir erst gar nicht an.
Genauso wird auch mit Fehlern umgegangen. Zu Recht kritisiert ihr Schwächen eurer Politik (manchmal nicht ganz nachzuvollziehen, wie wir im vorangegangenen Text beschrieben haben) - aber anstatt zu Überlegen, was ihr ändern könnt, wie es eine Weiterentwicklung geben kann, macht ihr vieles bisherige runter und legt es beiseite.
Ihr gebt euer Konzept auf, was ja gerade durch seine Verankerung in sozialen Kämpfen nie starr sein sollte, was eine Vielzahl von Aktionen ermöglichen sollte und schon immer Anpassung an die sozialen Verhältnisse bedeutet hat.

Auch wenn es heute keinen so starken Widerstand wie zu Zeiten der 68er gibt, so hat die RZ immer vertreten, daß Militanz in Zeiten der Bewegung wichtig ist, aber genauso in Zeiten der Schwäche, weil es immer genug Gründe gibt, sich zu wehren, nicht zuletzt, um aufzuzeigen, daß es die Möglichkeit gibt fundamentalen Widerstand zu leisten.
Ganz generell finden wir das nach wie vor richtig. Auch in Zeiten wie diesen, wo die Rechten viele unserer Aktionsformen aufgreifen kann unsere Reaktion darauf nicht sein auf militante Angriffe gänzlich zu verzichten. In dem Zusammenhang stellt sich eher das Problem, daß wir sehr zielgerichtet und genau arbeiten müssen, daß wir uns Gedanken um eine breitere Vermittlung machen müssen, daß wir als Linke in unseren Aktionen ganz klar erkenntlich sein müssen. Darüber werden sich alle noch viel mehr Gedanken machen müssen als bisher, damit unsere Aktionen nicht wirkungslos verpuffen, oder gar gegen uns gedreht werden können.





Nachtrag:

Beim wiederholten Lesen und Diskutieren unseres Textes ist uns aufgefallen, daß unser Text genausowenig wie der Text der RZ-Gruppe, eine Definition so zentraler Begriffe wie "bewaffneter Kampf", "militante Gruppen", ect. enthält.
Wir sind bislang von einer relativ einheitlichen Definition dieser Begriffe innerhalb der radikalen Linken ausgegangen.
Als wir den in unserem Text erwähnten Beitrag von Klaus Viehmann."...zu mehr in der Lage" lasen, wurden wir jedoch stutzig. In diesem Beitrag wird die Unterscheidung gemacht zwischen bewaffnetem Kampf der Stadtguerillagruppen und militanten Aktionen legaler Gruppen:
(...) " Erst als im Verlauf der 70er Jahe die Vorstellung einer revolutionären Linken Einheit zunehmend zerfiel und der Staat die Unterscheidung zwischen legal und illegal immer wieder repressiv erzwang, wurden die Trennlinien schärfer. (...)
Einen Unterschied gab es allerdings von Beginn an in der Bestimmung von militanten Aktionen. Waren sie für die (legale) revolutionäre Linke eher taktische Mittel im Rahmen einer ganzen Palette von Kampfformen und als solche solche auch in einer Kampagne mit begrenzten Zielen einsetzbar, so sollten Stadtguerillaaktionen auf revolutionäre Perspektive an sich abzielen, indem sie die Möglichkeit ihrer Durchsetzung praktisch erproben und demonstrieren sollen." (...) (Seite 163 Mitte, PiZZA Buch)
Den Unterschied zwischen militanter Aktion als taktisches Mittel und als rev. Perspektive an sich verstehen wir so nicht.

Militante Aktionen, dieser Begriff beinhaltet für uns die ganze Palette von z.B. Gegenwehr einer Frau gegen einen Sexisten , Plakate kleben gegen Rassismus bis hinzu Sprengstoffanschlägen gegen Einrichtungen der Schweine, Knieschüsse gegen Faschistenkader oder politischen Mord.
Dabei können die Ziele eher kurzfristig sein, wie z.B. einen bestimmten Sexisten zu bestrafen und einzuschüchtern oder symbolisch, wenn wir etwas angreifen, um zu zeigen, daß wir bereit sind dagegen anzukämpfen, aber nicht die Möglichkeit eines schnellen Erfolgs sehen.
Alle militanten Aktionen haben aber immer auch das Ziel zu zeigen, daß Widerstand möglich ist, daß er auf unterschiedlichsten Ebenen möglich ist, daß jedeR sich einklinken kann.
Die Wahl der Mittel hat für uns nichts mit militant oder nicht militant zu tun. Zu welchen Mitteln eine Gruppe greift, entscheidet sich in erster Linie am Ziel der Aktion und am Zutrauen bzw. Erfahrungshintergrund der Gruppe.
Die politische Situation, die Stärke oder Schwäche der radikalen Linken die Einschätzung, ob die politischen Zusammenhänge mit der nachfolgenden Repression fertig werden, sind weitere wichtige Komponenten, die es zu überlegen gilt.

Ob wir verdeckt arbeiten oder offen ist für uns genauso eine Frage, die sich nur anhand des konkreten Ziels beantworten läßt. Verdeckt ist nicht prinzipiell gut und öffentlicher Arbeit vorzuziehen. Wir halten den Aufbau von verdeckten Strukturen für genauso unerlässlich, wie die Arbeit, die Gruppen machen, die öffentlich ansprechbar sind. Genauso brauchen wir auch Personen, die Demos anmelden, Frauen und Männer, die auf Plenen und Vollversammlungen politisch Stellung beziehen,...
Natürlich können nicht alle Personen alles machen, wir müssen überlegen, was sich gegenseitig ausschließt. Wir verwehren uns aber aufs schärfste gegen eine Hierarchie.
Aus dem RZ Papier geht nicht deutlich hervor, von was für einem Konzept ihr ausgeht, aber wir finden, daß unterschwellig eine Hierarchie mitschwingt, was die "Wahl der Waffen" betrifft. In diesem Sinn interpretieren wir auch die Anspielung der Gruppe (Ex-RZ) aus dem Rhein-Main-Gebiet (Interim Nr. 187):
"Es gab Aktionen, wo ein Vorschlaghammer oder eine Säge angebrachter gewesen wären als der vergeudete Sprengstoff. An der Startbahn West hatten die RZś keine dogmatischen Probleme, auch Luftballons (mit Alustreifen zur Störung des Flugverkehrs) einzusetzen, eben auch und nicht nur."
Und ganz zum Schluß wollen wir nochmals zitieren, was die Zoras schon 1981 in ihrem Papier "Jedes Herz eine Zeitbombe" geschrieben haben:
"Für uns ist es auch ein Stück Befreiung, ein Gefühl von Lebendigkeit und Stärke, wenn wir einem schweinischen Hausbesitzer oder seinen Handlangern, der Atommmaffia usw. ein bißchen Feuer unterm Arsch machen.... Dazu kommt, daß Aktionen gegen die Alltagsgewalt schon jetzt verständlich sind, zwar nicht von der Mehrheit, aber all denen, die sich das Gehirn nicht haben klauen lassen. Angriffe gegen zentrale/staatliche Machtstrukturen haben es da schwerer. Sie müßen genau geplant und überlegt werden, damit die politische Richtung klar wird.
Grundsätzlich denken wir, daß es nicht das 'Angriffsziel' gibt, das den Staat 'kippen' kann. Die Chance einer revolutionären Bewegung liegt viel mehr im Angriff auch die gesamten staatlich verordneten Lebensverhältnisse, der Angriff auf zentrale/staatlicheInstitutionen ist nur ein Teil davon."

Ich will nicht länger Molch sein!

Anmerkungen zur RAF-Erklärung vom August 1992 ("Wir müssen das Neue suchen", Beilage zur Sept.-KONKRET)

Die inhaltliche Debatte weitertreiben!

I. Einleitung

1. eine qualitative Verbesserung der Analyse

In der neuen Erklärung beschränkt sich die RAF endlich nicht mehr darauf, den eigenen Mißerfolg festzustellen und die bisherigen Mittel ihres Kampfes mehr oder minder pauschal zu verwerfen.

Auch *das Kriterium* der Selbstkritik wir klargestellt: Schaden und Nutzen für die "revolutionäre Entwicklung" (S. 3 Sp. II) sind der Maßstab, an dem sie ihre *bisherige* Politik mißt. Mit dieser Präzisierung werden einige Unklarheiten, die durch die Erklärungen vom April und Juni entstanden waren, beseitigt. Allerdings produzieren die GenossInnen auch neue Unklarheiten, wenn sie in dem Teil, der sich mit den Perspektiven beschäftigt, schreiben: "Wir haben sie (die "kommende Phase", d. Verf.) als eine Übergangsphase gesehen, aus der sich eine revolutionäre Bewegung bzw., wie wir später gesagt haben, eine Gegenmacht von unten entwickeln würde." (5 I). Ob diese Änderung in der Begrifflichkeit eine inhaltliche Bedeutung für sie hat, erklären die GenossInnen leider nicht. Der Begriff der "Gegenmacht" legt eine solche Vermutung nahe, denn er impliziert eine (dominierende) Macht, *gegen* die bloßer Widerstand geleistet wird - ohne daß sie beseitigt wird. In der letzten Spalte des neuen RAF-Textes ist dann allerdings wieder von "revolutionäre(r) Entwicklung" (8 IV) die Rede...

2. Lücken

Die Erklärung enthält natürlich auch verschiedene Lücken (eine wurde gerade angesprochen). An diese Lücken soll im folgenden angeknüpft werden - das allerdings wiederum nicht in dem Sinne, daß der Anspruch erhoben werden würde, all diese Lücken schließen zu können, sondern vielfach nur im Sinne der Bestandsaufnahme von einigen Problemen, an denen die revolutionäre Linke weiterarbeiten muß.

Dabei gibt es zwei Arten von Lücken: Einmal Lücken in dem Sinne, daß Themen zwar in der Erklärung behandelt, aber nicht erschöpfend geklärt werden. Und zum anderen Lücken in dem Sinne, daß bestimmte Themen nicht explizite in dem Text vorkommen. Werden derartige Themen nicht nur in der vorliegenden Erklärung nicht behandelt, sondern generell nicht bedacht, haben diese Lücke Auswirkungen auf Lücken der ersteren Art.

Um ein Beispiel zu geben: Der Themenkreis Patriarchat/Feminismus kommt auch in der neuen Erklärung nicht vor. Diese Lücke hat natürlich Auswirkungen auf die Antwort auf die - in der Erklärung durchaus angesprochene - Frage, gegen wen oder was sich der Kampf der RAF eigentlich richtet.

Diese Lücken der zweiten Arten sind auch noch aus einem anderen Grund wichtig: Wenn sich die RAF tatsächlich an einer breiteren linken Debatte beteiligen möchte, dann wäre es sinnvoll, wenn sie (zwar auch, aber) nicht nur über sich selbst und ihre eigenen Fehler schreiben würde, sondern sich zu den inhaltlichen Kontroversen äußern würde, die in der Linken in den letzten Jahren diskutiert wurden. Erst eine solche Offenheit würde einen tatsächlich gegenseitigen Austausch und ein gegenseitiges Lernen ermöglichen.

Neben dem bereits genannten Thema Patriarchat/Feminismus sind Themen dieser Art:

-- Analyse von Verlauf, Auswirkungen und linkem Agieren im Prozeß des Anschluß der DDR an die BRD: Rechtfertigt dieser Prozeß eine Neuauflage der Faschisierungsthese (wie die Ex-KB-Minderheit [Gruppe K] und die KONKRET meinen) oder nicht (wie bspw. die autonome LUPUS-Gruppe Frankfurt/Main und die Ex-KB-Mehrheit meinen). Und als Konsequenz: Ist daher eine spezifisch "anti-deutsche" (so die Position der Erstgenannten) oder weiterhin eine generell antiimperialistische Politik (wobei der Hauptfeind natürlich im eigenen Land steht) erforderlich?

-- Analyse des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus: Ist eine kommunistische (marxistische) Kritik des (Post)-Stalinismus möglich? Oder bestätigt dieser Prozeß den "undogmatisch"-linken Antikommunismus?[1]

-- Die Frage des Rassismus, den die RAF zwar als Phänomen auf der *Erscheinungsebene* in der neuen Erklärung mehrfach erwähnt, wo aber unklar bleibt, wie sie ihn theoretisch *analysiert*: Als (relativ) eigenständiges Herrschaftsverhältnis, das auch in der Linken existiert, oder als bloßer Ausdruck der Manipulation / counter-Strategie der Herrschenden?

-- Die Analyse der RAF-Politik von vor 1984 und der Politik anderer linker Gruppen während der nach Ansicht der RAF jetzt abgeschlossen Kampfphase.[2]

II.

1. Wer gegen wen?

Die grundlegende Schwäche der neuen Erklärung der RAF liegt darin, daß auch in ihr wiederum nicht definiert wird, gegen wen oder was sich ihr Kampf eigentlich richtet. Meistens ist nur ganz unbestimmt von "die Macht" die Rede (bspw. 2 I). An anderer Stelle werden dann "Regierung" (was ist mit Parlament, Justiz, nachgeordneter Verwaltung?), "Wirtschafts*eliten*" (?!) und "Staatsschützer" (7 II) oder auch schlicht "sie" (8 IV) genannt.

Selten werden "Imperialismus", "Kapitalismus", "das Kapital", "Staat" genannt; manchmal ist es auch das "Geld" (6 IV) oder sind es "Maschinen und Computer" (7 IV), die die Macht haben.

Dadurch ist die Richtung des Antikapitalismus (?) der RAF unklar: Ist er romantisch-rückwärts gewandt oder kommunistisch?

Genauso unklar bleibt, in welchem Verhältnis nach Ansicht der RAF Kapital, Staat und Imperialismus stehen: Ist der **Staat das bestimmende Element** (geht die RAF also weiterhin wie im Front-Papier [in liberaler Tradition] von einem Gegensatz Staat - Gesellschaft[3] aus?)

---

[1] S. zu diesem Thema den wichtigen Text "Das Thema der Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Geschichtliche Erfahrungen und einige aktuelle Betrachtungen" der italienischen "kommunistischen Zelle zur Gründung der Kämpfenden Kommunistischen Partei", In: Gruppe 2 (Hg.), Reihe - *texte* -, Heft 5, GNN-Verlag: Köln, o.J. (1990 od. später), 25 - 34.

[2] S. dazu insbesondere die Debatte der letzten Jahre über die Krise der autonomen Bewegungen (als stärkstem Segment der Rest-Linken): LUPUS-Kritik von den libertären Tag 1987, Hamburger "Ich sag' wie's ist"-Papier von 1988 (interim 26 - 28), Kritik der Gruppe Revolutionäre SozialistInnen an der Autonomie Nr. 14 (Oktober, Nr. 25, Sept. 1988), Autonome KommunistInnen zu rot-grün (PROWO, Null-Nr. 1, 14.04.1989), Kommunistische Brigaden (Mai 1991), Heinz-Schenk-Debatte / Fels (Herbst 1991 - 1992). Ein verzerrter Ausdruck der tatsächlichen inhaltlichen Probleme sind die ständigen Konflikten zwischen Autonomen und RIM.

3 bspw. RAF 1982, 120 I, s.a.: RAF 1986b, 33 IV und V.

oder ist der bürgerliche Staat der **Überbau** kapitalistischer Produktionsverhältnisse (also der *Widersprüche in der Gesellschaft selbst*)?
Ist der Imperialismus im marxschen Sinne eine notwendige Folge der Kapitalakkumulation und der Konkurrenz? Ist er (im leninschen Sinne) eine bestimmte (die höchste = letzte) Phase des Kapitalismus? Oder ist der Imperialismus schlicht der besonders böse Kapitalismus, eben die "Wirtschaftseliten"?
Noch unklarer ist, auf wessen Kampf sich die RAF bezieht. Nur auf sich selbst? Auf die Linke? Auf die Bewegungen? Oder vielleicht doch auf das Proletariat? (wird tatsächlich einmal erwähnt, für die Zeit vor 1933 [8 IV]!).
Sicherlich kämpft *das* Proletariat heute nicht revolutionär gegen den Kapitalismus. Aber kann der Sturz des Kapitalismus als möglich gedacht werden, ohne daß das Proletariat diesen Kampf aufnimmt? Und haben nicht in den sozialen Bewegungen viele Angehörige der ArbeiterInnenklasse gekämpft (auch wenn sie diesen Kampf nicht als Klassenkampf verstanden haben)?
Und: Ist der Klassenkampf (des Kapitals) - und der Klassenkampf der ArbeiterInnenklasse (wenn auch in reformistischen Grenzen; innerhalb des Lohnsystems) nicht eine Realität? Die RAF beschreibt zwar einige Phänomene ("Streiks, Demonstrationen und Werksbesetzungen gegen das (...) Zurückrollen von ehemals erkämpften sozialen Rechten und Errungenschaften" [7 III, IV]), aber der Begriff (**ein Begriff ist nicht nur ein Wort, sondern hat analytische Funktion!**) Klassenkampf kommt auf den ganzen 8 DIN A 3-Seiten kein einziges Mal vor!
Herrscht auf dem traditionellen Gebiet der Analyse des Widerspruchs Kapital - Arbeit schon eine derartige Verwirrung, werden Patriarchat und Rassismus als (relativ) eigenständige Herrschaftsverhältnisse gar nicht erst zur Kenntnis zu genommen. Die feministisch-antipatriarchale Problematik beschränkt sich in dem gesamten Text auf den Hinweis auf die "steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen" (8 II).
Die *Antagonismen zwischen den Menschen* - zwischen den (durch ihre Stellung zu den Produktionsmitteln definierten) Klassen, zwischen den ideologisch und kulturell konstruierten "Rassen" und sozialen Geschlechtern ([engl.] *gender*) - wird von der RAF mit ihrer Schmalspuranalyse ('die Menschen' gegen 'die Macht') ignoriert. Damit werden aber auch die erst noch zu lösenden Schwierigkeiten des revolutionären Kampfes ignoriert.

2. *Zur Analyse des Kräfteverhältnisses bzw. konkreter historischer Prozesse durch die RAF*

Dieses Fehlen einer differenzierten Analyse und Begrifflichkeit zeigt sich auch, wenn die RAF versucht, Kräfteverhältnisse oder konkrete historische Prozesse zu untersuchen: Oft leistet sie nur quantitative Beschreibungen statt qualitativer Bewertungen: alles wird "immer mehr" - oder auch "immer weniger":

"Daß es in den Kämpfen dieser Jahre nicht viel (?) mehr Tote (Klaus Jürgen Rattay, Olaf Ritzmann) auf unserer Seite gab und nicht noch mehr Schwerverletzte war *reiner Zufall*." (2 I).
"Stattdessen stieg die Zahl der Opfer (des Imperialismus, d. Verf.) *immer weiter*." (2 III).
"(...), daß sich in dieser Zeit die Lebenverhältnisse für *immer mehr* Menschen verschärft haben. Die Zahl derer, die das Kapital für seine Profite nicht mehr brauchte, ***nahm ständig zu***, weil einerseits die gesamte Produktion *immer mehr* auf Militarisierung ausgerichtet wurde" (2 III).
"*maßlos* hochgepuschte Repression des Staates" (3 III).

Dies war die heutige Beschreibung der Situation in den 80er Jahren durch die RAF. Und nun die heutige Beschreibung der Situation durch die RAF für die Zeit nach dem von der RAF diagnostizierten Einschnitt von 1989:
"Es ist dann 90 *immer schärfer* zu der reaktionären nationalistischen und rassistischen Mobilisierung gekommen, (...)." (5 III).
"Das drückt sich *immer schärfer* in ihrem Verlust der Integrationskraft (...) aus, (...)." (7 III).
"In der BRD sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Hochtechnologisierung *immer mehr* Menschen arbeitslos macht und für die, die sie noch brauchen, die Arbeitsbedingungen *immer unerträglicher* macht." (7 IV).
"*Immer mehr* leben von Sozialhilfe, (...). Auch in der Metropole können *immer weniger* an dem 'verrückten Wettlauf der Menschen untereinander' (...) teilnehmen." (7 IV, 8 I).
"Wahnsinn (?) des steigenden Transportverkehrs" (8 III).

Oder auch zur Wirkung ihrer Anschläge:
"Unsere Aktionen (...) waren für viele (?) Menschen (in der Szene? Im Proletariat?) nachvollziehbar und moralisch legitim." (3 I).
"Spätestens (?) ab 88 wurde die bis dahin entwickelte Politik von einem *immer kleiner* werdenden Kreis von entschlossenen GenossInnen getragen (...)." (4 II).
"Dazu sagen wir noch mal was zu unseren letzten Aktionen, wobei uns bewußt ist, daß es nicht das Problem war, daß wir mit ihnen emotional von vielen (?) Menschen entfernt gewesen wären. (...). Viele (?) haben sich über diese Aktionen gefreut." (4 IV).

Oder auch die alt-bekannte Manipulationstheorie der RAF:
"(...) auf allen Ebenen agierenden Counter-Apparat (...), der es geschafft hat, die Hetze und psychologische Kriegsführung gegen uns und andere revolutionäre Zusammenhänge bis in sogenannte linke Medien wie z.B. die 'taz' *hineinzupflanzen*" (4 I). Sicherlich agiert der Counter-Apparat auf vielen Ebenen, sicherlich greift er solche Entwicklungen wie bei der taz auf und versucht, seinen Beitrag dazu zu leisten. Aber: muß er / kann er derartige Anpassungs- und Unterwerfungsprozesse tatsächlich von außen "hinein(...)pflanzen"? Liegen die *Haupt*ursachen für derartige Entwicklungen nicht im Inneren der Linken (unzureichend entwickelte Theorie und Praxis; Umschlagen von ehemaligen stalinistischen Dogmatismus [Antje Vollmer] und linksradikalen SektiererInnentum [Joschka Fischer] in neuen Reformismus etc.)?

Oder zur Entwicklung in der Ex-DDR:
Die RAF spricht von einer "Zurichtung der *gesamten* Lebensbedingungen auf kapitalistische Kriterien" (5 III). Die GenossInnen übersehen hier wieder einmal, daß
++ die gesellschaftliche Struktur der Groß-BRD nicht nur vom Kapitalismus, sondern auch von patriarchaler und rassistischer Herrschaft geprägt ist
und
++ daß letztere gerade nicht im Wege des Warentauschs freier und gleicher Rechtssubjekte erfolgt (wegen dieser Unterschiedlichkeit bietet es sich an, Imperialismus als Effekt der Überlagerung von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat zu begreifen)
sowie
++ daß auch das Kapitalverhältnis nicht nur in kapitalistisch, sondern auch nicht-kapitalistisch funktionierenden ideologischen Apparaten reproduziert wird (Schule, Kirche, Vereine etc.).

Und schließlich zu den Perspektiven:
"Die Voraussetzung für die Gegenmacht von unten, für die revolutionäre Entwicklung überhaupt ist ein Bewußtsein, das *immer mehr* Menschen zu gemeinsamen Handeln befähigt." (8 IV - alle vorstehenden Hervorh. + Anm. d. Verf.).

An drei Punkten versucht die RAF allerdings, eine qualitative Analyse zu geben, die über "immer mehr" oder "immer weniger" hinausgeht:
-- die These von der 2/3-Gesellschaft (2 III)
-- die These, daß auch hier, aber besonders weltweit "viele Leute (vom Kapital, d. Verf.) nicht mehr (ge)braucht (werden), daß sie überflüssig geworden sind - und daß sie sich auch so fühlen sollen" (2 III und ähnlich: 7 III)
und schließlich
-- die These, daß der scheinbare "Sieg des Kapitalismus" "in Wirklichkeit seine globale Krise zementiert" habe (7 III).

a) 2/3-Gesellschaft
Die RAF analysiert in ihrer Erklärung die BRD-Gesellschaft als "2/3-Gesellschaft". Was dieser Begriff für RevolutionärInnen für einen analytischen und strategischen Wert haben soll, ist mir einigermaßen schleierhaft. Denn der Begriff ist in seinen **beiden Aspekten** bestenfalls sozialdemokratischen Charakters.

+ + **Strategisch** ist der Begriff der "2/3-Gesellschaft" die **resignative** Verarbeitung der SPD, daß sie Anfang der 80er Jahre die bundesweite Regierungsfähigkeit an die CDU/CSU verloren hat. Indem die SPD (schon lange vor der RAF!) der christliberalen Bundesregierung vorgeworfen hat, eine 2/3-Gesellschaft zu schaffen, hat die SPD ihre Isolierung im von ihr selbst sogenannten 'unteren Drittel' (+ -) der Gesellschaft *erklärt und verfestigt*. (*Auf **dieser** Ebene* der Kritik spielt es keine Rolle, ob es tatsächlich das *'untere* Drittel' ist, das die SPD wählt. Auch ist es *auf **dieser** Ebene* egal, ob die SPD eine Politik vorschlägt und/oder betreibt, die diesem vermeintlichen 'unteren Drittel' nützlich ist. **Worum es auf dieser Ebene allein geht ist folgendes:**)
Jede Fixierung auf bloß ein Drittel der Gesellschaft (besonders dann, wenn es auch noch das 'untere' ist), macht die eigene relative Einflußlosigkeit zum Dauerzustand - und dabei ist es egal, ob sich die SPD meint, auf das 'untere Drittel' zu beziehen, oder ob sich die Autonomen (besonders in der zweiten Hälfte der 80er Jahre [IWF, 1. Mai in Kreuzberg]) auf die 'Marginalisierten' beziehen / bezogen haben. **Auf dieser Grundlage ist (abgesehen von gewissen Schwankungen der moralischen Solidarität 'von oben') keine hegemoniale und daher auch keine revolutionäre Politik möglich.**

+ + Auch auf der **analytische** Ebene ist für mich kein revolutionärer Gehalt des Begriffes der "2/3-Gesellschaft" ersichtlich. Denn dieser Begriff ersetzt den Klassengegensatz von Kapital und Arbeit durch den bürgerlich-ideologischen Gegensatz von Arbeitsplatz'besitzERn' und Arbeitslosen, und nimmt das Kapital aus der Schußlinie.
Mit dieser Kritik geht es mir nicht darum, den (nicht nur) in der kommunistischen Tradition oft mythologisierten Bezug auf einen vermeintlichen 'Kern der ArbeitERklasse' (die in Beschäftigung stehende IndustriearbeitERschaft) wiederzubeleben. Vielmehr verdrängen **beide** Sichtweisen das reale Probelm - nämlich die revolutionäre Einheit der ArbeiterInnenklasse nicht autoritär zu dekretieren, sondern in hegemonialen Prozessen zu erarbeiten. Dies verlangt die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen, die sich *in der ArbeiterInnenklasse selbst* aufgrund der Überlagerung des Klassengegensatzes durch andere Herrschaftsverhältnisse (Patriarchat und Rassismus) wie durch die Schichtung der ArbeiterInnenklasse in Erwerbsarbeitslose, ungelernte ArbeiterInnen, FacharbeiterInnen, wissenschaftlich-technische Intelligenz, in Ausbildung stehende etc. nicht abstrakt zu negieren, sondern für den revolutionären Prozeß aufzunehmen und produktiv zu machen.

b) Gibt es für das Kapital überflüssige Leute?
Auch die These, daß es Leute gibt, die für das Kapital überflüssig seien, ist nicht neu, sondern geistert schon seit einiger Zeit durch die autonome Diskussion.
In grundlegender Weise wird dabei übersehen, daß aus Sicht des Kapital Leute **existieren müssen**, die nicht in Arbeit stehen, damit diese ihre Funktion als industrielle Reservearmee wahrnehmen können. Ohne **Existenz** der industriellen Reservearmee keine Konkurrenz in der ArbeiterInnenklasse, also keine Lohndrückerei! [Erst Recht nicht einsichtig (und von der RAF auch nicht begründet) ist die weitergehende These, daß "sie sich auch so (nämlich überflüssig, d. Verf.) fühlen sollen" (2 III).]
Und was speziell die Situation im Trikont anbelangt, sollte zumindest folgende These des italienischen Gefangenenkollektivs *Wotta Sitta* bedacht werden:

> "Die Industrialisierung weiter Teile Lateinamerikas, Afrikas und Asiens hat eine beträchtliche Ausweitung der urbanen kapitalistischen Verhältnisse bewirkt. Milliarden von Männern und Frauen sind direkt von der metropolitanen gesellschaftlichen Arbeitsteilung betroffen: als Industrieproletariat in den Autowerken Algeriens oder Südkoreas, in den brasilianischen Stahlwerken. Als industrielles Ersatzheer, (...), die Abermillionen Menschen, die aus Mittel- und Südamerika, aus Südostasien, aus dem Maghreb und aus der Türkei, aus Zentralafrika emigrieren, (...). Eine gesellschaftliche Massen, die gegenüber den **direkten** Produktions- und Organisationsbedürfnissen einen Überschuß bildet, die jedoch **völlig innerhalb der kapitalistischen Verflechtung lebt**, die ihre Existenzbedingungen beeinflußt. Heute lebt bereits die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Gebieten; in den nächsten 10 Jahren wird ein großer Teil davon in Megastädten mit Millionen von Einwohner*Innen* leben. (...). Globalisierung der Märkte (...). Der imperialistische Wille, das Proletariat weltweit zu zerstückeln steht im Widerspruch zu seinen eigenen Gesetzen, die die Sozialisation und Gemeinsamkeit zwischen den proletarischen Subjekten fördern, zwischen den Völkern mit völlig unterschiedlichen Geschichten von Kampf und Emanzipation."[4] - **ohne** daß dieser Prozeß allerdings **automatisch** revolutionäres Bewußtsein und eine revolutionäre Praxis hervorruft.
> Und der französische militante Kommunist Frédéric Oriach schreibt, daß es falsch sei anzunehmen, "daß sich der Imperialismus aus der 'Dritten Welt' (= 3/4 der Welt) zurückzieht, es sei denn, er ist angesichts des Anstiegs der revolutionären und nationalen Befreiungskämpfe dazu gezwungen. Ganz im Gegenteil, in den beherrschten Ländern erleben wir eine Verstärkung der (...) Ausbeutung, (...)."[5]

c) Steckt der Imperialismus in einer globalen Krise?
Die RAF vertritt die These, daß sich der Imperialismus zur Zeit in "seine(r) globale(n) Krise" (7 III) befinde. Krisenanzeichen lassen sich sicherlich einige finden,

4 Wotta Sitta 1989, 19 II, 20 I - Hervorh. d. Verf.
5 Oriach 1984/85, 1 I und II.

abei die RAF scheint nicht nur eine bloße Krise zu meinen: Sie scheint mit ihrer These die Vorstellung von einer Schwäche, vielleicht sogar von einem nahen Zusammenbruch des Imperialismus zu verbinden. Denn die RAF setzt ihre These von der "globale(n) Krise" in den Gegensatz zur These vom "Sieg des Kapitalismus" (7 III). Sie schreibt, "daß in dieser gesamten Entwicklung für den Imperialismus die Gefahr des Kollaps' selbst seiner Kernstaaten liegt" (7 III). "Die Politik der EG wie auch NATO gegenüber diesem Krieg (in Jugoslawien, d. Verf.) hat selbst für sie nicht mehr die Qualität einer Krisenbewältigung. Für die Herrschenden ist es die Hauptfrage, die Entwicklung im Zaum zu halten, um eine Dynamik zu verhindern, in der sie ihnen ganz aus der Hand gleitet" (7 IV).
Während sich also für eine Krise - wie schon gesagt - durchaus anzeichen finden lassen, *versucht* die RAF *nicht einmal*, die letztgenannten Thesen konkret zu begründen. Diese Unklarheiten lassen es sinnvoll erscheinen, den Krisenbegriff (genauer) zu definieren.
Die bereits zitierten *Wotta Sitta*-GenossInnen halten (obwohl auch sie in ihrer konkreten Anwendung zu einer Überschätzung der Tiefe der kapitalistischen Krise neigen) demgegenüber zu Recht fest: "Der Kapitalismus ist immer [auch, Erg. d. Verf.] destruktiv gewesen. Er bildete immer eine widersprüchliche Einheit aus Zerstörung und Entwicklung. In der Krise lebt die Entwicklung und in der Entwicklung steckt bereits die Krise."[6] Zu Recht weisen sie auch darauf hin, daß die KommunistInnen oft "den epochalen Charakter der kapitalistischen Krise mit ihrem historischen und konjunkturellen Charakter verwechselt" haben.[7]
Und Etienne Balibar weist darauf hin, das die entscheidende Frage sei, "*für wen* es eine 'Krise' gibt" (also bspw. für das Kapital oder für die ArbeiterInnen) "und *was* in der 'Krise' ist". Auch er stellt eine "unaufhörliche Dialektik zwischen den Formen der sozialen Integration der Arbeiter*Innen* und ihrer Proletarisierung, den technologischen Innovationen und der Intensivierung der Mehrarbeit" fest.[8]

3. Zur RAF-Politik in den 80er Jahren

Die GenossInnen, die die vorliegende RAF-Erklärung geschrieben haben, sind seit 1984 in der Guerilla (2 I). Auf die Zeit seit 1984 beschränkt sich auch weitgehend ihre Analyse der RAF-Politik. Dies ist teilweise verständlich. Und sicherlich ist der Hinweis der RAF richtig, daß für die Zeit vor 1984 die Diskussionsbeiträge der gefangenen GenossInnen wichtig sind.
Allerdings läßt diese zeitliche Beschränkung auch eine wichtige **Lücke in der Argumentation** der jetzigen RAF-GenossInnen **zu ihrer eigenen Politik**. Sie begründen in ihrer Erklärung vom August nur, wieso *sie* den bewaffneten Kampf aufgenommen haben. **Sie begründen aber nicht** (außer mit dem vagen Hinweis auf das Front-Konzept von 1982), **wieso sie den bewaffneten Kampf** ***in der RAF*** **- und *nicht in den RZ* oder in einer *neuen Guerillaorganisation* - aufgenommen haben.** In eine Organisation mit einer damals fast fünfzehnjährigen Geschichte tritt man/frau ja nicht einfach so ein... Aus diesem Grund / an dieser Stelle ist also *auch* von den jetzt in der RAF aktiven GenossInnen eine Stellungnahme zur Politik der RAF von vor 1984 notwendig.
Diese Lücke in der Argumentation der GenossInnen hat eine weitere Konsequenzen: Dadurch, daß die GenossInnen ihre *spezifische Entscheidung für die RAF* nicht begründen, bleibt die Politik der *anderen* (bewaffneten wie unbewaffneten) *Spektren / Organisationen* der Linken (die anderenfalls vergleichsweise in die Argumentation miteinzubeziehen gewesen wären) ebenfalls unreflektiert. Dies hat wiederum zwei Auswirkungen:
-- Zum einen erklären die GenossInnen *ex cathedra*: "die Alternative (zu ihrer Entscheidung, d. Verf.) wäre gewesen, zu kapitulieren und sich dieser Macht zu unterwerfen." (2 II). Die Autonomen genauso wie der KB, die RZ genauso wie VSP und BWK, linke Grüne genauso wie die KONKRET - alle haben kapituliert und sich unterworfen?! Sie waren (am revolutionären Ziel gemessen) sicherlich nicht erfolgreicher als die RAF, aber: kapituliert? *sich* unterworfen? Solltet Ihr nicht ein paar Argumente für diese steile These nachschieben?!
-- Zumal die zweite Auswirkung der Lücke in der Argumentation der RAF genau die gegenteilige Tendenz hat: Die GenossInnen analysieren weitgehend nur ihre eigene Politik, nicht aber die Schwächen der Politik von bspw. sozialen Bewegungen und RZ. Dadurch entsteht des öfteren beim Lesen des Textes der Eindruck, die RAF meine, eine stärkere Orientierung ihrer miltanten Praxis an 'den Bewegungen' hätte schon grundlegend andere Ergebnisse bewirkt.
Was die GenossInnen zur Losgelöstheit (von den realen Kämpfen hier) und zur Militarisierung ihrer Politik schreiben ist richtig (aber auch nicht neu):

> **"Wir haben damals in dem Bewußtsein gehandelt, daß wir hier und westeuropaweit sehr wenige sind und haben das genommen, als wärs Naturgesetz. Davon ausgehend, also von eigenen schwachen Kräften, haben wir überlegt, wie wir zu einer möglichst scharfen Wirkung kommen. In dieser Zeit (...) haben wir nicht wirklich am Aufbau einer relevanten Kraft gegen diese Entwicklung überlegt, sondern vielmehr daran, wie wir die schon existierenden und mehr oder weniger isoliert und zersplittert agierenden revolutionären Kräfte zusammenfassen können." (2 IV).**

Aber die Konsequenz die RAF daraus zieht ist fragwürdig (s. dazu unten II.6.).

4. eine schwächliche Erklärung der RAF-Politik: das "Rennen gegen die Zeit"

Die RAF versucht diese Politik in der vorliegenden Erklärung damit zu erklären, daß es sich damals "um ein Rennen gegen die Zeit" gehandelt habe (2 IV). Der Imperialismus habe danach gestrebt, "die ganze Menschheit zu unterwerfen", "dafür sollte jeder Widerstand niedergemacht und ausgelöscht werden" (2 II).

6 Wotta Sitta 1989, 11 II.
7 Wotta Sitta 1989, 12 I. S.a. Wotta Sitta 1985, 19 II, 20 I.
8 Balibar 1987, 221, s.a. 218.

"Einerseits war unsere Befürchtung die, von der gesamten imperialistischen Entwicklung überrollt zu werden, wenn wir nicht schnell zu dieser gemeinsamen Intervention kommen. (...). Auf der andereren Seite saßen uns natürlich auch unsere eigenen Erfahrungen im Genick. Wir hatten Angst davor, daß es der Staat schaffen könnte, uns einen weiteren Schlag zu versetzten, noch bevor wir endlich den ersten Schritt unserer Front-Vorstellung umgesetzt hatten." (2 III).
Wenn man/frau das heute (mit dem Wissen, wie die Geschichte tatsächlich gelaufen ist) liest, dann klingt diese Erklärung pausibel.[9] Aber wie schätzte die RAF *damals* die Situation tatsächlich ein? Zwar malte sie damals in der Tat den Imperialismus in den schwärzesten Farben - insofern als die RAF damals noch davon ausging, daß in der BRD Faschismus herrsche.[10] Die Maßnahmen des Imperialismus wurden damals (*gerade nach 1984*[11]) aber nur als dessen schwächliche Abwehrversuche gegen eine vermeintliche weltweite revolutionäre Offensive rezipiert.[12]
Der *status quo* wurde von der RAF in der Tat als prekär angesehen, aber nicht wegen eines drohenden globalen imperialistischen *roll backs*, sondern wegen der Möglichkeit der Weltrevolution:

RAF 1982:
"Wir stellen einfach fest: Fundamantalopposition ist mit diesem System wie nie zuvor grundsätzlich fertig. Kalt, illusionslos, vom Staat nicht mehr zu erreichen. Da ist nichts mehr von 'Systemveränderung' und 'alternativen Modellen' im Staat. Sie sind nur skurril. Da ist einfach Schluß - (...). Der Imperialismus verfügt über keine positive, produktive Perspektive mehr, (...) trägt der Widerstand (...) das Moment (...), das es jetzt und um das Ganze geht. (...) Im historischen Abschnitt des auf den äußeren Linien zurückgedrängten und im Innern in der Gesamtkrise sich zersetzenden Imperialismus ist die Reife der Metropole, umgewälzt zu werden, auch die Reife zum Kampf, der radikal auf den Bruch der gesellschaftliche Verhältnisse zu den kommunistischen Zielen orientiert ist."[13]

RAF 1986:
"das ist der prozess, in dem die imperialistische macht zersplittert wird - durch die tendenz zur vereinheitlichung der kämpfe an allen abschnitten."[14]
"Aber die ganze Entwicklung hat sich umgedreht. Nicht politische Stabilität, Industrialisierung, Wirtschaftswachstum und neue Märkte in der 3. Welt ist dabei herausgekommen, sondern massenhaftes Elend, die Vertiefung der Widersprüche, De-Industrialisierung und Schuldenkrise. (...) die Menschen sind gegen diese neue Runde der Ausbeutung und Unterdrückung aufgestanden. Das - in einer Wirkung mit den in immer kürzeren Abständen sich verschärfenden zyklischen ökonomischen Krisen, Rückgang der Industrieproduktion und Massenarbeitslosigkeit in den Zentren, Krisen des internationalen Finanzsystems, haben zur tiefsten Erosion des Kapitalsystems geführt. Das Scheitern des Regimes der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist unumkehrbar, (...) revolutionäre Kämpfe weltweit, (...). Die substanzielle Krise des Systems weitet sich schneller aus, als sie sie beherrschen können. (...) ist das ihr schwacher Versuch, die Tatsache zu entpolitisieren, daß sich der Riß (...) so vertieft hat, daß sie ihn nicht mehr zuschütten können."[15]
"Die imperialistische bourgeoisie kann die ursachen der sich verschärfenden sozialen und politischen widersprüche nicht mehr beseitigen. (...) krise der us-hegemonie, destabilisierung der imperialistischen macht in allen kontinenten, tiefe ökonomische krise, scheitern des mehrfrontenkrieg-konzepts (...). (...), ob die bourgeoisie das kräfteverhältnis (...) festpressen kann (...) - oder sich dagegen der bruch im zentrum (...) und (...) die proletarische befreiung entwickelt."[16]

5. *Zentralperspektive Sowjetunion?*

In ähnlicher Weise ist auch die These von der Zentralperspektive Sowjetunion nachträglich konstruiert - in diesem Fall, um die *heutige* Politik der RAF zu rechtfertigen. In der August-Erklärung der RAF ist jetzt erfreulicherweise klargestellt: "unser Schritt ist nicht *nur* die Konsequenz aus der international veränderten Situation" (1 III - Hervorh.).
++ Da die RAF weiterhin - richtigerweise - *auch* der "veränderten internationalen Situation" Bedeutung für ihre Entscheidung beimißt,
++ da die These von der Zentralperspektive Sowjetunion in vielen Diskussionen, insbesondere in Beiträgen von einigen Gefangenen eine wichtige Rolle spielt,
und
++ da diese These für verschiedene Autonome Anlaß war, von der RAF eine stärkere Kritik der Sowjetunion und in dem Sinne auch eine stärkere Selbstkritik der RAF einzufordern,
soll diese These hier noch einmal aufgegriffen werden.
In ihrer Erklärung zum WWG-Gegenkongreß in München schrieb die RAF:
"wir, die raf, sind **anfang der 70er jahre** in der phase der weltweiten aufbrüche für befreiung und der vietnammobilisierung entstanden. (...) damals war die handlungsfreiheit des imperialismus gegenüber den bewegungen der nationalen befreiung im süden durch die existenz der **sowjetunion** begrenzt. in diesem globalen kräfteverhältnis haben wir unseren kampf (...) bestimmt. (...) war unsere politik bis über die mitte der 80er Jahre hinaus **zentral innerhalb dieser koordinaten bestimmt.** spätestens 89 lag (...) auf dem tisch, daß eine historische phase, die mit der **oktoberrevolution** ihren anfang nahm, mit großen schritten auf ihr ende zuging. (...) aus all dem brauchen wir jetzt die zäsur für einen neuen aufbruch."[17]
"anfang der 70er jahre" war es aber durchaus nicht so, daß die RAF die Existenz der Sowjetunion als Begrenzung des Handlungsspielraums des Imperialismus begriff; schon gar nicht war der Bezug auf die SU eine "zentral(e ...) koordinate" der damaligen RAF-Politik.
Die RAF bezog sich in jenen Jahren sehr stark auf Mao und entsprechend, war auch die RAF-Einschätzung der Politik der Sowjetunion: Diese wurde nicht als Ein-

---

9 Aber auch im Nachhinein betrachtet, war es nicht ganz so, wie die RAF heute meint: So gelang dem Staat die Befriedung der HausbesetzerInnen-Bewegung von Anfang der 80er Jahre nicht dadurch, daß er sich "an keiner einzigen ihrer Forderungen (...) bewegt" hat. Dies gelang ihm vielmehr genau dadurch, daß er Repression und teilweise (u.a. finanzielle) Zugeständnisse (Selbsthilfeprojekte etc.) geschickt kombiniert hatte. Und der Linken fehlte es an einer adäquaten Strategie, dem dadurch bewirkten Integrationseffekt entgegenzuwirken. Und auch in der AKW-Frage hat sich "die Macht" durchaus "bewegt" - wenn auch u.a. aus dem schlichten Grund, daß sich das BRD-Atomprogramm im ursprünglich geplanten Umfang auch ökonomisch für das Kapital nicht gelohnt hätte (s. Wackersdorf). Eine solche Veränderung der herrschenden Politik bedeutet auch eine Veränderung der Kampfbedingungen für die Linke. Diese und andere Veränderungen hätte sie theoretisch-strategisch verarbeiten müssen, wenn sie nicht hätte auflaufen w/sollen.

10 RAF 1986b, 33 IV ("faschistische Unterdrückung des Widerstands") und V ("faschistische Konzept" der "Spaltung der Gesellschaft").

11 Allein im Frontpapier von 1982 gab es *daneben* auch eine etwas andere Nunacierung: RAF 1982, 119 II - 120 II.

12 RAF 1986, 33 IV und V.

13 RAF 1982, 118 I - II, 120 II - 121 I.

14 RAF 1986a.

15 RAF 1986b, 33 II, IV f.

16 RAF 1986c.

17 RAF 1992b, 15 f. - Hervorh. d. Verf.

schränkung, sondern als Ermunterung der Imperialismus begriffen:

> **Im "Konzept Stadtguerilla" schrieb die RAF 1971:**
> "Ihre (der sozialliberalen Koalition, d. Verf.) Ostpolitik erschließt dem Kapital neue Märkte, besorgt den deutschen Beitrag zum **Ausgleich zwischen US-Imperialismus und Sowjetunion**, den die USA braucht, um **freie Hände für ihre Aggressionskriege in der Dritten Welt** zu haben. (...). Die **DKP**, die ihre Zulassung der neuen **Komplizenschaft US-Imperialismus/Sowjetrevisionismus** verdankt, veranstaltet **Demonstrationen für die Ostpolitik** dieser Regierung; (...)."[18] Außerdem kritisiert die RAF dort die "pro- und antikommunistische Fixierung auf die DDR"[19].
>
> **Gut 1 1/2 Jahre später erneuerte die RAF diese Einschätzung. In ihrer Erklärung zur "Aktion des Schwarzen September in München" während der Olympischen Spiele 1972 schrieb die RAF:**
> "Das (von den BRD-Bullen angerichtete, d. Verf.) Massaker von Fürstenfeldbruck wäre ohne die Ostverträge nicht möglich gewesen; (...)."[20]
>
> **Im Interview mit dem "Spiegel" sagten die Stammheimer Gefangenen 1975:**
> "Es gab in den zwanziger Jahren den Verrat der Dritten Internationale, die völlige Orientierung der kommunistischen Parteien auf die Sowjetunion, (...) nach '45 (...) DDR, die kommunistische Politik nicht als Befreiungskampf vermittelt hat. (...) Das alles heißt (...): **Es ist nichts da**, woran wir anknüpfen können, **worauf wir uns** historisch **stützen**, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzten **könnten**, (...)."[21]
>
> **Und in der Stammheimer Prozeßerklärung von 1976 schreiben die GenossInnen:**
> "Der Internationalismus der KPdU unter Stalin hat den proletarischen Inhalt verloren und war nur mehr eine Funktion der internationalen Beziehungen des Sowjetstaates. Weil die **sowjetische (Staats)politik** nicht zu dem Begriff kam, daß der konterrevolutionäre Klassenkrieg nur mit dem revolutionären Klassenkrieg zu bekämpfen ist, mußte die als Schutz und Unterstützung der Sowjetunion (...) bestimmte Politik der Kommunistischen Parteien des Westens zum Pazifismus werden. (...). Der Antifaschismus **wurde zur Apologie des Imperialismus** (...)."[22]

Erst im Frontpapier von 1982 wird der "Ost-West-Gegensatz" zu einem positiven Bezugspunkt für die RAF.[23] Und erst in der Erklärung zu Beckurts von 1986 ist (wohl mit Bezug auf die Staaten der Warschauer Vertragsorganisation) von "sozialistischen Staaten" die Rede.[24] Aber auch in den 80er Jahren war die Sowjetunion nicht die "Zentralperspektive" (Lutz Taufer) der RAF, das waren weiterhin die trikontinentalen Befreiungskämpfe.

Was lehrt uns das nun?

Wenn der Hinweis auf die "veränderte internationale Situation" **nicht** ohnehin *ursprünglich* nur dazu dienen sollte, eine tatsächlich aus ganz anderen (nämlich innenpolitischen) Gründen getroffene Entscheidung zu legitimieren, ohne genauer über eigene Fehler reden zu müssen (sondern eben fast alles auf die äußeren Umstände abschieben zu können), **dann** gibt es eine sinnvolle Lehre aus der RAF-Einschätzung von Anfang der 70er Jahre und der heutigen Schwächung der trikontinentalen Befreiungsbewegungen aufgrund des Zusammenbruchs der SU:

Die Sowjetunion war durchaus nicht so kapitulatorisch gegenüber dem Imperialismus wie das die ('maoistischen') HeldInnen des 'Antirevisionismus' (nicht nur in der RAF) meinten.

6. soziale Bewegungen / Guerilla / Avantgarde

Aus der unter II.3. zitierten richtigen Kritik an ihrer bisheren Praxis zieht die RAF eine falsche Konsequenz:

> "Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen, die Illegalität aufzubauen, war nicht begriffen als ein Teil im Gesamten, sondern für viele war es das, was den höchsten Wert hatte. (...) Diese Art der **wertenden Einordnung an sich steht der revolutionären Entwicklung** entgegen." (3 II - Hervorh. d. Verf.).
> "An den Erfahrungen aus dem Kampf um die Hafenstraße und aus dem Hungerstreik fanden wir zentral, daß es im 'Zusammen Kämpfen' um ein ganz anderes Rangehen gehen muß und kann, als es vorher lange gelaufen ist. **Nämlich wegzukommen davon**, in erster Linie darauf zu gucken, wer benutzt die gleichen Begriffe. Wer redet auch von Revolution und Umwälzung. **Wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik.**" (5 I - Hervorh. d. Verf.).
> Die RAF scheint sich damit der Auffassung des Gefangenen Norbert Hofmeier anzuschließen, der sich ebenfalls gegen eine Unterscheidung zwischen "revolutionäre(r) Politik, mit einem entsprechenden Führungsanspruch - und (...) der mehr oder weniger defensiven, reformistischen" Politik wendet. Norbert zieht daraus die Konsequenz: "daß alle: Basisbewegungen, militante Kämpfe, der bewaffnete Kampf u.a. mit beitragen zu dem Reichtum an Erfahrungen, an politischen Vorstellungen und Utopien"[25].

Die neue Linie scheint zu sein:[26] alle Bemühungen sind gleich wichtig, was allein zählt ist der *gute Willen*, steter Tropfen höhlt den Stein.

Ich möchte dieser Auffassungen folgende Thesen gegenüberstellen:

+ + Ohne Unterscheidung zwischen revolutionärer und reformistischer Politik gibt es keine Begünstigung des revolutionären Prozesses.

+ + In dem Sinne, wie das die RAF in ihren ersten Jahren einmal von Mao zitiert hatte, ist der bewaffnete Kampf in der Tat der "höchste Wert": "Die zentrale Aufgabe der Revolution und ihre höchste Form ist die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung der Frage durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus hat allgemeine Gültigkeit, es gilt überall, in China wie im Ausland."[27]

+ + Damit ist **gleichzeitig gesagt**[28], **daß der bewaffnete Kampf nicht immer *die wichtigste* und nicht einmal immer *eine richtige* Form des revolutionären Kampfes ist** - nämlich immer dann, wenn der revolutionäre Kampf noch nicht soweit entwickelt ist, daß sich das Problem der *militärischen* Vorbereitung der Machtergreifung stellt.

---

18 RAF 1971, 7 I.
19 RAF 1971, 8 I - Hervorh. d. Verf.
20 RAF 1972, 38 I.
21 Gefangene 1975, 52 I und II - Hervorh. Verf.
22 Baader et al. 1976, 72 I und II - Hervorh. d. Verf.
23 RAF 1982, 118 I, 120 I.
24 RAF 1986b, 33 I.

25 Hofmeier 1992, 70 III.
26 Aber *so* neu ist diese Linie nun auch wieder nicht: Schon im Front-Papier steht: "Jetzt geht es darum, was insgesamt als **Möglichkeit quer durch alle Gegenden und Scenen schon lebt**, oft diffus und nur als ungefähre Vorstellung spürbar, auf neuer Stufe Kampf werden zu lassen, (...). Das heißt, (...) in einem **offenen strategischen Konzept** zu kämpfen, wo jeder, der aus dem Ernst der eigenen Lage, aus **seiner Geschichte** und seinem **subjektiven Prozeß** (...) in den **konkreten Kampf**, in den Zusammenhang der Politik der Guerilla stellt. Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse (...). Worin Leben nicht in einer weiteren Übergangsetappe, Sieg **nicht als Übernahme des Staates** vorgestellt ist, sondern der einheitliche Prozeß des Widerstands, **Gegenmacht** und der Umgestaltung zur Befreiung." (RAF 1982, 116 II, 117 II, 120 II, 121 I - Hervorh. d. Verf.).
27 Mao 1938, 255 zit. bei: Kollektiv RAF 1971, 49; s. auch RAF 1971, 8 II.
28 und die RAF hatte allerdings bezeichnenderweise den entsprechenden Hinweis von Mao 1938, 255 f. zurückgewiesen (Kollektiv RAF 1971, 97 - 99, 112, 121 - 123, FN 1).

+ + Mit dem Ziel der bewaffneten Machtergreifung ist schließlich auch das Unterscheidungskriterium zwischen ReformistInnen und RevolutionärInnen angebeben: Rosa Luxemburg schreibt in ihrer Kritik an Bernstein, es sei nicht "diese oder jene Kampfweise", sondern das "sozialistische Endziel (...), das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiter*Innen*bewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf gegen diese Ordnung, um die Aufhebung dieser Ordnung verwandelt"[29].

Dies ist auch ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung von sozialen Bewegung durch RevolutionärInnen. Genau dieses Kriterium wird aber von der RAF verwischt, wenn sie zum Abflauen der neuen sozialen Bewegungen im Laufe der 80er Jahre schreibt: "Sie (diejenigen, die sich zurückgezogen haben, d. Verf.) waren dadurch nicht zu Leuten geworden, die mit diesem System und seinen Zerstörungen einverstanden sind, (...)." (2 IV).
Mit den "Zerstörungen" sind sie vielleicht weiterhin nicht einverstanden, aber viele AktivistInnen in den neuen sozialen Bewegungen waren *schon früher* durchaus mit dem System einverstanden. Es war ja gerade die entscheidende Schwäche eines Großteils der neuen sozialen Bewegungen, daß sie - soweit sie von "real"politischen GRÜNEN, JuSos und DKP hegemonisiert waren - die von ihnen bekämpften Zerstörungen gerade nicht auf die Funktionslogik des 'Systems' zurückführten. So konnten die Kämpfe zwar der Form nach durchaus radikal sein (Wackersdorf etc.), die inhaltliche Orientierung auf den revolutionären Bruch fehlte aber - bis weit ins autonome Spektrum hinein, das schon früher das praktizierte, was die RAF heute vorschlägt (4 II und III): Freiraum-Politik, Gegenmacht von unten, Antizipation des Ziels im hier und jetzt...
Bemerkenswert hieran ist noch folgendes: Weder bei der jetzigen noch bei der früheren Politik der RAF (mit Ausnahme vielleicht der Texte von April 1971 bis April 72) spielten die Thesen von der Diktatur des **Proletariats** und dem **Absterben des Staates** (die marxistische Art, die Machtfrage auf nicht staatsfetischistische Weise zu stellen) eine wesentliche Rolle: Heute wird die Machtfrage "einfach 'nicht mehr gestellt'" und "der Illusion einer 'ganz anderen Politik" nachgejagt.[30] Früher spielte die These vom Absterben des Staates insofern keine Rolle, als die Politik der RAF noch in ihrem antithetischen Bezug auf den Staat (bzw. die NATO) staatsfetischistisch war und diesen nicht als Produkt der Klassenspaltung der Gesellschaft begriff. Im Sinne dieser letztgenannten Indifferenz gegenüber der Klassenfrage spielte dann auch schon früher die Diktatur des Proletariats keine wesentliche Rolle für die RAF. (Etwas weiter auf der politischen Skala nach rechts verschoben können wir einen ähnlich Umschlagprozeß vom staatsfetischistischen [Post]-Stalinismus der SED zum Neoreformismus der PDS feststellen. Auch dort spiel[t]en weder früher noch heute die These vom Absterben des Staates und [dem Klassenkampf in] der Diktatur des Proletariats eine **praktische** Rolle.).
Aber zurück zur Frage nach dem Verhältnis von RevolutionärInnen zu sozialen Bewegungen, wo wir ebenfalls einen ähnlichen Umschlagprozeß feststellen können: Bisher kam in der RAF-Politik (aufgrund ihrer autoritär-militaristischen Tendenz) der Aspekt der politisch-hegemonialen Avantgarde zu kurz. Heute ist es nicht anders, wenn die RAF auf einmal die "Unterschiedlichkeit und Vielfalt" der Bewegungen lobt und die Frage danach, "was nun wichtiger sei," zurückweist (5 I). Dieser Verzicht, eine revolutionäre Orientierung geben zu wollen, ist umso unverständlich als die GenossInnen an anderer Stelle zu recht kritisieren, daß bisher "vieles nebeneinander her und vieles, ohne nach einer Perspektive zu suchen, (gelaufen ist, d. Verf.): sondern aus der Lebenshaltung: daß Mann/Frau was machen muß." (5 III).

Wenn ich die neue Beliebigkeit, die sich in verschiedenen Formulierungen der RAF andeutet, kritisiere, dann **nicht, um den Kampf auch um begrenzte Forderungen, die Mitarbeit in sozialen Bewegungen oder Bündnisse mit ReformistInnen abzulehnen,**[31] sondern: Wenn wir damit ernst machen wollen, was die RAF vorschlägt und was ich für richtig halte, nämlich "**in vollem Bewußtsein der Unterschiede** das Verbindende zu suchen" (2 IV - Hervorh. d. Verf.), dann darf dieses "Bewußtsein der Unterschiede" keine bloße *reservatio mentalis* sein, sondern **dann muß dieses Bewußtsein der Unterschiede** - gerade auch für einen offenen Umgang mit BündnispartnerInnen - **auch ausgesprochen werden:**

Die KommunistInnen haben "keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen". Sie "sind praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiter*Innen*parteien aller Länder; (...). Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiter*Inn*enklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. (...). Sie (die Kommunistische Partei, d. Verf.) unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeiter*Innen* ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, (...). Die Kommunist*Inn*en verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung." (Kommunistisches Manifest, MEW 4, 474, 492 f.).[32]

29 zit. n. Subversion 1992, 6 f.
30 S. dazu: Wolf 1983, 186 f., FN 3.

31 S. dazu auch meine Anmerkungen in ProKo 1992a, 16 II, 17 II, 18 I [Abschnitt I, III.1.a) und d)] sowie in ProKo 1992b, 19 [Abschnitt I. und II.].
32 Die Problematik des feministischen und antirassistischen Kampfes läßt sich **nicht allein mit** der hier vorgenommenen **sprachlichen Modernisierung** (Proletarier*Innen* statt Proletarier) angemessen behandeln. Vielmehr sind die KommunistInnen genau dann

Es kommt also darauf an ein Avantgarde-Verständnis tatsächlich zu praktizieren, das die RAF früher nur formuliert hatte:

"Die Avantgarde hemmt nicht die Initiative der Masssen, sondern entwickelt sie. Die Führung besteht in der beispielhaften Aktion, die durch ihre Verallgemeinerung die Avantgarde ständig aufhebt. Diese Verallgemeinerung kann weder positiv noch negativ dekretiert werden. Sie ist das Resultat ständiger Überprüfung in den Massenkämpfen. Avantgarde ist danach nicht die Gruppe, die sich so nennt oder sich so interpretiert, sondern diejenige, an deren Verhalten und Aktionen sich die revolutionären Massen orientieren."[33]

"Die revolutionäre Partei kann nur dann Avantgarde sein, wenn das Proletariat diesen Anspruch akzeptiert - deshalb sprechen wir vom Avantgarde*anspruch*. Der Test findet in der Praxis statt. Nur wenn die Partei die Revolution wirklich voranbringt, wird sie tatsächlich Avantgarde sein."[34]

Die revolutionäre Partei hat dabei die Bewegungen nicht zu bevormunden oder gar zu ersetzen, sondern "einzubetten, zu bündeln in eine Strategie und Taktik der revolutionären Machtergreifung, des Aufstandes. Dies ist nur möglich (...) in einem organisatorischen Rahmen, der eine Kontinuität des Sammelns von Erfahrungen, eine Kontinuität des Handelns, eine Kontinuität der Auswertung von Erfahrungen, der Bewertung historischer Kämpfe (in einem partikulare Interessen übergreifenden Sinne) gewährleistet. Nichts anderes ist eine revolutionäre Partei. Ob sie dazu in der Lage ist, gründet sich nicht auf einem Führungsanspruch, sondern daß muß sich in den realen Kämpfen beweisen."[35]

Also kurz: "Einen Schritt den Massen voraus, aber immer nur einen Schritt."[36]

7. *Zur Kritik des bewaffneten Reformismus*

Wenn die RAF demgegenüber in Zukunft die "Waffe der sozialen Bewegungen" sein will, dann muß das nicht schädlich sein, dann kann das sogar nützlich, aber: Den Kampf um begrenzte Ziel militant zu unterstützen - das wurde schon immer gemacht und durchaus auch mit partiell positivem Effekt, aber den revolutionären Durchbruch brachte auch dies bekanntlich nicht. Zwangsläufig. Denn in ihrer Selbstbeschränkung auf begrenzte Ziele ist diese Politik reformistisch - bewaffneter Reformismus.

Mit der folgenden Kritik des bewaffneten Reformismus beziehe ich mich sehr stark auf das schon zitierte Papier von Frédéric Oriach. Wenn ich dies mache, dann heißt das nicht, daß ich dessen Konzeption des bewaffneten Kampfes vollständig teile. Denn auch bei ihm gibt es gravierende Schwächen, die er teilweise mit der RAF gemeinsam hat, (Nebenwiderspruchsdenken, schematisches Totalitätsdenken etc.) und Punkte, die einer weiteren Klärung bedürfen (diese Probleme deuten sich auch in einigen der im folgendne angeführten Zitate an). Aber in der grundlegenden Stoßrichtung Oriachs wird besser als bei der alten **und** bei der neuen RAF-Politik deutlich, worauf es für RevolutionärInnen (nicht) ankommt:

Oriach schreibt:

Der bloße Kampf gegen den Imperialismus, Faschismus, Monopolismus etc. (Antiimperialismus, Antifaschismus, Antimonopolismus etc.) greife *nur einzelne Effekte* des herrschenden Systems an und könne daher - da er die Ursache nicht ins Zentrum rücke - nicht revolutionär sein. "Die Realität läßt sich nicht zerstückeln, entweder man/*frau* faßt sie in ihrer komplexen Totalität oder man/*frau* begreift sie nicht und bleibt ein*E* Reformist*In*, der/*die* versucht, irgendwelche Errungenschaften zu wahren, die integraler Bestandteil der bourgeoisen Herrschaftsmechanismen sind. 'Menschenrechte', 'Freiräume', 'Demokratie', (...), 'Autonomie' usw. einen lange Litanei bourgeoisier Werte."[37]

Diesen reformistischen Charakter habe insbesondere auch die autonome Freiraum-Politik. Besetzung dieser Freiräume sei nur die "Ausfüllung und Besetzung der Räume", "die strukturell durch das System mit dem Ziele, seine eigenen Funktionsbedürfnisse zu erfüllen, definiert sind".[38] Der Imperialismus "kann es sich leisten, soziologisch und ideologisch Räume für Formen der Selbstverwaltung freizugeben (die allerdings von jeder Entscheidung in Grundsatzfragen ausgeschlossen bleiben). Räume für die Meinungsäußerung und das Abreagieren, die bis ins Unendliche besetzt werden können, (...)."[39] "Diese Entscheidungen scheinen mir somit voll den Interessen des derzeitigen Systems und des permanenten historischen Entwicklungsprozesses zu entsprechen. Und das in der von Wirtschaftlern, Soziologen, Politikern und verschiedenen Zukunftsforschern der bourgeoisen Herrschaft empfohlen Entwicklung in Richtung auf das, was sie 'duale' Gesellschaft nennen."[40]

Im Sinne dieser Kritik an Freiraum-Politik seien auch die verschiedenen Teilbereichskämpfe als nicht revolutionär zu charakterisieren. Die Akteure dieser Kämpfe definierten sich nur "als das 'Inidviduum', gegen den Staat, der 'Jugendliche', eine individuelle Sensibilität für dieses oder jenes besondere Problem".[41]

Der bewaffnete Kampf könne sich also "nicht darauf beschränken, den 'bewaffneten Arm' der Massen zu bilden, wir lehnen diese Vorstellung völlig ab, die aus der Guerilla eine Art radikale Untergrundfraktion der Gewerkschaftsbewegung machen würde".[42] Demgegenüber komme es auf "eine Politik (an), die auf die gesamte Umwandlung der Gesellschaft abzielt".[43]

Durchaus fraglich ist allerdings, ob der bewaffnete Kampf - wie Oriach meint - in diesem Sinne heute eine strategische Funktion haben kann, oder ob nicht das,

nicht der "entschiedenste, immer weitertreibende Teil", wenn sie sich **nur** auf den **proletarischen Befreiungskampf** beziehen und nicht auch auf die - quer zum Klassengegensatz verlaufenden - Befreiungskämpfe der Frauen und Schwarzen.

33 Kollektiv RAF 1971, 72. Vgl. RAF 1972, 35: "Negt: 'Selbsternannte Avantgarden' - (also von keinem/*r* Kultusminister*In* ernannt, durch die Besetzung keiner Marktlücke legitimiert - oder was?)" sowie Baader et al. 1976, 86: "(...), daß diese Linke schließlich uns als 'selbsternannte Avantgarde' usw. bezeichnete und ihr damit eben nur noch das einfiel zu proletarischer Politik, was sie in der Tat nie sein wird: vom Staat, vom System ernannt, legitimiert oder ähnliches."

34 o. Verf. 1988, 45.

35 Michael 1990, 16.

36 Lenin zit. n. Althusser 1967, 65 und 1977, 45.

37 Oriach 1984/85, 1 I.

38 Oriach 1984/85, 1 III.

39 Oriach 1984/85, 2 III.

40 Oriach 1984/85, 1 III.

41 Oriach 1984/85, 2 II.

42 Oriach 1984/85, 6 II.

43 Oriach 1984/85, 1 III.

was heute *über den bewaffneten und unbewaffneten Kampf für begrenzte Ziele hinaus* erforderlich ist, vor allem eine politische, vielleicht auch eine in legaler Organisierung zu bewerkstelligende Aufgabe ist. (Vgl. zu letzterem auch den Beitrag der italienischen Kommunistische Zelle zur Gründung der Kämpfenden Kommunistischen Partei, *Für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*, in: Gruppe 2 (Hg.), Reihe - *texte* -, Heft 5, GNN-Verlag: Köln, o.J. (1990 od. später), 19 - 24). Diese GenossInnen verneinen zwar ebenfalls eine strategische Funktion des bewaffneten Kampfes in der heutigen Phase, plädieren aber trotzdem für die illegale, bewaffnete Organisierung einer kommunistischen Partei).

III. Für eine Kultur der politischen Debatte!

Schließlich fällt die RAF verschiedentlich in den alten Stil der Auseinandersetzung zurück: So in ihrer Polemik gegen viele "Intellektuelle" und "Linksintellektuelle" (6 I), gegen die KritikerInnen ihrer Botschaftsaktion (ebd.: "mit welcher Selbstverständlichkeit sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten", "aufgetrumpft", "nichts zu Ohren bekommen") oder wenn sich die RAF noch einmal positiv auf den Kampf spanischen Gefangenen aus GRAPO/PCE(r) für ihre Wiederzusammenlegung bezieht, aber es auch jetzt noch nicht fertig bringt, auf deren Kritik an der RAF-Politik zu antworten. Mir ist nicht klar, wie wir "das Neue" (Überschrift der RAF-Erklärung) finden sollen, wenn nicht einmal auf Kritik geantwortet wird.

Oder auch Eure Einleitung (1 I - 3): Gegen wen argumentiert Ihr dort? Wer/welche hat Euch fehlenden Stolz, "unsouverän(es), unpolitisches Gejammere", eine "Nabelschau" vorgeworfen. Derartige Formulierungen kommen selbst bei den GenossInnen aus dem Widerstand, die sich auf die alten RAF-Positionen gegen Euch berufen, nicht vor (s. interim, Nr. 191, 30.04.1992, 20 - 21; interim, Nr. 196, 04.06.1992, 15 - 17). Ansonsten kenne ich aus den schriftlichen Beiträgen und mündlichen Diskussionen nur Positionen, die entweder Eure neue Position genauso unkritisch affirmieren, wie sie früher Eure alte Position affirmiert haben, oder aber Beiträge, die (aus unterschiedlicher Richtung) *ein Mehr an Selbstkritik gefordert* haben, oder aber in sehr ernsthafter Weise auf die Gefahren, die mit Eurem Schritt verbunden sind, hingewiesen haben.

Oder auch gegen Ende des Textes: "In vielem, was in den letzten Jahren gesagt worden ist, kam hauptsächlich rüber, andere, die mit den verschiedenen Initiativen nach Veränderungen gesucht haben, zu beurteilen und festzustellen, 'das das jetzt auch nichts bringt', eine - trotz des Schlechtgehens der meisten dabei - bequeme Position, die außenstehend in der Beobachterposition verharrt." (8 IV).

Dieses Verlangen nach 'Konstruktivität' ist genau das, was die Sterilität der letzten Jahre produziert hat. Erst die Kritik, auch wenn sie noch nicht gleich eine Alternative vorschlagen kann, schafft den Raum dafür, gemeinsam "das Neue" zu entwickeln!

Pro Kommunismus

Literatur:

Althusser 1967b: Louis Althusser, *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler* (Schriften 4 hrsg. von Peter Schöttler und Frieder Otto Wolf), Argument-Verlag: (West)berlin, 1985, 11 - 150.

Althusser 1977: ders., *Die historische Bedeutung des 22. Parteitages der FKP*, in: ders., *Die Krise des Marxismus* (Reihe POSITIONEN 6 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg, 1978, 18 - 52.

Baader et al. 1976: Andreas Baader / Gudrun Ensslin / Ulrike Meinhof / Jan Raspe, *Erklärung zur Sache* (Teil b. Geschichte der BRD), in: Redaktion 1988, 70 - 87.

Balibar 1987: Etienne Balibar, *Vom Klassenkampf zum Kampf ohene Klassen?* (1987), in: ders. / Immanuel Wallerstein, *Rasse Klasse Nation.* Ambivalente Identitäten, Argument-Verlag: Hamburg / (West)berlin, 1990, 190 - 224.

Hofmeier 1992: Norbert Hofmeier, *Es gab nicht nur den bewaffneten Kampf.* Antwort auf "Unser Kampf für das Leben", in: AK Drinnen & Draußen Celle (Hg.), "*Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß*" *(Lukács).* Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, GNN-Verlag: Köln, 1992, 70 - 72.

Kollektiv RAF 1971: Kollektiv Rote Armee Fraktion, *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* (1971), in: Klaus Bittermann (Hg.), *Die alte Straßenverkehrsordnung.* Dokumente der RAF (Critica Diabolis 12), Verlag Klaus Bittermann: (West)berlin, 1987[3], 47 - 125.

Mao 1938: Mao Tse-tung, *Probleme des Krieges und der Strategie* (1938), in: ders., *Ausgewählte Werke*, Band II, Verlag für fremdsprachige Literatur: Peking, 1968, 255 - 274.

Michael 1990: Michael, *Die Partei, Die Partei! --- Die Partei??*, unveröff. Ms. (West)berlin, 1990.

Oriach 1984/85: Frédéric Oriach, *Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution*, in: o. Hg., *Texte* [v.a. der belgischen Kämpfenden Kommunistischen Zellen {CCC}] *1984-85*, International Institute DOCOM, Greningen (Nederland), o.J., 1 - 9.

o. Verf. 1988: o. Verf., "*Ich sag', wie's ist*", Teil III, in: *Interim*, Nr. 28, 11.11.1988.

ProKo 1992a: Pro Kommunismus, "*Einige Überlegungen und Vorschläge zum Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen*", in: *interim*, Nr. 195, 28.05.1992, 18 II - 19 I.

ProKo 1992b: ders., "Elemente für einen revolutionären Neuanfang", in: *interim*, Nr. 195, 28.05.1992, 19 I - 20 II.

RAF 1971: Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, In: Redaktion 1988, 5 - 13.

RAF 1972: dies., *Die Aktion des Schwarzen September. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes*, In: Redaktion 1988, 31 - 40.

RAF 1982: dies., *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front*, In: Redaktion 1988, 116 - 122

RAF 1986a: dies., *An die, die mit uns kämpfen*, in: *Zusammen kämpfen.* Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa, Jan. 1986 zit. n. o. Verf., *RAF: Achtung Selbstkritik!*, In: Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes, AK 271, 02.06.1986, 35.

RAF 1986b: Kommando Mara Cagol / rote armee fraktion, *Kommunique der RAF zum Anschlag auf den Siemensmanager Beckurts*, in: AK 273, 25.08.1986, 33.

RAF 1986c: RAF-Erklärung zum Angriff auf Braunmühl zit. n. Kt., *Was die RAF uns zum Mord an Braunmühl zu sagen hat*, in: AK 275, 20.10.1986, 12.

RAF 1992: rote armee fraktion, *WIR GRÜSSEN ALLE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER DER DEMONSTRATION UND DES INTERNATIONALEN KONGRESSES GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL IN MÜNCHEN*, in: *Interim*, Nr. 201, 09.07.1992, 14 -18.

Redaktion 1988: Redaktion (Hg.), Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF).* GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte: Köln, 1988[4].

Subversion 1992: *Subversion* [Zürich], Nr. 15: *Die momentane Situation positiv als historischen Klärungsprozess begreifen...*, 01.05.1992.

Wolf 1983: Frieder Otto Wolf, *Diesseits und Jenseits der "Staats-Politik"*, In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW) / Probleme des Klassenkampfes (PROKLA) / Das Argument (Hg.), *Aktualisierung Marx'* (Argument-Sonderband AS 100), Argument-Verlag (West)berlin, 171 - 190.

Wotta Sitta 1985: Collectivo Comunisti Prigioneri 'Wotta Sitta', *wotta sitta* [Teil I], In: Gruppe 2 (Hg.), Reihe - *texte* -, Heft 2, GNN-Verlag: Köln, 1989[2], 5 - 25.

Wotta Sitta 1989: Kollektiv kommunistischer Gefangener *Wotta Sitta*, *Per il Comunismo* aqui no se rinde nadie! (1989), in: Gruppe 2 (Hg.), Reihe - *texte* -, Heft 4, GNN-Verlag: Köln, 1990, 10 - 54.

Tee * Kaffee * Kopierer * Mailbox * Badewannen
Broschüren und Bücher in Türkisch, Deutsch.....

Erklärung der HausbesetzerInnen zu der Auseinandersetzungen Samstagnacht (19.9.) am ERKNERANER HOF:

Wir schreiben das hier und sofort, da uns gute Nachbarschaft und ein möglichst vorurteilsfreies Miteinanderumgehen sehr wichtig sind.
Wir wollen die Situation von Anfang bis Ende aufklären und dies nicht ausschließlich Leuten überlassen, die nur einen Ausschnitt des Ganzen sehen konnten.

Die Vorgeschichte:

Ein rassistischer Mob tobt seit längerem durch das Land, organisierte Faschisten und unorganisierte Jugendliche, Politiker/innen, die die ASyldebatte anheizen, Polizist/innen, die nur den Schein wahren, aber nicht und nirgendwo wirklich versuchen, die Angriffe auf ausländische Menschen zu verhindern. Dazu kommen immer wieder beifallklatschende deutsche Anwohnerinnen und Anwohner. Das vorläufige Ergebnis sind viele ermordete Immigrant/innen, ein fast zur Normalität gewordener alltäglicher deutschnationaler Rassismus. "Wir sind wieder wer" - obwohl wir wiedermal "nichts" sind. Wir haben uns das Rad der Geschichte, an dem wir mal ein paar Monate drehten, von den Kapitalisten und ihren pol. Handlangern aus der Hand nehmen lassen. Die Stimmung ist an einen Punkt gelangt, wo der Horror nicht mehr ohnmächtig geschluckt wird.
Es regt sich Widerstand in den unterschiedlichsten Formen. Menschen gehen in die Heime, um ihre Solidarität zu zeigen, und einige sehen zusätzlich die Notwendigkeit, mit antifaschistischer Gegengewalt zu antworten. Fliegende Brandsätze lassen sich leider schlecht durch Menschenketten verhindern. Trotzdem finden wir es gut, daß sich Leute ein Herz fassen und den Mut aufbringen, sich vor die Heime zu stellen, und somit auch öffentlich ihren Protest zeigen. Wir fänden es gut, wenn sich noch mehr Menschen Protestaktionen überlegen würden, um die Mörderbande zu stoppen. ZU JEDER ZEIT, AN JEDEM ORT! Besucht die Flüchtlinge und ladet sie zu Euch ein.
Auch ´33 gab es zu viele, die gehofft haben, der Faschismus geht vorbei wie ein Hurrikan.
In Erkner und KW, sowie in Rüdersdorf und Fürstenwalde ist während der letzten Woche zu einem Angriff auf das Wohnheim Hessenwinkel/Ortsgrenze Erkner mobilisiert worden. Das ist auch Antifaschist/innen aus der Gegend (einschl. Berlin) zu Ohren gekommen. Deshalb waren ca. 80 von ihnen die ganze Nacht präsent, um rassistische/faschistische Aktionen zu verhindern. Mehrmals in der Nacht hörten wir an unterschiedlichen Punkten "Sieg-Heil"-Gebrüll, sowie den Spruch "Ausländer Raus".

Jetzt zum Erkneraner Hof:

Mind.3 Nazis standen auf der hinteren Treppe und schrien faschistische Sprüche. Dies hörten mehrere Leute, die in der Nähe waren, und eilten sofort dorthin. Die Faschisten benutzten wieterhin den Erk.Hof für ihre Propaganda - ihre Stimmungsmache gegen Andersdenkende. Als die Herbeigeeilten beschmissen wurden, gingen sie von ihrem ursprünglich mündlichen Protest ab und verfolgten die Nazis. Diese verschanzten sich im Erk.Hof. Daraufhin gingen mehrere Scheiben der Rückseite des Erk.Hof kaputt, und ein Leuchtkörper wurde abgeschossen, was wir für eine völlig unnütze Aktion halten. Wir bedauern dies. Als dann die Tür aufging, wurden die Nazis in den Erk.Hof verfolgt und verprügelt. Diese Aktion richtete sich ausschließlich gegen die Schweine, die den Mord an Ausländer/innen propagierten. Dies wurde uns von den Dabeigewesenen so vermittelt und von Augenzeugen aus unserem Bekanntenkreis bestätigt.

Uns persönlich geht es längerfristig darum, den faschistischen Nährboden auszutrocknen. Kurz- bis mittelfristig wollen wir hier im Ort eine Gegenkultur entwickeln, die der Vermarktung aller Lebensbereiche die eigene Kreativität und Unkommerzialität entgegensetzt. Deswegen wollen wir ein Kulturzentrum auf dem Gelände Uferstr.9-10 oder auf einem Ersatzgrundstück einrichten. Dafür wollen wir uns mit allen Interessierten zsammentun.

Nächsten Samstag(**26.9.**) gibt´s bei uns ab Sonnenuntergang (pünktlich) auf vielfachen Wunsch von Jugendlichen aus Erkner - und weil wir es gut finden, die Räume für unkommerzielle Kultur zu Verfügung zu stellen -- das **VIDEO "NIKITA"** und eine **DISKO! Ihr seid herzlichst eingeladen.**
Bringt eure Freundinnen und Freunde und viel POWER mit.
P.S.: Das Bier wird billig sein, Alkfreies zum Ladenpreis!
Erteilen wir allen Faschisten eine deutliche Abfuhr!

SAMSTAG 26.9.1992
ab 'Sonnenuntergang'
VIDEO "NIKITA"
+ DISKO
UFERSTR. 9-10
KOMMT u. SCHÜTZ d. DISKO TANZT m. UNS

Fußgängerbrücke gegen Anschläge

Separate Brücke soll Fußgänger von Baustelle fernhalten / Bisher fünf Anschläge

Berliner Zeitung
Dienstag, 8. September 1992

Berlin. Der kriminellen Energie von Autogegnern will die Bauverwaltung mit einer unkonventionellen Maßnahme Einhalt gebieten: Damit die Baustelle an der Oberbaumbrücke besser vor Anschlägen geschützt ist, sollen Fußgänger eine zusätzliche Brücke erhalten, berichtete ein Mitarbeiter der Bauverwaltung.

Nach den bisherigen Plänen sollte die Oberbaumbrücke während der mehrjährigen Bauarbeiten für Fußgänger offen bleiben. Dadurch seien Bagger und Bauwagen aber besonders ungeschützt und die Arbeiten auch deshalb behindert, weil nicht zu jeder Zeit und überall gebaut werden könne, hieß es zur Begründung. Noch sei nicht entschieden, ob die grob geschätzten Kosten von über einer Million Mark für die Fußgängerbrücke angemessen seien.

Im Zusammenhang mit der Oberbaumbrücke sollen Unbekannte bisher fünf Anschläge begangen haben, so die Polizei. Die Aktionen richteten sich laut der taz zugegangenen Bekennerschreiben gegen den Plan des Senats, die Oberbaumbrücke für den Autoverkehr zu öffnen. Mit 50.000 Mark sei der größte Schaden Ende August entstanden, sagte die Polizei. Unbekannte Täter hatten in der Heidelberger Straße in Treptow einen Schaufelbagger in Brand gesetzt, der einer Firma gehört, die an den Bauarbeiten auf der Oberbaumbrücke beteiligt ist. Mitte August gab es einen Brandanschlag auf den Sitz der Firma in der Neuköllner Saalestraße. Drei Anschläge wurden an der Oberbaumbrücke verübt. Ende Juli mißglückte das Anzünden eines Baggers. Im August wurden zweimal die Baustellenabsperrungen in die Spree geworfen. Dabei wurden acht Leute festgenommen, die nach Angaben der Polizei sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden seien.

Dollar gegen Olympia

Wer glaubt, daß Olympia-2000-Befürworter und -Gegner in Berlin nichts gemeinsam haben, der irrt. Im Gegenteil: Pro und Kontra arbeiten manchmal sogar Hand in Hand. Die Korrespondenzen mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) jedenfalls erledigen Olympia GmbH und das Anti-Olympia-Komitee (AOK) schon arbeitsteilig. Getrennt marschieren – gemeinsam schlagen, könnte man denken, wenn sich nicht das Vokabular so deutlich unterscheiden würde.

Aus dem Kugelschreiber des Olympia-Chefs Axel Nawrocki floß Anfang Juli reichlich Tinte, um den 94 IOC-Mitgliedern zu erklären, daß es über eine geheime Personendatei nichts zu erklären gibt. Bekanntlich war niemand, niemals und nirgendwo den Sportfunktionären bis in die Gemächer gefolgt, um den ganz privaten Geschmack und damit Schwachstellen für spätere Bestechung zu erschnüffeln. Auch dem AOK kribbelte es in den Fingern. Forsch schreibt es an die „verehrten Damen und Herren“: „Ihre Hobbys, verehrtes IOC-Mitglied, Ihre sexuellen Vorlieben, Ihre ideologischen Meinungen sind uns scheißegal. Aber trotzdem: Auch wir geben uns die Ehre, Sie zu bestechen. In der Anlage finden Sie einen echten US-amerikanischen Dollar zur freien Verfügung.“ Um zu zeigen, daß für das AOK revolutionärer Schwung nicht nur wortgewaltig ist, heißt es drohend: „Was ist schon eine langweilige IOC-NOK Konferenz gegen das unverfälschte Erlebnis mit einem Mercedes-Benz gegen einen echten Berliner Pflastersteinhagel zu fahren.“ Zu guter Letzt machten die Anti-Olympia-Kämpfer noch deutlich, daß auch bei ihnen ohne Moos nix los ist: „Für den Fall, daß Sie gegen Berlin stimmen, bitten wir um Rücksendung des Dollar.“

Im IOC war man ratlos. Ein neuer Werbetrick der Berliner Olympia-Planer? Oder sollte etwa mit dem amerikanischen Geldschein unverhohlen bestochen werden? Der Japaner Chiharu Igaya bedankte sich beim AOK für die Auffrischung seines Schimpf-Wortschatzes, den er sich vor 40 Jahren als Student erworben hatte. „Ihr Brief hilft mir auch, mich an ein fröhliches Studentenleben in den USA zu erinnern“, gibt er dem AOK außerdem zu wissen. Für den Dollar fand er keine Verwendung und schickte ihn zurück. Ähnliches muß noch sieben andere IOC-Mitglieder bewogen haben, die Spende des AOK abzulehnen: darunter den Deutschen Thomas Bach und Prinz Albert von Monaco. Der Präsident des belgischen Nationalen Olympischen Komitees, Jaques Rogge, schrieb: „Niemand kann mich kaufen, aber ich bin dennoch darauf stolz, daß ich für andere Menschen mindestens einen Dollar wert bin.“ Alle anderen IOC-Mitgliedern legten den Dollar für schlechte Zeiten zur Seite.

Offen bleibt nur eine Frage: Haben sich die acht damit schon heute als Berlin-Gegner und AOK-Bündnispartner bekannt?

Hartmut Augustin

Berliner Zeitung

Zulauf für Autonome aus dem Osten

Die sich gegenseitig aufschaukelnden links- und rechtsextremen Gruppen in Berlin stellen nach Ansicht des Verfassungsschutzes die „zentrale Bedrohung“ für die innere Sicherheit der Stadt dar. Die Auseinandersetzungen zwischen linken Autonomen und rechtsradikalen Skinheads hätten 1991 bereits stark zugenommen, heißt es im Jahresbericht des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, der gestern dem Senat vorgelegt wurde.

Im Osten der Stadt wachse das rechtsextremistische Gewaltpotential weiter, gleichzeitig fühlten sich die militanten Linken mittlerweile so stark, daß sie zum direkten Angriff auf ihnen verhaßte politische Gegner übergingen. Sollte der Kampf zwischen beiden Lagern eskalieren, könnte eine Gewaltspirale entstehen. „Wir sehen die Gefahr, vor allem weil sich die Angriffe auf den politischen Gegner auch 1992 fortgesetzt haben. Wir hatten immerhin einen Toten beim Anschlag von Autonomen auf eine Gruppe von Rechten“, berichtete der Leiter des Verfassungsschutzes, Heinz Annußek.

Vor zwei Jahren noch zählten die Verfassungsschützer 600 gewaltbereite Autonome, jetzt sind es 1000. Sie hätten Zulauf aus den Ostbezirken erhalten.

Live-Sendung von Sat. 1 fand ohne Neonazi statt

Demonstranten verhinderten Auftritt des Hamburger Neonazis Worch / Er gilt als einer der Hintermänner von Rostock

Prenzlauer Berg. Rund 100 Demonstranten aus der autonomen Szene haben am Donnerstag abend den Auftritt des Hamburger Neonazis Christian Worch im »Kesselhaus« in Prenzlauer Berg verhindert. Worch, Mitglied der rechtsextremen »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF), war in der Live-Sendung »Einspruch« von Sat. 1 als Gast vorgesehen.

Mit eingeladen waren Rostocker Bürger, die über die Pogrome der letzten Tage mit Kontrahenten diskutieren sollten. In Presseberichten war Worch als einer der Hintermänner bei den Rostocker Angriffen auf ein Asylbewerberheim und eine Unterkunft für vietnamesische Vertragsarbeiter immer wieder genannt worden. Wie ein Beobachter der Gegendemonstration gestern gegenüber der taz erklärte, sei Worch nur für einen kurzen Moment mit seinem Wagen in den Innenhof der ehemaligen Brauerei gelangt. Angesichts der Demonstranten habe er mit seinen vier Begleitern »fluchtartig« den Ort verlassen. Vor Beginn der Sendung seien außerdem rund 20 rechtsradikale Jugendliche aus Eisenhüttenstadt in einen Seitenflügel des Gebäudes getrieben worden. Dabei hätten sie mit Gaspistolen um sich geschossen.

Schon beim Eintreffen eines Busses mit 60 geladenen Rostocker Bürgern war es zu Auseinandersetzungen gekommen. Zwei Demonstranten wurden wegen Landfriedensbruch festgenommen. Die Berichte darüber sind jedoch widersprüchlich. Während ein Polizeisprecher erklärte, der Bus und die zum Schutz eingesetzten Beamten seien »massiv mit Steinen und Flaschen beworfen« worden, wollte ein Wachleiter in Prenzlauer Berg lediglich »einen Steinwurf« gesehen haben. Bei dem Angriff soll zudem ein Rostocker Bürger eine »Kieferprellung« erlitten haben, wie eine Sat. 1-Mitarbeiterin gegenüber der taz versicherte. Nur unter massivem Polizeiaufgebot konnte die Sendung schließlich durchgeführt werden.

Sat. 1-Moderator Ulrich Meyer verteidigte gestern gegenüber der taz die Einladung von Worch. Es sei nicht richtig, »mögliche Organisatoren, die im Hintergrund der Rostocker Ereignisse agieren, einfach totzuschweigen«. Der Sender hätte genügend Vorsorge getroffen, daß Worch »mitnichten seinen Kram hätte erzählen können«. Unter anderem sei »in Griffweite« sein ehemaliger Bewährungshelfer plaziert worden. Meyer: »Der hätte bestimmt einiges aus der Vergangenheit von Worch geschildert.«

Severin Weiland

عاش فلسطين

Im Juli 1992 waren in den Tageszeitungen vereinzelt Meldungen zu lesen über eine viertägige Blockade der Najah- Universität Nablus/ Palästina durch das israelische Militär. Dabei wurden ca. 4000 StudentInnen und einige hundert Personen Universitätspersonal auf engstem Raum und unter Bedingungen festgehalten, die sich aus den Zeitungsmeldungen nicht herauslesen ließen. Wir, drei Typen und eine Frau von der 'Vereinigung der FreundInnen Palästinas' fuhren nach Nablus, eine Stadt in den besetzten Gebieten, ca. 60 km nördlich von Jerusalem.
Was 1918 als Sekundar- Schule gegründet wurde, bekam 1977 den Titel: Nationale Universität an- Najah. ('njah = Erfolg)
Hier studieren rund 5000 StudentInnen Fächer wie Sprachen, Kunst, Islamische Studien, Geschichte und Archäologie, Pädagogik und Psychologie sowie Fächer der Ökonomie, des Maschinenbaus und Naturwissenschaften. Die Lehrveranstaltungen in den technischen Richtungen und Naturwissenschaften laufen generell in Englisch. Demnach ist der Bibliotheksbestand auch zur Hälfte in Englisch, ansonsten Arabisch. Die an- Najah ist somit die größte Universität in den palästinensischen Gebieten. Selbst aus dem Gazastreifen, wo kürzlich wieder die Islamische Uni eröffnet wurde, kommen viele StudentInnen in die Westbank. Das Problem ist nur, daß sie sich regelmäßig eine Reiseerlaubnis bei den israelischen Militärbehörden holen müssen. Haben sie die nicht, und das ist die Regel, und sie werden unterwegs kontrolliert, drohen ihnen Geldstrafen und kurzzeitige Inhaftierung.
Tatsachen, die einem Studenten während der Militärblockade vom 14.- 17. Juli 92 fast zum tödlichen Verhängnis geworden wäre, denn er konnte mit 40 Grad Fieber nicht in ein Krankenhaus geschafft werden.
Im ersten Jahr der Intifada, 1988, wird der Campus der Uni zur Militärzone erklärt und die ganze Uni geschlossen. Wiedereröffnet werden, kann sie erst 1991, im September. Im Juli des nächsten Jahres finden Wahlen zum StudentInnenparlament und - rat statt. Aus den Wahlen gehen die Fatah- UnterstützerInnen mit 80% sowie die Hamas mit 20% Stimmen hervor. Dem-entsprechend gestaltet sich die Zusammensetzung des StudentInnenrates: männlich! Frauen machten 'nur' noch Zu- und Kleinarbeiten im Sozialbereich, erklären uns gewählte Studenten. Vor der Schliessung der Uni seien allerdings noch Frauen im Rat gewesen. Jetzt aber hätten sie sich nicht einmal mehr gestellt. (Sie sind nicht aufgestellt worden von den einzelnen Gruppen. Im übrigen machen sie knapp die Hälfte der StudentInnenschaft aus.)
Dieses und daß in den Gesprächen, die wir mit gemischten Gruppen oder Männergruppen führten, die Tätigkeiten der Frauen (oder Mädchen, wie sie trotz ihres Alters und Kinderzahl genannt werden!) permanent abgewertet wurde, dürfte das Militär weniger interessiert haben als uns, als es am 14. Juli die Uni abriegelte. Begründung: auf dem Campus befänden sich bewaffnete Männer der Fatah und des Fahd Aswad(Schwarzer Panther - militärische Gruppe, die in den Gebieten kleinere Opperationen unternimmt). Alle Angehörigen der Uni hätten sich einer Leibesvisitation zu unterziehen und die bewaffneten Leute wären auszuliefern. Nannte das Militär am ersten Abend noch zwanzig Personen, waren es am vierten nur noch sechs. Von diesen sechs waren tatsächlich nur zwei Studenten.
Am Abend des 14.Juli wurde also das Militär rund um die an einem Hang gelegene Uni verstärkt, wurden alle Punkte okkupiert, um den Campus Tag und Nacht beobachten zu können. Gleichzeitig war es für niemanden möglich, das Gelände zu betreten oder zu verlassen. Die Telefonleitungen könnten teilweise noch genutzt werden.
Da sich Unileitung und StudentInnen weigerten, die Leute auszuliefern, war die Blockade unumgänglich. Allerdings ist die Uni so konstruiert, daß mensch dort sieben Stunden täglich verbringen kann. So waren die hygienischen Bedingungen unerträglich. Dazu kam die Julihitze. Auch mußten die Reserven der Mensa eingeteilt werden: jede/ jeder täglich ein halbes Gläschen Tee und drei Falafelkugeln. Sehr bedrückend war die Situation für eine Reihe schwangerer Frauen. Eine hochschwangere erlitt sehr hohes Fieber. Auch waren viele junge Mütter unter den Studentinnen; da es üblich ist, 40 Tage nach der Geburt wieder in die Uni oder zur Arbeit zu gehen(sofern außer Haus gearbeitet wird), überlassen die jungen Mütter die Kinder Verwandten oder Bekannten bzw. dem universitären Kindergarten. Ein Presse- Kommunique der Uni vom 22.Juli weist darauf hin: „Die Sperre betraf auch eine Reihe alter, kranker oder behinderter Leute, die Hilfe und Betreuung nötig gehabt hatten. Ohne weitere Beschreibung, alle, die in der Sperre lebten, waren Hunger, Krankheit und psychologischer Störung ausgesetzt."
Lokale und internationale Presse sowie eine Reihe von Institutionen, letztlich von der UNRWA versuchten die totale Sperre zu lösen. Eine autorisierte Gruppe der Uni versuchte mit den Israelis zu verhandeln, und mußte am vierten Tag angesichts der Entkräftung

aller und der lebensgefährlich Erkrankten der Auslieferung und somit dreijährigen Deportation der sechs Jugendlichen, von denen niemand dem Fahd Aswad angehörte(!), zustimmen. Die StudentInnen gaben zu, daß dies ein sehr hoher Preis dafür war, daß alle anderen unter dem Ruf "Allah akbar" das Uni-Gelände verlassen konnten.

Wie in Palästina/ Israel ansonsten mit KämpferInnen der Schwarzen Panther verfahren wird, erfuhren wir Ende August, als wir auf dem Weg ~~ne~~ zu einem Freund in Jenin:
In Jenin, eine Stadt 90km nördlich von Jerusalem, hatten Sicherheitskräfte im Verlaufe des 24.8. 'verdächtige Bewegung' in einem normalen Familienhaus beobachtet. In der Nacht wurde dann das Haus angegriffen. Es gab ein längeres Feuergefecht, wobei nach israelischer Presseinfo ein israelischer Offizier getötet wurde. Die PalästinenserInnen im Ort sprechen von mehreren getöteten Soldaten. Schließlich wurde das Haus mit Brandbomben angegriffen, wobei von der im Haus lebenden Familie eine Frau getötet, zwei weitere und Kinder verletzt wurden. Die Genossen vom Fahd Aswad seien nur noch anhand des Steckbriefes zu identifizieren gewesen.
Es gab vier Tage Ausgangssperre und einen Tag Generalstreik.
Normalität in der Westbank!

SIEG oder NIEDERLAGE?

Eine Dokumentation linksradikaler Schwäche

Rostock 1992

Uns erscheint die Zeit heute mehr als reif endlich einmal die Demo-Organisation massiv öffentlich zu kritisieren. Beginnen wir bei der hervorragenden Konvoiorganisation. Auf der Vorbereitungs-VV wurde der Berliner Konvoi dahingehend besprochen, daß klar war: Busschutz, dann die Busse, dahinter Frauen und Lesben. Soweit so gut.Nicht gesagt wurde, daß die Organisatoren davon ausgingen in Bullensperren zu fahren, um sich dort als braver antifaschistischer Bürger ordentlich filzen zu lassen. Wieso wird eigentlich ein Konvoi zusammengestellt, wenn klar ist, man läßt sich filzen????
Die Leute sind nach Rostock gefahren ohne zu wissen, was genau sie erwartet. In eine fremde Stadt, in der Faschos, Bullen und ein rechter Bürgermob darauf warten Linke zu fressen, fährt man nicht als militante Gruppe ohne bis an die Zähne bewaffnet zu sein. Der Hamburger Konvoi mit über 3000 Leuten wurde mehrere Stunden festgehalten, trat geschlossen auf sich nicht durchsuchen zu lassen und wurde nach Verhandlungen ohne Filze durchgelassen. Und diese Hamburger Genossen werden jetzt aufgrund dieses Verhaltens von den Berliner Obermäcks kritisiert.
Zur praktischen Konvoiorganisation. Der Autobahnrastplatz (Sammelpunkt) bot folgendes Bild: überforderte junge Frauen, die mit ihren Funken nur Chaos veranstalteten, was dazu führte, daß der Konvoi durcheinander und vor allem zerstückelt wurde. Die gesamte Strecke wurde von unserer Gruppe kein einziger Motorradmelder gesichtet. Gerade auch dann nicht, als der Konvoi durch einen blöden Bullentrick zerissen wurde und der Rest auf eine winzige Landstraße geleitet wurde. Die vorderen Autos fuhren fröhlich weiter. Kleve ließ schön grüßen, als der Restkonvoi auf eine BGS-Sperre stieß, die die weitere Durchfahrt nur nach Personen- und Autokontrolle gestatten wollte. Diejenigen, die sich darauf auf keinen Fall einlassen wollten drehten nach einiger Zeit um, fuhren auf kleinen Wegen Richtung Rostock und kamen dort auch ohne Kontrolle an.
Die Demo selbst wollen wir jetzt nicht mehr kritisieren, wir schließen uns dem antifaschistischen Zusammenhang aus Berlin an, die mit ihrem Beitrag "Friedlich in die Katastrphe" in der Interim Nr.206 schon eine erfreulich zutreffende Kritik geleistet haben. Zum Demotempo nur noch eine kleine Randbemerkung. Offensichtlicher kann eine Demospitze, die das Tempo ungehindert bestimmen konnte, eine große Demonstration, inklusive etliche Militante, nicht sich totlatschen lassen: drei Schrittchen vorwärts, warten... . Dazu noch diese erstklassig ausgewählte Route, auf der wir zu einem Drittel den Bäumen einen erzählen konnten.
Was uns bei diesem Ärger als Frauen zusätzlich genervt hat, war die zweimalige Aufforderung des Lautsprecherwagens, die Männer, die, wohlgemerkt nicht im sondern am Rand des Frauen- und Lesbenblocks liefen, sollten sich von dort verpissen. So ein Schwachsinn!!! Auf so einer Großdemo, wo Stärke und Gemeinsamkeit gefragt sind wiederum mit diesem kleinlichen Separatismus zu kommen. Ihr macht Euch doch nur lächerlich. Sollen die Frauen, die im Block zusammen laufen wollen doch dies ruhig tun. Wir sind aber doch keine straight durchorganisierte Partei, wo jeder in Reih und Glied mitzumarschieren hat.
Nocheinmal zurück zur Organisation.Es war ein Parkplatzschutz vorgesehen. Einige, die sich dafür bereiterklärt hatten,steckten in irgendwelchen konvoisperren fest und als sie endlich am Ziel waren, hielten sie es nicht mehr für nötig, die zugesagten Aufgaben auch zu erfüllen. Der Parkplatz war defacto ungeschützt, dadurch waren 5 Sanitäter von uns, die dort ihre mobile Station hatten, akut bedroht. Während die friedliche Großdemo versuchte Lichtenhagener Bäume zu beeinflussen, sammelte sich auf dem Parkplatz ein rechtslastiger Bürgermob, der die Sani's derart bedrohte und beschimpfte, daß sie schließlich das Weite suchen mußten. So sieht also ein autonomer Parkplatzschutz aus.
Resumee: wir sind total sauer, fühlen uns verarscht. Wir fordern alle die die Schnauze voll haben dazu auf, sich von so einer Organisation nicht mehr wie friedliche Schafe durch Zeiten leiten zu lassen, in denen nicht nur militantes Zurückschlagen sein muß, sondern linke Gegenmacht als Signalfunktion, als Anziehungspunkt dringendst vonnöten ist

Einige Militante

Folgende Grußadresse hat Gerry Hanratty – irisch-politischer Gefangener – nach seiner Auslieferung aus der BRD in den Nordosten Irlands geschrieben.

Wir finden Gerrys Grußadresse für uns besonders wichtig, da er den Kampf irisch-republikanischer Gefangener gegen die Zwangs-"zusammenlegung" mit irischen Loyalisten im Crumlin-Road Gefängnis mit dem antifaschistischen Kampf in der BRD in Zusammenhang bringt. Gerry bezieht sich außerdem auf den Widerstand in der Hafenstraße und auf alle Menschen in der BRD, die ihre Freundschaft und Solidarität zum irischen Befreiungskampf zeigen. Mit den Erfahrungen, die Gerry in Gefängnissen in Frankenthal, Kaisheim und Düsseldorf vier Jahre lang machen mußte, werden sich in Zukunft sicherlich auch andere GenossInnen in Irland auseinandersetzen.

Zeit sitzt er dort im Untersuchungsgefängnis Crumlin Road, das berüchtigt ist, weil dort von den Briten die irischen Befreiungskämpfer absolut gegen ihren Willen mit faschistischen Loyalisten „zusammengelegt" worden sind, was zu permanenten physischen Auseinandersetzungen führt und den ohnehin schon unerträglichen Knast buchstäblich zur lebensbedrohenden Hölle macht. Gerry schrieb uns jetzt am 25. 8. 92 einen Brief zu seiner Situation und der Situation im allgemeinen dort:

Als ich im Empfangsbereich des Crumlin Road Knastes ankam, wurde offensichtlich, daß eine Änderung des psychologischen Regimes durchgeführt worden war. Die Haltung der Schließer schien von Leuten dominiert zu sein, die nicht direkt in den politischen Konflikt zwischen dem „Northern Ireland Office" (Nordirlandbüro — NIO) und den irisch-republikanischen Kriegsgefangenen in Untersuchungshaft hineingezogen werden wollten.

Der gegenwärtige Knastkampf hat aus der Perspektive der NIO zwei Hauptfronten: an dem letzten Bild der „Kriminalisierungspolitik" festzuhalten, das allgemein gegen die militante republikanische Gemeinde gerichtet ist, und zweitens bestimmt aus politischer Angst und Paranoia vor einem weiteren Massenknastausbruch.

Aus der Perspektive der republikanischen Gefangenen ist es von den Briten sinnlos zu denken, daß irische politische Gefangene kriminalisiert oder mit loyalistischen Konterrevolutionären integriert werden können. Es wäre genauso sinnlos, wie von den Leuten in der Hafenstraße zu erwarten, daß sie sich mit Faschisten verbünden würden (und wir hier sagen, daß es eine große Ähnlichkeit zwischen den loyalistischen Mörderbanden innerhalb oder außerhalb des Knastes und den faschistischen Banden in Deutschland gibt). Obwohl diese Mitglieder von verschiedenen loyalistischen Schwadronen im Knast auf die Stufe eines politischen Konfliktes projiziert sind, spielen sie letztendlich in dem umfassenden Plan der NIO-Politik keine Rolle.

Das NIO erkennt diese loyalistischen Mörderbanden als das, was sie sind: Schläger und Kriminelle; aber sie werden innerhalb der Knäste als Werkzeug benutzt, um einen „sektiererischen Konflikt" zu kreieren, der in die gleiche Richtung wie die allgemeine britische Politik draußen in bezug auf den Befreiungskampf fällt. Die versuchte gewaltsame Integration von politischen Gefangenen mit loyalistischen Faschisten wird offensichtlich starke Spannung schaffen, die in offene harte Gewalt übergeht, und genau hierin finden sich die Schließer eingefangen.

Der Einsatz war offensichtlich zu hoch, als die Gefängnisleitung zu einer Psychologie hinüberschwingen mußte, die weniger Ärger bedeutete. Dies war ein Überblick über die Politik, als ich den Knast betrat, jetzt komme ich zur Realität der Bedingungen. Nach einer kurzen Periode in der Clearingstelle, die die „Beurteilungsabteilung" genannt wird und in der die meisten politischen und anderen Gefangenen einer kurzen scharfen Schockbehandlung eines 24-Stunden-Einschlusses und einer Regimentsleitung ausgesetzt werden, wurde ich in einen paramilitärischen Flügel des Knastes verlegt, in den A-Flügel.

Dieser Flügel beherbergt (wie auch der B-Flügel) irisch-republikanische Gefangene und loyalistische Faschisten. Obwohl die britische Regierung und das NIO diese Flügel als gemischte Flügel betrachtet, ist die Realität die, daß sie es unmöglich finden, Republikaner und Loyalisten zu „mischen", weshalb ein ausgefeiltes System der Separation in Arbeit ist, wird jede Bewegung im Flügel wie auch außerhalb des Flügels kontrolliert.

Republikaner benutzen die drei Kantinen und den einen Hof zu anderen Zeiten als Loyalisten. Republikaner reinigen ihre Zellen, waschen, duschen, sammeln Essen und benutzen die Toiletten im Flügel zu anderen Zeiten als Loyalisten. Der Gang zu Anwaltsbesuchen oder zum Gericht geht mit einem System einher, durch das Republikaner und Loyalisten sich selten treffen, Besuche mit den Lieben, Genossen und Freunden werden in einem vollständig abgetrennten Besuchsbereich abgehalten, ältere Schließer erkennen die politische Motivation der Republikaner und sind bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten, was sich in Gesprächen über alltägliche Schwierigkeiten und Probleme ausdrückt.

Die republikanische politische Position im Knast wird festgesetzt, und es wird über bessere Bedingungen verhandelt. Die Moral der Republikaner ist exzellent, und die Entschlossenheit unter allen republikanischen Männern ist klar, daß die Wunschphantasie britischer Versuche, eine Integration gewaltsam herbeizuführen, an jedem Schritt vollständig bekämpft werden. Obwohl es effektiv die Trennung im Knast gibt, bleibt die Situation sehr unbeständig und könnte leicht zu jeder Zeit zu physischen Konflikten mit loyalistischen Faschisten explodieren; in den letzten Jahren sind Republikaner ernstlich von Schließern und Loyalisten angegriffen worden, und wenn es ein „zufälliges" Treffen von Republikanern und Loyalisten vor Gericht gibt, wird es sicher in Gewalt enden.

Zwei Tage, nachdem ich hier ankam, erschlichen sich zwei Loyalisten Zugang zu einem einzelnen Republikaner in seiner Zelle, nachdem sie einen Schließer „durch einen Trick dazu brachten", ihnen seine Schlüssel zu übergeben. Der Republikaner wurde zusammengeschlagen, verbrüht, und sein linkes Ohr wurde abgebissen (was die tierische Mentalität von Loyalisten zeigt). Die Bedingungen, daß Republikaner in den Kantinen essen müssen, sind unakzeptabel, weil Loyalisten sich weigern oder nicht in der Lage sind, sie nach ihrer Benutzung zu reinigen.

Deshalb treffen wir auf Dreck und Unordnung im ganzen Raum, wenn wir die Kantine nach den Loyalisten benutzen. Allgemein gilt dasselbe für die Duschen und die Toiletten im Flügel. Die Moral unter den Republikanern ist 100 %, und da ich unter 90 politischen Gefangenen in diesem Flügel bin, fühlt es sich so an, als wenn ich zuhause wäre.

Grüße gehen von hier an alle deutschen Leute, die die Hand der Freundschaft und Solidarität reichen. Meine Zeit, die ich in deutschen Knästen verbracht habe, war ein Erlebnis, über die ich detailliert mit den Männern hier gesprochen habe und über die ich weiterhin sprechen werde. Bleibt alle sicher und fahrt mit der Irland-Arbeit fort.

. . . slan agus machs gut.

Gerry Hanratty, Crumlin Rd, 25. 8. 92

Nach wie vor herrscht Angst unter den Roma in Rumänien

Praxis der Minderheitenpolitik verstößt gegen Prinzipien der international Menschenrechtskonventionen / Von Katrin Reemtsma

Durch die politischen Veränderungen im Dezember 1989 hat sich die Situation der Roma sowohl zum Besseren, als auch zum Schlechteren hin verändert.

Zum ersten Mal seit über 60 Jahren können sie im Zuge der wiedereingeführten Rechte auf öffentliche und private Ausübung der Kultur, der Versammlungs- und Meinungsfreiheit unabhängige Verbände gründen, ihre Interessen öffentlich vertreten und eigene Zeitungen herausgeben.

Weniger befriedigend sind die Entwicklungen im speziellen Bereich der Minderheiten(politik und -rechte), die — bei einem Bevölkerungsanteil von mindestens 20 Prozent — einen zentralen Aspekt der rumänischen Politik darstellen.

In einem am 5. Januar 1990 veröffentlichten Papier zu nationalen Minderheiten wurde die diskriminierende und auf Assimilation ausgerichtete Politik Ceaucescus verurteilt. Die Front zur Nationalen Rettung wollte nun

1) die „Anerkennung und Garantie der individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten der nationalen Minderheiten in der neuen Verfassung" sicherstellen,

2) „eine Charta vorbereiten und beschließen", in der die „nationalen Minderheiten in Übereinstimmung mit den entsprechenden Paragraphen der neuen Verfassung respektiert werden" und die „innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nach Annahme der Verfassung" verabschiedet wird,

3) „unter Berücksichtigung des zu schaffenden Rechtsrahmens zur Ausübung der elementaren Minderheitenrechte, Ausbildung in der Muttersprache, Förderung der nationalen Kultur und Verteidigung der ethnischen Identität, ein Gesetz verabschieden". Um dies umzusetzen, sollte ein „Ministerium für nationale Minderheiten" geschaffen werden.

Doch von diesen Versprechungen ist keine eingelöst worden. Statt dessen hat es bis zu den Wahlen am 20. Mai 1990 eine beim Parlament angesiedelte provisorische Minderheitenkommission gegeben, in der Vertreter von 12 Minderheiten — unabhängig von deren zahlenmäßiger Größe — vertreten waren. Am 14. März 1990 wurde beschlossen, daß jede Minderheit, deren Vertreter sich zur Wahl gestellt haben, ohne die notwendige Stimmenanzahl zu erreichen, je einen Sitz im Parlament erhält. Per Entscheid Nr. 17 vom 3. Juli 1990 wurde ein institutionelles Komitee für Menschen- und Bürgerrechte beim Senat eingerichtet, dessen einer Arbeitsschwerpunkt Minderheitenfragen darstellen.

Was die Materialisierung der Minderheitenrechte anbelangt, so ist es bei Einzelmaßnahmen geblieben, die sich im wesentlichen auf muttersprachlichen Unterricht beziehen. Hier beklagen Ungarn das Fehlen umfassender muttersprachlicher Hochschulausbildung. In bezug auf Roma hat das Bildungsministerium einige Stellen für romanessprachige Lehrer mit Roma-Herkunft eingerichtet, doch fehlt es noch an qualifizierten Kandidaten. Ähnliche Maßnahmen sind auch für zahlreiche kleinere Minderheiten wie Bulgaren, Lipovenen, Slowaken, Türken und Ukrainer realisiert worden.

Ferner wurden zahlreiche bestehende Diskriminierungen des alten Systems im Arbeitsleben aufgehoben; doch gibt es nach wie vor in vielen Arbeitsbereichen, in Verwaltung und Justiz eine erhebliche Unterrepräsentanz der Minderheiten.

Als Widerspruch zur behaupteten Demokratisierung und als Grund für die fehlende Realisierung der Minderheitenrechte ist die personelle und ideelle Kontinuität innerhalb der privilegierten Nomenklatura und des Verwaltungsapparates (Verwaltungsbeamte, Armee, Polizei, Justizangehörige und Diplomaten) anzusehen. Diese Schicht, die weniger auf Grund ihrer Qualifikation, umso mehr aber wegen ihrer rumänischen Abstammung unter Ceaucescu zu ihren Ämtern gekommen ist, hat sich nicht nur halten können, sondern vielfach in der als Kulturvereinigung — Parteizugehörigkeit ist ihnen heute untersagt — ausgegebenen „Vatra Romaneasca" reorganisiert.

Die „Vatra" ist ein extrem nationalistischer, antisemitischer und xenophobischer Verband, der wesentlich zur Verschärfung der Spannungen zwischen Rumänen und Ungarn, aber auch zwischen Rumänen und anderen Nationalitäten beiträgt und über großen politischen Einfluß bis hinein in das Präsidentenpalais verfügt.

Man kann hier von einer aus Ceaucescus Zeiten übernommenen Kontinuität des Nationalismus als integralem Bestandteil staatlicher Politik sprechen.

In der politischen und gesellschaftlichen Praxis findet der regierungsoffizielle Nationalismus seinen Ausdruck in den Artikeln 4 und 6 der im Dezember 1991 verabschiedeten neuen Verfassung.

Problematisch an diesen Verfassungsformulierungen ist unter anderem, daß nur die im kulturellen Bereich liegenden Rechte der Minderheiten sehr allgemein anerkannt werden. Alle weiteren nationale Minderheiten betreffenden Passagen sind unter allgemeinen Überschriften versteckt. So anerkennt der Artikel 32 Recht auf Unterricht, in § 3 das Recht der nationalen Minderheiten auf Unterricht in ihrer Sprache. Lediglich dieser Aspekt soll später durch ein Gesetz konkretisiert werden.

Es geht fernerhin kein explit in der Verfassung verankertes Diskriminierungsverbot. Art. 39 — Meinungsfreiheit — verbietet in § 7 (!) die Diffamierung des Landes, die Aufwiegelung zu kriegerischer Aggression, zu Nationalitäten-, Klassen- und Religionshaß, die Anstiftung zu Diskriminierung und territorialem Separatismus...

Überhaupt nicht konkretisiert werden die Rechte von nationalen Minderheiten in Verwaltung oder Justiz, beispielsweise eine angemessene personelle Repräsentanz. In den Artikeln 119 bis 122 über kommunale Verwaltung werden die nationalen Minderheiten mit keinem Wort erwähnt. Statt dessen ermöglicht Art. 6 (2) die erneute Beschränkung der Rechte der Minderheiten.

Die zwei Jahre zuvor in Aussicht gestellte Garantie kollektiver Rechte und deren detailliertere Ausformulierung, die dann auch juristisch einklagbar wären, ist nicht verwirklicht worden. Die Verfassung trägt somit dem Vielvölkergebilde, wie Rumänien es ist, nur unzulänglich Rechnung und fällt hinter die auch von Rumänien unterzeichneten internationalen Abkommen zurück.

Wie weit die politisch Verantwortlichen von der Einhaltung der unterzeichneten Konventionen entfernt sind, zeigt sich auch in Zusammenhang mit einer der negativsten Entwicklungen der Nach-Ceaucescu-Zeit, dem Ausbruch eines extremen Nationalismus, der gegenüber Roma zu verbalem und physisch ausgetragenen ethnischem Haß und zu 20 (bekannten) Pogromen geführt hat. Roma gegenüber ist es in den vergangenen zwei Jahren zu schweren Menschen- und Minderheitenrechtsverletzungen gekommen, an denen sowohl Teile der Bevölkerung als auch staatliche Organe beteiligt waren.

Auf dem Arbeitsmarkt treffen die durch den Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus bedingten Zusammenbrüche und Strukturveränderungen zwar alle Staatsbürger; doch sind die Roma als unterprivilegierte und diskriminierte Minderheit besonders in Mitleidenschaft gezogen. Durch die künstliche Zuspitzung der ethnischen Zugehörigkeit und mit nationalen Argmumenten, die Roma gleichsam zu rechtlosen Ausländern machen, wird ihnen das Recht auf Arbeit verwehrt.

„Arbeit ist für Rumänen, nicht für Zigeuner", bekam ein arbeitsuchender Roma zu hören.

Überwiegend nachteilige Konsequenzen für Roma hat auch die Landreform mit sich gebracht. Viele wurden vom Erwerb privat zu bewirtschaftenden Landes ausgeschlossen. Andere konnten mangels Voraussetzungen und Kenntnis des Antragsverfahrens von ihrem Recht keinen Gebrauch machen. Wieder anderen wurde die Rückgabe ehemaligen Familienbesitzes verweigert — während sie gleichzeitig durch die Landreform arbeitslos geworden waren.

Die vielfältigen Diskriminierungen in der Arbeitswelt widersprechen grundlegenden Menschenrechten und auch den selbst auferlegten Standards: Gemäß Artikel 2 des Gesetzes Nr. 30, das am 16. November 1990 vom rumänischen Parlament verabschiedet wurde, ist jegliche Diskriminierung wegen politischer Überzeugung, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Alter, Geschlechtszugehörigkeit oder sozialem Status gesetzlich verboten.

Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang verschärft die Diskriminierung der Roma auf dem Arbeitsmarkt und drängt noch mehr Angehörige dieser Volksgruppe ins soziale Abseits.

Als Folge der Abschaffung der Zensur ist seit Januar 1990 einer Fülle neuer Zeitungen und Zeitschriften auf den rumänischen Markt gelangt. In diesen werden Roma (Juden und Ungarn) benutzt, um

1. den Holocaust zu tabuisieren beziehungsweise die Verfolgung ab 1941 für heutige Zwecke zu instrumentalisieren und um von historischer (rumänischer) Schuld und Verantwortung zu entlasten

tieren,

2. einen Sündenbock für enttäuschte Hoffnungen, soziale und politische Mißstände zu haben. Roma werden durch die Verbreitung einer dumpfen Mischung aus Benennung der ethnischen Zugehörigkeit, rassistischen Anspielungen und vermeintlicher sozialer Unverträglichkeit kollektiv zu „Kriminellen" und „Unzivilisierten" gemacht. Ungarn werden als kulturell Fremde und politisch Gefährliche charakterisiert.

Besorgniserregend ist, daß diese Bilder nicht nur Nationalisten mitzeichnen, sonder auch (oppositionelle) Intellektuelle, Regierungspolitiker und Verantwortliche in den Medien.

In Zusammenhang mit der Berichterstattung über Roma stellt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) fest:

„Die Situation der Roma hat sich seit den Ereignissen im Dezember 1989 nicht wesentlich verbessert. Direkte Diskriminierung besteht offensichtlich weiter fort und wird wahrscheinlich durch den Einfluß von diffamierenden Kampagnen der Massenmedien, die Roma als Sündenböcke für alle vergangenenen, gegenwärtigen und zukünftigen Mißstände präsentieren, verschärft."



Offene Ablehnung schlägt den Roma gegenwärtig nicht nur in Rostock entgegen: im „Heimatland" Rumänien werden sie verfolgt und vertrieben.

Bilder: Silvia Hauptmann / Walter Well / FR-Archiv

Der Berichterstatter der Vereinten Nationen für Rumänien Joseph Voyame kommt zu einer ähnlichen Beurteilung der Lage:

„... obwohl die Angehörigen der Zigeunergemeinschaft jetzt politische Parteien und unabhängige kulturelle Verbände, die das Bewußtsein für ihre bürgerlichen und politischen Rechte geschärft haben, gründen konnten, ist sie Gegenstand einer Diffamierungskampagne, die manchmal einem öffentlichen Aufruf zum Rassenhaß gleichkommt und zu Akten der physischen Gewalt, Plünderungen und Zerstörung ihrer Häuser geführt hat."

Die rassistische Berichterstattung verletzt Artikel 4 der Internationalen Konvention über die Verhinderung von Rassendiskriminierung von 1966 (Unterbindung von Propaganda und Organisationen, die die Überlegenheit einer Rasse oder Personen bestimmter Volkszugehörigkeit verbreiten oder irgendeine Form von Rassenhaß oder -diskiriminierung fördern). Verletzt wird hier auch insbesondere der Artikel 4(c), da zahlreiche staatliche, örtliche Behörden und öffentliche Einrichtungen in den vergangenen zwei Jahren mit ihren Äußerungen Rassendiskriminierung gefördert haben.

Begünstigt durch die Berichterstattung wird auch einer der gefährlichsten Aspekte der Entwicklungen seit dem Sturz Ceausescus, der Nationalismus, der zu einer Fülle an gewalttätigen Ausschreitungen gegen Roma geführt hat. Diese Ausschreitungen sind als Pogrome (aus dem Russischen: Verwüstung) zu be-

ze und Gewalt, die von Privatpersonen und öffentlichen Einrichtungen (Behörden, Kirche, Presse) oder einer Bevölkerungsgruppe gegen eine andere ausgeübt werden. Allein 1990 ist es zu 12 Pogromen gegen Roma gekommen. Der größte fand am 9./10. 90 in Kogalniceanu statt. Damals wurden 38 Häuser niedergebrannt, mehr als 200 Menschen leben seitdem in Notbehausungen.

Im folgenden wird eine Übersicht über die größten Pogrome des Jahres 1991 gegeben:

Bolintin Deal, 7. April 1991

Während einer Auseinandersetzung zwischen einem Rom und einem rumänischen Studenten in der (Oster-)Nacht 6./7. April kam der Student zu Tode. Wenige Stunden später wurde der Täter verhaftet und im weiteren Verlauf verurteilt. Um 10.00 Uhr am folgenden Morgen erklang die Sirene der Stadt, und zahlreiche Bewohner versammelten sich vor dem Haus des Opfers. Zwischen 11 und 12.30 zogen mehrere Tausend Menschen zu den Häusern der Roma. Zunächst sollte nur das Haus des Täters angezündet werden, doch schnell verwandelte sich das Vorhaben in einen Angriff gegen alle dort lebenden (Ursari-)Roma.

22 Häuser und drei Autos wurden niedergebrannt, fünf weitere Häuser zerstört.

Widersprüchlich war das Verhalten des Bürgermeisters. Ein Roma berichtet:

„Der Bürgermeister kam gegen 7.30 — 8.00 Uhr zum Haus und sagte, wir sollten weggehen, weil unsere Häuser angezündet würden. Ich ging nicht weg, bis ich die Häuser brennen sah; und ich stand auch nebendran, als mein Haus in Flammen aufging. Der Bürgermeister warnte uns, weil er keinen Toten wollte. Sie wollten die Zigeuner einfach loswerden."

Obwohl der Bürgermeister über die bevorstehenden Angriffe informiert war, wurde die Polizei nicht eingeschaltet. Zur Zeit des Angriffs waren lediglich 13 Polizisten anwesend, die nur kurzzeitig die Menge zu beruhigen versuchten. Erst gegen 13.00, als die Häuser schon niedergebrannt waren, traf ein größeres Einsatzkommando ein.

Die Roma flohen zu Familienangehörigen oder Freunden in den Nachbardörfern oder lebten unter freiem Himmel. Einige kehrten am 7. 4. zurück, um in den zerstörten, aber nicht niedergebrannten Häusern unterzukommen. Wieder erklang die Sirene im Dorf. Die letzten fünf Häuser wurden ebenfalls niedergebrannt und die Roma aus dem Dorf gejagt. Diesmal verhinderte die Polizei, daß die Roma zusammengeschlagen wurden, indem sie sie im Auto aus der Stadt fuhr. Bürgermeister und Priester hingegen beteiligten sich aktiv an den Übergriffen.

Am 8. Mai traf eine Delegation der Menschenrechtsorganisation Helsinki Watch in Bolintin Deal ein. Kurz nach ihrer Ankunft erklang die Sirene und mehrere Hundert ärgerliche Dorfbewohner umringten die Delegation. Eine Frau rechtfertigt den Pogrom:

„Warum werden wir nicht in Ruhe gelassen? Wir müssen arbeiten. Versteht ihr nicht, sie sind Diebe. Sie haben uns beklaut. Sie sind alle schlecht."

Die Roma wehren sich gegen diese kollektive Schuldzuweisung:

„Sie sagen, daß sie nur die Häuser der Kriminellen zerstört haben. Aber mein Haus wurde ebenfalls niedergebrannt. Eine soziologische Untersuchung über Zigeuner, an der ich gearbeitet habe, verbrannte. Einige Nachbarn haben versucht, uns zu helfen; sie wurden fast gelyncht. Die Nachbarn wußten, daß meine Familie unschuldig war. Wir lebten zu siebt in unserem Haus. Sie mußten wissen, daß wir keine Diebe sind. Es gibt ein oder zwei Familien mit Problemkindern, aber es gibt auch Rumänen, die Diebe sind. Der Mann, der den Studenten umgebracht hat, hatte sich bisher keinerlei krimineller Vergehen schuldig gemacht. Er war betrunken."

Ogrezeni, 17. Mai 1991

Am 16. Mai wurde ein Rumäne von einem jugendlichen Rom zusammengeschlagen. Ein rumänischer Nachbar einer Roma-Familie berichtet:

„In dieser Nacht marschierte eine Gruppe Jugendlicher, einschließlich des Zusammengeschlagenen, durch die Straße; sie riefen: ‚Feuer!' Es war so gegen 21.00 oder 21.30 Uhr. Sie zündeten ein Haus an. Ein Zigeuner, der in der Nähe lebte, meldete dies der Polizei. Sie kam gegen 23.30 Uhr. Das war alles."

Am folgenden Abend setzten sich die Angriffe fort. Auf das Läuten der Glocken hin versammelten sich zahlreiche Menschen. Nach Angaben eines rumänischen Bewohners wurden mindestens sechs Häuser niedergebrannt. Jugendliche zerstörten außerdem weitere Häuser mit Traktoren. Ein anderer Rumäne beschreibt das Verhalten der Polizei:

„Es standen viele Polizisten rum. Ich nehme an, es waren zwei Lastwagen voller Polizeibeamte. Sie waren da, als die Häuser niedergebrannt wurden. Sie sagten nichts. Ein Polizist berichtete mir, daß sie — hätten sie einen Befehl — in 30 Minuten die Ordnung wiederherstellen könnten. Die Polizei blieb bis Juni oder Juli, aber zu der Zeit waren keine Zigeuner mehr im Dorf."

Als Helsinki Watch Mitte Juli nach Ogrezeni kam, waren noch keine staatsanwaltlichen Ermittlungen eingeleitet worden.

Bolintin Vale, 18. Mai 1991

Am folgenden Tag sprang die Gewalt auf den Nachbarort, Bolintin Vale, über. Dort erklangen am Freitag abend die Glocken. Ein rumänischer Augenzeuge berichtet:

„Zwischen ein und zwei Uhr Samstagnacht kam eine große Zahl Dorfbewohner die Straße runter. Viele unserer Nachbarn halfen bei der Zerstörung. Wir wollten nicht, daß das Haus unserer (Roma-)Nachbarn angezündet wurde, denn es steht dicht neben unserem Haus. Ich hatte Angst, daß auch unser Haus Feuer fängt. Dann wurde das Haus zerstört. Keiner der Polizisten, die auf der Straße rumstanden, kam. Wir sahen, wie sich die Polizei in die Lastwagen zurückzog. Wir konnten einige der Lastwagen vom Haus aus sehen. Die Polizei konnte die Menschenmenge sehen, aber sie ging nicht dazwischen. Seitdem haben wir Polizeipatrouillen in der Nachbarschaft."

Insgesamt wurden an allen drei Tagen 28 Häuser der Ursari-Roma zerstört. Aus beiden Orten, Ogrezeni und Bolintin Vale, sind alle Roma geflüchtet. (...)

Valeni Lapusului, 13. 8. 1991

Im Dorf Valeni Lapusului und im etwa 1 km entfernten Teil Ponorita lebten bis zum 13. 8. 1991 etwa 150 Roma. Ihre Häuser und Hütten wurden am Abend des 13. August niedergebrannt und zerstört. Unmittelbarer Auslöser des Pogroms soll die Vergewaltigung einer jungen Dorfbewohnerin durch einen Roma am Vortag gewesen sein. Beim Gespräch mit den Dorfbewohnern ist dieser Aspekt jedoch nicht

Rumänien steht an zweiter Stelle auf der Liste der Herkunftsländer von Flüchtlingen. Viele von ihnen sind Roma und kommen nach Deutschland, wo sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei Politikern die Überzeugung vorherrscht, in Rumänien existierten seit dem Sturz Ceaucescus demokratische Verhältnisse. Im Juni erschien bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (Düstere Straße 20 a, 3400 Göttingen) ein Menschenrechtsreport der Ethnologin Katrin Reemtsma. Darin berichtet sie von Diskriminierungen gegen Roma im rumänischen Arbeitsleben und in den Medien, aber auch von zahlreichen Pogromen gegen die Roma. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Report.

Gegenstand ihrer Erregung. Ärger herrschte vielmehr darüber, daß aus den zwei Familien, die 1939 aus Mitleid mit ihrer Armut aufgenommen wurden, im Laufe von 50 Jahren 150 Menschen wurden. Ferner hätten sie „immer geklaut", Hühner vor allem. Dieses Vergehen wird seit der Rückgabe des verstaatlichten Landes an die ursprünglichen Eigentümer, alteingesessene Bauernfamilien, national, also als ein Vergehen eines „Zigeuners" gegen einen Rumänen, interpretiert. Außer sich vor Ärger schreit eine etwa 40jährige Frau immer wieder:

„Von denen kommt keiner mehr zurück. Dies ist ein rumänisches Dorf."

Sie bietet den Roma die Alternativen an, entweder in den *„Wohnblocks von Baia Mare zu verschwinden"* — für Menschen, die in bäuerlichen Traditionen verhaftet sind, eine tödliche Vision — oder in die Häuser der Deutschen im Banat zu ziehen. Bis jetzt (März 1992) durften die Roma weder nach Valeni noch in ein Nachbardorf zurückkehren. Vielmehr verbrachte die Mehrheit von ihnen den Winter unter Plastikplanen. Mehrere Kinder mußten für längere Zeit im Krankenhaus behandelt werden.

Die Bereitschaft der Behörden, für die Roma tätig zu werden, hält sich in sehr engen Grenzen. Die Bürgermeister von Valeni und Tirgu Lapus, dem nahegelegenen Städtchen, verteidigen sich: *„Die Stimmung ist schlecht. Keine Gemeinde will die Menschen haben."*

Auch beim Gespräch mit den Dorfbewohnern, von denen sich immer mehr aller Generationen im Dorfladen versammelten und den Pogrom zu rechtfertigen suchten, schwiegen sie. Der Polizeichef von Tirgu Lapus berichtet, er habe versucht, den Dorfbewohnern klar zu machen, daß auch die Roma Bürger von Valeni seien und ein Anrecht auf Rückkehr ins Dorf hätten, doch dafür habe er nur Widerspruch geerntet.

Für das Recht auf Rückkehr sprechen nicht nur der Respekt vor ihren staatsbürgerlichen und Gewohnheitsrechten, sondern auch die von den Roma behaupteten Ansprüche auf Rückgabe von Landbesitz am anderen Ende des Dorfes.

Die Strafverfolgung kommt ebenfalls nur schleppend voran. Der Polizeichef von Baia Mare erläutert, warum dies so ist:

„Wir wissen, wer die Häuser angezündet hat. Aber Anklage kann erst dann erhoben werden, wenn auch der Täter auf seiten der Roma geschnappt worden ist."

Daß es überhaupt zur Einleitung polizeilicher Ermittlungen gekommen ist, geht auf massives Drängen der Roma-Verbände zurück. Im Dezember wurde der Täter auf seiten der Roma geschnappt. Der Untersuchungsbericht 1658/1991 der Polizei wurde Ende Dezember an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. (...)

Gerechtfertigt wird die Gewalt mit der angeblichen Kriminalität der Roma und der jahrelangen Untätigkeit der Polizei diesbezüglich. Roma — Männer, Frauen, Kinder, alt und jung — werden kollektiv für schuldig erklärt und der Selbstjustiz der Bevölkerung unterworfen.

Ermittlungen werden oftmals nur unter Druck der Roma-Verbände eingeleitet und dann sehr schleppend geführt. Mit Ausnahme der Ermittlungen in Plaiesii de Sus befinden sich alle Verfahren erst in der Phasee zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, obwohl in den meisten Fällen mehr als ein oder zwei Jahre seit dem Pogrom vergangen sind.

Die Reduzierung der Ursachen für derartige Pogrome durch die lokale Bevölkerung auf die angebliche Kriminalität der Roma findet sich auf allen administrativen und politischen Ebenen wieder. So äußert Gabriel Gafita, Berater der „Gruppe für interethnische Beziehungen der Regierungskommission für Lokale Konflikte" implizit Verständnis für die Gewalttätigkeiten gegenüber den Roma, wenn er behauptet:

„Konflikte hat es an den Orten gegeben, wo viele arbeitslose Zigeuner waren, viele Schwarzhändler, viele kriminelle Elemente. Alle Konflikte wurden durch gewalttätige Übergriffe von Zigeunern auf Nicht-Zigeuner verursacht. ... Dies sind lokale Konflikte, die im Laufe der Zeit gewachsen sind; die Menschen können ihnen lange Geschichten von Diebstählen, von Kindern, die auf Schulwegen attackiert wurden, und von angegriffenen Frauen erzählen."

Der stellvertretende Vorsitzende der rumänischen Delegation zum Minderheitenexpertentreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 1.—19.7.91, Nicolae Dascalu, verharmlost am 10. 7. 91 die Ausschreitungen gegen Roma folgendermaßen:

„Die Beteiligung von Bürgern unterschiedlicher ethnischer Herkunft an den Konflikten mit Roma macht deutlich, daß solche Konflikte nicht ethnisch, sondern sozial motiviert sind."

Im Informationsbulletin No. 2 derselben Delegation, das wie die o. g. Äußerungen offizielle Regierungsstatements enthält, wird diese Linie fortgeschrieben.

Unter Zugrundelegung der Untersuchungen des Generalstaatsanwaltes wird der Verlauf einzelner Pogrome völlig anders dargestellt; außerdem werden die Ursachen ebenfalls mit dem vermeintlichen kollektiven sozialen Verhalten der Roma motiviert.

Auch in anderem Zusammenhang wird den Roma die Schuld an den Pogromen zugeschoben und mit ihrem „provokativem Verhalten" oder „ihrem offensichtlichen, mit illegalen Methoden erworbenen Wohlstand" gerechtfertigt.

Neben der Lokalisierung der Ursachen für die Pogrome in der angeblichen Kriminalität der Roma und der Reduzierung der Pogrome auf lokal begrenzte Vorkommnisse erscheint es besorgniserregend, daß die anschließenden juristischen Konsequenzen nicht weiter problematisiert werden. Entgegen der von der rumänischen KSZE-Delegation aufgestellten Behauptung, daß Anklagen gegen die Verantwortlichen der gewaltsamen Ereignisse erhoben worden seien und sie Verfahren vor Gerichten zu erwarten hätten, sind bis auf eines alle Ermittlungsverfahren verschleppt worden. Die von der Delegation behauptete gütliche Einigung zwischen Roma und Nicht-Roma ist als Fortsetzung des nationalen Drucks auf Roma zu verstehen. Nicolae Gheorghe von der Ethnischen Föderation der Roma formuliert das Dilemma:

„Roma haben nur die Wahl zwischen sozialem Frieden oder Gerechtigkeit."

In der konkreten Situation bedeutet dies, daß die Roma — wollen sie an ihren Ort zurückkehren und sich nicht erneut den Haß der Bewohner zuziehen — erhebliche Kompromisse bei der Durchführung der Ermittlungen und Verfahren hinnehmen müssen. Sie müssen sich ver-

handlungsbereit zeigen, was Tempo, Anklagepunkte, Höhe der Strafe und Anzahl der belasteten Personen anbelangt. Daher ist sehr fraglich, ob gerechte Urteile überhaupt gesprochen werden können. (...)

Das in der bundesdeutschen Öffentlichkeit allzu eilfertig propagierte Bild einer Demokratisierung Rumäniens hält angesichts der gravierenden Verstöße gegen Internationale Menschenrechts-Konventionen einer kritischen Überprüfung nur ansatzweise stand. Vielmehr geht aus dem oben Angeführten hervor, daß Roma auch nach dem Sturz Ceaucescus einer Fülle an Verletzungen ihrer Rechte auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ausgesetzt sind. Zu den Konventionen, gegen die staatliche Behörden und politische Funktionsträger in den vergangenen zwei Jahren immer wieder verstoßen haben, gehören:

Artikel 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10 und 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. 12. 1948; Artikel 2, 17, 20 und 26 des Internationalen Paktes über Bürgerliche und politische Rechte vom 16. 12. 1966; Artikel 2, 4, und 5 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. 3. 1966.

Diese im Rahmen der Vereinten Nationen verabschiedeten Konventionen finden sich in gleicher oder ähnlicher Form auch in den regionalen Menschenrechtskonventionen der Europäischen Gemeinschaft oder des Europarates wieder, deren Mitglied Rumänien werden möchte.

Im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren Mitglied Rumänien ist, wurden auf der „Konferenz über die Menschliche Dimension" im Juni 1990 in Kopenhagen wesentliche Beschlüsse, die die Rechte nationaler Minderheiten und insbesondere der Roma betreffen, gefaßt:

„(30) Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß Fragen, die nationale Minderheiten betreffen, nur in einem demokratischen politischen Rahmen mit entsprechenden Gesetzen und einem funktionierenden unabhängigen Justizsystem gelöst werden können... Sie versichern ferner, daß der Respekt für die Rechte der Menschen, die nationalen Minderheiten angehören, Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte sind und einen wesentlichen Faktor für Frieden, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie in den Teilnehmerstaaten darstellen.

(31) Die Teilnehmerstaaten werden, wo notwendig, die nötigen Maßnahmen zur Gleichstellung der Angehörigen nationaler Minderheiten mit anderen Bürgern in Hinblick auf Ausübung und Genuß der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten ergreifen.

(32) Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit ist eine Frage der individuellen Entscheidung eines Menschen, aus der ihm kein Nachteil erwachsen darf. Menschen, die nationalen Minderheiten angehören, haben das Recht, ihre ethnische, kulturelle, linguistische oder religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu erhalten und zu entwickeln und ihre Kultur frei von jeglichem Assimilationsversuch gegen ihren Willen in allen Aspekten beizubehalten und zu entwickeln."

Auf der Kopenhagener Konferenz wurden zudem zum ersten Mal innerhalb des KSZE-Prozesses die Roma in den Mitgliedsstaaten in Zusammenhang mit den Rechten nationaler Minderheiten und insbesondere in Zusammenhang mit der Existenz ethnischen Hasses und Diskriminierung explizit in Verbindung gebracht.

„(40) Die Teilnehmerstaaten verurteilen deutlich und einstimmig sowohl Totalitarismus, rassischen und ethnischen Haß, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegen jeden, als auch Verfolgung aus religiösen oder ideologischen Gründen. In diesem Zusammenhang anerkennen sie die spezifischen Probleme der Roma (Zigeuner)".

Seit über 15 Jahren weist die Gesellschaft für bedrohte Völker immer wieder darauf hin, daß Roma nur in seltenen Fällen aus rein ökonomischen Gründen oder kulturell bedingter Migrationsbereitschaft in den Westen kommen. Diese von uns vertretene Auffassung ist auch nach den politischen Veränderungen in Ost- und Südosteuropa noch gültig, wenn auch in Hinblick auf die Ursache der Fluchtbewegung eine neue Gewichtung vorzunehmen ist.

Frankfurter Rundschau
Donnerstag, 3. September 1992, Nr. 205

INFORMATIONS-ZENTRUM FÜR

FREIE VÖLKER

Köln, den 20../ 9./1992

PRESSEERKLÄRUNG

Die Provokationen staatlicher Sicherheitskräfte im Slumgebiet Kücük Armutlu bei Istanbul gehen weiter!

Seit dem 21.Juni 92 ist Kücük Armutlu regelrecht von der türkischen Polizei besetzt.
Am 19.09.92 wurde wieder eine Delegation aus Bremen zusammen mit ihrem türkischen Dolmetscher aus Hamburg festgenommen und in einem Panzer (!) verschleppt. Ihr derzeitiger Aufenthaltsort ist uns nicht bekannt.
Wir machen uns ernsthaft Sorgen um ihren Verbleib und um ihre Sicherheit. Dies gilt ganz besonders für den Dolmetscher der Gruppe, der die türkische Staatszugehörigkeit besitzt.

Seit Sommer 92 fahren Gruppen aus dem europäischen Ausland nach Kücük Armutlu. Bis auf die erste Gruppe wurden alle (!) im Verlauf ihres Aufenthalts von der Polizei festgenommen.
Die Brutalität der Polizei steigerte sich von Festnahme zu Festnahme. Der vorletzten Gruppe wurden bei ihrer Fahrt in die politische Abteilung des Polizeipräsidium ununterbrochen Schußwaffen an den Kopf gehalten. Frauen der Gruppe wurden sexuell "belästigt".

Aufgrund wiederholter Beschwerden, ist den verantwortlichen Behörden das Vorgehen der Polizei bekannt. Wir gehen davon aus, daß jede Provokation von ihnen gedeckt ist.
Die letzte Delegation wurde bereits festgenommen, bevor es ihr gelungen war, die BewohnerInnen von Kücük Armutlu zu begrüßen.
Polizei und Innenministerium wollen offenbar ein faktisches Besuchsverbot für AusländerInnen in Kücük Armutlu durchsetzen.

Und das hat seinen Grund: in Kücük Armutlu steht das Militär bereit, einen bereits existierenden Räumungsbeschluß des Gouverneurs zu vollstrecken. Mit Bulldozern und Waffengewalt soll für 8000 Menschen das Menschenrecht auf wohnen niedergewalzt werden. Angeblich braucht das Militär dieses Gelände. Erfahrungen aus der Vergangenheit mit anderen Gecekondus (Slumgebiet) führen aber zu einem anderen Schluß: Hier soll den Ärmsten der Armen das einzige was sie besitzen geraubt werden, um die Geldgier von Immobilienmaklern zu befriedigen, für die dieses Gebiet ein ideales Spekulationsobjekt darstellt.

Ausländische Touristen an den Stränden des Schwarzen Meeres sind der angeblich demokratischen Regierung willkommen. Wer sich für die tatsächliche Realität interessiert und Menschenrechtsverletzungen beobachtet nicht!
Der geplante Militäreinsatz in Kücük Armutlu, der zweifellos mit Todesopfern unter der Bevölkerung verbunden sein würde, soll sowenig Öffentlichkeit wie möglich auf sich ziehen.

ADRESSE: Teichstr. 16/E 5000 Köln 30 TEL: 0221/ 53 12 78 FAX: 0221/ 53 17 00

Arbeitsgruppen:

AG 1: Selbstorganisation + Vernetzung

Selbstverteidigung, gemeinsame Aktionen, Veranstaltungen etc., Vernetzung der Flüchtlings- und ImmigrantInnengruppen. Es geht uns darum, Strukturen zu diskutieren und zu schaffen, die Flüchtlingen und ImmigrantInnen die Möglichkeit bieten, sich zu informieren und zu organisieren, sobald sie im Land sind.
(Sokoni e.V., Akrikanische Union Hamburg, Ghana Burg e.V.)

AG 2: Rassismus + Sexismus

Strategien und die Selbstorganisation von Migrantinnen, afrodeutschen und im Exil lebenden Frauen/Lesben. Wir werden die rassistische und sexistische Diskriminierung in ihrer Verbindung in Bezug auf Arbeitsmarkt, Gesetze und Gesellschaft ana lysieren. Wir werden zwei Veranstaltungen anbieten: zuerst für uns selbst (women of colour) und zweitens eine Arbeitsgruppe auch für weiße deutsche Frauen.
(Internationale Frauengruppe, Hamburg)

AG 3: Flüchtlingskämpfe / Antirassistischer Kampf

Diese AG verstehen wir als offene Weiterführung der AG vom WWG-Gegenkongreß in München.
(Infoladen Neumünster, Infogruppe Kiel)

AG 4: Minderjährige Flüchtlinge

Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge; illegalisierte Familien. Bestandsaufnahme + Diskussion gemeinsamer Inititiativen.
(Flüchtlingsrat Hamburg)

AG 5: Artikel 16 GG + Demokratie

Welche Bedeutung hat die Diskussion um eine Änderung des Artikel 16 GG für die deutsche Linke (Beschränkung von Bürgerrechten) ? Welche Chancen gibt es, einzugreifen und die GG-Änderung zu verhindern ? Welche Funktion hat die öffentliche Diskussion über Flüchtlinge als Legitimation für die Angriffe gegen Flüchtlinge ?
(Flüchtlingsrat Niedersachsen)

AG 6: Das neue Asylverfahrensgesetz

Einschätzung und Diskussion, wie Flüchtlinge unterstützt werden können.
(Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.)

AG 7: Lager

Die (faschistische) Tradition von Lagern in Deutschland; Berichte aus den einzelnen Bundesländern (neue/alte Flüchtlingslager); sicherheits-, innen- und sozialpolitische Aspekte der Einrichtung von Lagern; Vorstellung und Diskussion einer bundesweiten Anti-Lager-Kampagne.
(Anti-EG Gruppe Köln; Flüchtlinsgrat Hamburg, Antirassistisches Telefon Hamburg)

AG 8: Migrantionspolitik in Europa - Verwertung und Selektion

Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa ist sehr viel mehr als eine reine Abschottungspolitik. Sie zielt im Kern auf die Kontrolle, Selektion und Regulierung von Flüchtlingen und MigrantInnen nach Verwertungsgesichtspunkten.

AG 9: Europäische Asylpolitik

Schengen - Dublin - Maastrich: die asylpolitischen Maßnahmen auf Europa-Ebene.
(Anti-EG Gruppe Köln)

AG 10: Kampf und "Argumente" der Neuen Rechten gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen

Berichte, Einschätzungen, Gegenstrategien
(AntifaschistInnen, Hamburg)

12. Bundesweites Treffen der ImmigrantInnen- und Flüchtlingsinitiativen

Antirassistische Gegenstrategien

02. - 04. Oktober 1992 in Hamburg

Haus 3 und Haus 7
Hospitalstraße 107
2000 Hamburg 50

Termine...Termine...Termine...Termine...

Do.24. 9.:17Uhr Kundgebung gegen die ZAST-Verlegung nach Hohenschönhausen,ALEX Weltzeituhr
19Uhr Jugoslawien-Veranstaltung,Süd-Ost-Kulturzentrum, Großbeerenstr 88 1/61
19Uhr30 VV zu Schwerin, Mehringhof,Versammlungsraum
21Uhr Film "Der vergessene Widerstand" im Daneben, Rigaerstr 84
20Uhr Somalia-Hintergründe der Krise,im BAZ Oranienstr 159

Fr.25.9.:20Uhr Frauen/Lesben-Party im El Locco
21Uhr Anti-Rassismus-Party der Flüchtlinge aus Hoyerswerda im SO

SA.26.9.:14Uhr Anti-Rassismus-Demo in Hoyerswerda, Berlin:9Uhr TU-Mathegebäude mit Autos
ab Sonnenuntergang: Video"NIKITA" & Disco in Erkner, Uferstr 9-10

So.27.9.:Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke: 15Uhr Kaffee,Kuchen,Fahrradreparatur 17Uhr Fahrradkorso
18Uhr Nestle-Veranstaltung im El Locco

25.-27.9.:Internationale Waffen- und Militariabörse im Kongresszentrum am Alex

Mo.28.9.:18 Uhr Anti-Rassismus-Demo in Frankfurt/Oder, vorm Hotel"Stadt Frankfurt",ehem.Karl-Marx-

Di.29.9.:20Uhr Party im Fußball- & Infoladen ANSTOSS mit Vokü, Brunnenstr7, Mitte
21Uhr im Videokino Daneben: "AK KRAAK-eine Auswahl"

Mi.30.9.:Frauenabend im SOS, Kollwitzstr 64,SF, Film:"Wahrheit macht frei"

Do.1.10.:21Uhr im Daneben: "Küchengespräche mit REbellinnen"

Fr.2.10.: Einheizfestival in der Wuhlheide

Sa.3.10.:Jubelfeierlichkeiten in Schwerin

jeden Sonntag 11-15Uhr: Frühstücksbuffett im El Locco

jeden Sonntag 20Uhr07 VoKüKino in der Wagenburg am Kinderbauernhof



unbedingt so. Doch bleibt für jede konsequente Kriegsdienstverweigerung diese Möglichkeit staatlicher Repression bestehen. Eingeladen sind z.B. **Gerhard Scherer** und **Uwe Ulsamer**, die aufgrund ihrer Verweigerung im Knast/Arrest waren und darüber berichten werden. Wir wollen damit die Institution ‹Knast› transparenter machen. Schön wäre es, anschließend auch mit Leuten zu diskutieren, denen aus anderen Gründen die Freiheit entzogen wurde.

Totalverweigerer aus dem Mehringhof (IAT)

Wir haben ausführliche Flugis zur Totalverweigerung (5000,DinA 3,farbig) gedruckt, welche vor allem für die Schulen gedacht sind,aber natürlich auch anders verteilt werden können. Wir sind zu wenige, um das berlinweit zu schaffen und hoffen auf eure Hilfe.

Totalverweigerer aus dem Mehringhof

Weder
Olympische,
noch
Innenstadt-Ringe;
Weder
Vertreibung
durch Eigentum,
noch
Vertreibung
durch Rassismus
und
die Oberbaumbrücke bleibt autofrei
dafür
gibt es am



Sonntag, 27. 9. 92

um 15:00 Uhr Kaffee, Kuchen, Fahrradreparieren
um 17:00 Uhr einen lautstarken Fahrradkorso in Kreuzberg und auf dem geplanten Innenstadtring

Wo? Natürlich auf? an? der Oberbaumbrücke!!!

V.I.S.d.P.: Chr. Lormig, Berlin